

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 16 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal, Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Monat. Eingetrag. in der Post-Verzeichn.-Preisliste für 1895 unter Nr. 7128.

# Vorwärts

Infections-Gebühr beträgt für die fünfjährige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Freitag, den 27. September 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

### Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober beginnt ein neues Quartal und eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

### „Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

### „Die Neue Welt“.

Die Weltlage ist so bewegt, daß sie mehr und mehr das Interesse jedes denkenden Menschen in Anspruch nehmen muß. Die Umsturzvorlage ist zwar gefallen, allein der Umsturz von oben wird eifrig fortgesetzt. Namentlich richten die Anstrengungen der reaktionären Parteien sich gegen das allgemeine Wahlrecht und das gleiche Recht der proletarischen und besitzenden Staatsbürger. Das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterklasse soll politisch entrechtet werden. Und der Kampf um das allgemeine Wahlrecht, um die Rechte des Volkes muß vor allem in der Presse geführt werden. Die Presse ist die mächtigste Waffe des Volkes — und diese Waffe zu stärken, ist Pflicht des Volkes.

Wir fordern die Genossen auf, nach Kräften für die Verbreitung des „Vorwärts“ thätig zu sein.

Nach Beendigung unseres gegenwärtigen Feuilletons: der „Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande“, die ebenso spannend als belehrend sind, werden wir eine kurze, mit packender Realistik geschriebene Skizze aus dem letzten Türkenkrieg bringen und dann mit dem Abdruck des in der Gegenwart spielenden, hochinteressanten Romans: „Der Verrückte“ beginnen, welcher die Vernichtung eines hoffnungsvollen Menschenlebens durch kirchlichen Fanatismus darstellt und ähnliche Zustände beleuchtet, wie sie jüngst durch einen sensationellen Prozeß aufgedeckt worden sind.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Bentzstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.**

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

**3,30 M. für die Monate Oktober, November und Dezember**

entgegen. (Eingetragen in die Post-Zeitungsliste für 1895 unter Nummer 7128.)

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

### Skizzen

(Nachdruck verboten.)

### aus dem südamerikanischen Hinterlande.

50

In Buenos Aires arbeitete unterdessen Herr Winterfeld in seinem Zimmer und auch unter ihm waren noch die Kontoiristen thätig, obwohl die Stunde schon längst geschlagen hatte, in der sie sonst ihre Federn niederzulegen pflegten. Es gab viele Beschäftigung heute. Es gingen Telegramme ab und kamen deren an, man addirte, subtrahirte, man blätterte in einer Menge von Büchern allerlei Formates und machte Zusammenstellungen.

„Das Schiff schwankt im Winde,“ sagte einer der oberen Beamten zu seinen Nachbarn.

„Es gilt einen Orkan auszuhalten, mein Lieber... Das sind erst Vorboten... aber unser Schiff ist stark gebaut und wird noch fahren, wenn andere schon lange auf dem Grunde des Meeres liegen...“

„Aber wir haben eine Menge Verbindlichkeiten in Gold... nach der Zurückkunft des Chefs aus Paraguay schrieb er über zwei Millionen Pfund Wechsel, die nach einigen Monaten präsentirt werden... wenn die bezahlt werden sollen und das Gold ist auf 200...“

„Auf 400“ wollen Sie wohl sagen...“

„Sie glauben, daß es so hoch steigen wird...“

„Wenn nicht höher...“

„Und trotzdem glauben Sie, daß die Wechsel gezahlt werden...“

„Sicherlich... unser Chef ist in der letzten Zeit vorsichtiger geworden, als er früher war... er arbeitet viel mehr in Metall... Deckung in Metall... Zahlung in Metall... Sie hätten nur dabei sein sollen, als er vor fünf oder zehn Jahren anfing... daß einem manchmal

### Nationale Schmerzen.

Das Herzogthum Braunschweig ist im Augenblick bekanntlich ein herrenloses Land. Der letzte Herzog ist ohne Kinder gestorben und die legitimen Erben — die Welfen von Hannover — waren durch die dynastische Umsturzpolitik des Fürsten Bismarck jahrzehntelang von dem Thron und der Thronfolge ausgeschlossen. Leider hat sich seitdem die Hoffnung nicht erfüllt, daß sich Braunschweig freiwillig Preußen „angliedern“ würde.

Da inzwischen die Zeiten sich geändert haben und die Thronfähigkeit der Linie des aus Hannover vertriebenen Welfen nicht mehr bestritten wird, so zählen tausende von loyalen Braunschweigern in Ungeduld die Tage, bis es ihnen vergönnt sein wird, wieder einen legitimen Herzog auf dem Throne zu haben. Der legitime Erbe wird in einigen Wochen 15 Jahre alt; er ist in England erzogen worden, soll nun aber auf 8 Jahre nach Deutschland kommen — natürlich als Offizier dienen —; und dann mit 18 Jahren ist er majorem, und ein Welfe kann wieder in Deutschland regieren.

Diese Möglichkeit lastet nun wie ein Alp auf unseren Patrioten und sogar die Tante Wof hat nationale Beklemmungen.

Kann ein „Reichsfeind“ auf einem deutschen Thron sitzen? Ist der Herzog von Cumberland nicht eigentlich ein Ausländer? So lautet die bange Frage. Und neben der unheimlichen Gestalt des 15jährigen Welfen taucht dräuend der legitime Thronfolger von Oldenburg auf, der ein russischer Prinz ist.

Wunderliche Komödie der Irrungen, der Gesinnungslosigkeit und der Feindschaft! Reichsfeinde und Ausländer auf deutschen Thronen — ist denn das etwas so Seltenes? Sind nicht Jahrhunderte hindurch auch deutsche Fürsten Reichsfeinde gewesen, Reichsfeinde im eigentlichen Sinne des Wortes, Reichsfeinde, die erpicht darauf waren, das „heilige römische Reich deutscher Nation“ zu zertrümmern?

Sind die Wettiner von Sachsen in ihren früheren Generationen nicht durch Reichsfeindschaft ausgezeichnet gewesen und groß geworden, und gilt das gleiche nicht von anderen vielgenannten deutschen Fürstenhäusern? Haben doch die beiden Fürstengeschlechter der Hohenzollern und der Wettiner die Reformation benutzt, um sich „von Kaiser und Reich“ loszureißen?

Jeht freilich ist es Mode geworden, deutsche Fürstengeschlechter als Träger des nationalen Gedankens hinzustellen. Auf jeder Seite unserer Geschichte steht in Praktikumschrift die Widerlegung dieser Tendenz. Wohl kaum ein einziges unserer Fürstengeschlechter, das sich nicht in früheren Zeiten mit dem Ausland — England, Rußland, Schweden und namentlich Frankreich — gegen das alte Reich verbündet hätte. Und wenn die „Voss'sche Zeitung“ heute in stilllicher Entrüstung von der „Vaterlandslosigkeit der Welfen“ spricht, so scheint sie vergessen zu haben, daß ein braunschweiger Welfe gegen Frankreich kämpfte, als die preussische Regierung, nachdem sie durch den Basler Vertrag

die Haare zu Berge standen... Sie wissen, daß ich von Anfang an in seinem Geschäft thätig bin... hui, wie damals mitunter die Barke schwankte... er arbeitete unverkündet leichtsinnig... hat aber immer eingeschlagen...“

„Und seine Braut ist reich... der alte Ramirez wird Geld haben...“

„Im...“ sagte der Nachbar, „wie man es nehmen will... Baars Geld glaube ich nicht viel... ungeheure Ländereien und viel Vieh das allerdings... aber das Landgeschäft wird auf den Hund kommen... die beste Zeit ist jedenfalls vorüber... und dann, anbeißen kann man die Kämpfe nicht...“

„Es ist eine böse Zeit... hören Sie die Stimmen draußen, den Lärm...“

„Noch gar nichts... Die haben noch immer zu essen... wenn das einmal nicht mehr da sein wird... dann können Sie sehen und hören...“

Sie arbeiteten weiter an ihren Zahlen.

Der Chef schrieb ebenfalls. Er war nicht ganz so ruhig wie sonst; das konnte man ihm anmerken, wenn er mit einem nervösen Stoß seine Feder in das Tintenfaß that, und wenn er ab und zu von seiner Schreiberei aufblickte, ohne daß er einen bestimmten Zweck damit verbänd. Er horchte dann und wann auf den Lärm auf der Straße, der auf und ab schwoll wie das bewegte Heulen eines furchtbaren Windes. Er konnte nicht weiter arbeiten. Er spritzte die Feder aus, warf sie vor sich hin und begann im Zimmer auf und abzuschnreiten. Nach einer Weile ging er zum Fenster und öffnete es. Draußen brannten die Gaslaternen. Das unbestimmte Brausen verdichtete sich hin und wieder zu einem abgerissenen Worte, das zu seinen Ohren hinaufdrang. 200... Gold... Börse. Die ganze Masse der Vorübergehenden führte nur eine Unterhaltung... überall

von 1795 den Franzosen das ganze linke Rheinufer in den Schooß geworfen hatte, dem „korsischen Eroberer“ noch Gefolge leistete.

Und Ausländer! Sieht nicht ein „englischer Prinz“ auf dem Thron des Herzogthums Coburg-Gotha? Kann man überhaupt bei unseren Fürsten von Nationalität in bezug auf Abstammung reden?

Sind alle Fürstengeschlechter der Welt nicht miteinander verschwägert, so daß sich die Nationalität keines einzigen ausgeprägt zur Geltung bringen läßt? Was Geburt anbelangt, sind die Fürsten echt international. Unsere deutschen Fürsten insbesondere sind das non plus ultra der Internationalität. Sie haben russisches, englisches, italienisches, spanisches und der Himmel weiß, was sonst noch für Blut in den Adern. Wir gehen sogar so weit zu sagen, daß in England, dessen Monarchen seit zwei Jahrhunderten nur mit Prinzestimmen deutschen Stammes sich verheirathet haben, die ursprünglich deutsche welfische Fürstenfamilie der Nationalität nach deutscher ist, als irgend ein deutsches Fürstenhaus. Soll am englischen Hofe doch nach bürgerlichen Prerogativen mindestens eben so viel deutsch gesprochen werden, als an irgend einem deutschen Hofe! Nach dieser Richtung hin braucht also die Tante Wof sich keine Kopfschmerzen zu machen; der Cumberland, dessen Thronbesteigung sie fürchtet, ist mindestens so deutsch, als der preussische Prinz, den sie gern auf dem braunschweigischen Throne sähe.

Man braucht sich wirklich nicht darüber aufzuregen, welcher Sproß der großen internationalen Fürstenfamilie Europa's einen vakanten Thron einnimmt. Die Völker sind unter Umständen sogar ganz gut gefahren, selbst wenn ein wirklicher Ausländer auf den Thron geriet. Der tüchtigste König, den die Schweden je gehabt haben, war ein Ausländer — der französische Advokatenschreiber Bernadotte, alias Karl Johann XIV.

Auch der tüchtigste König der Engländer war ein Ausländer — Wilhelm von Oranien. Und war Joseph II., der Idealfürst der modernen Zeit, nicht ein Ausländer — der erste Sproß des französischen Hauses Lothringen auf österreichischem Thron?

Ein Joseph II. wäre der Tante Wof doch gewiß nicht unangenehm. Sie war ja mit weniger zufrieden.

### Politische Ueberflucht.

Berlin, 26. September.

Die plötzliche Verhaftung unseres Genossen, Redakteurs Dierl (Roland) ist, wie wir erfahren, Folge eines Kammergerichtsbeschlusses. Die Staatsanwaltschaft hatte Verfolgung des für den Artikel über die Kameel-Zuschrift verantwortlichen Genossen Roland wegen Majestätsbeleidigung, sowie seine Verhaftung beantragt. Das Amtsgericht hatte beide Anträge abgelehnt. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Beschwerde beim Landgericht ein. Das Landgericht meinte, allerdings könne vielleicht in einem im Artikel gebrauchten, in Berlin bis dahin üblichen Art

dasselbe Thema und beinahe dieselben Worte. Man sprach leise und laut, je nach dem Charakter und Temperament und je nachdem es einen jeden mehr oder weniger anging, mehr oder weniger freisinnig; und drängend und drückend und gestikulirend schob man sich das Trottoir entlang. Die Trambahnwagen gleichen großen Brummtöpfen, während sie die Schienen entlang liefen... alles sprach darin ohne Aufhören, sobald der Wagen in seinem Innern einen eigenthümlich tiefen Ton erzeugte, der nur durch das Lärmen der mißgestimmten Trompete des Kutschers an den Straßenenden überbörtet wurde. All überall, immer dasselbe, das große Ereigniß des Tages. Gestern stand Gold auf 160, heute auf 200. Schwindel... Gold... Nationalbank... Provinzialbank... Bank von Mendoza... Bank von Santa Fé... Zwangskurs... Börsenmandat... Baiffe... Hauffe... Kullisse... Wechsel... Giro... in einem fort; als wenn ein Meise, der zufällig katholisch ist, seinen Rosenkranz dreht, laut dabei betend ohne Abwechslung immer dasselbe... die großen Perlen das Wort „Gold... 200...“ Alles betete auf diese Art. Selbst der kleine Junge, der in Europa noch an Kinderspiele denkt, begreift in diesem Lande ohne Illusionen und Märchen, um was es sich handelt. Er weiß, noch ehe er das Alphabet kennt, was Bankzettel sind und was Metall ist. Sein kleiner Fettel, breitet wie eine Messerklinge und lang wie die Hoffnung eines Verurtheilten, der seinen Hals auf dem Block liegen hat, einen Medios an Werth, den er seit einem Tage in seiner Tasche umherträgt, schreibt heraus zu seinem Besitzer: „Gold auf 200...“ Auch ein Junge in Deutschland würde das am Ende begreifen mit Papier in der Tasche statt mit Kupfer. Wenn er in einem Papierladen für einen Bogen Reiter oder Infanteriesoldaten zwei Medios zahlen soll statt einen. Um wie viel mehr hier,

der Verteilung der Kirche eine Majestätsbeleidigung gefunden werden, es sei deshalb auch die Beschlagnahme der betreffenden Zeitungszimmer gerechtfertigt. Die eventuell den Tätern zu erwartende Strafe werde indes wohl nicht so hoch ausfallen, daß die Erwartung auf solche Strafe einen Fluchtverdacht gegen Genossen Holland rechtfertigen könne. Es le hute deshalb gleichfalls den Antrag auf Verhaftung ab. Nimmehr legte die Staatsanwaltschaft Beschwerde gegen diesen Beschluß ein. Der Straßensatz des Kammergerichts hat daraufhin die Verhaftung unseres Genossen angeordnet, weil die zu erwartende Höhe der Strafe den Fluchtverdacht rechtfertigt. Welche Umstände diesen Verdacht wege gemacht haben, ist dem Genossen Holland nicht bekannt gemacht. Selbstverständlich liegt nicht die geringste Tatsache vor, welche zu der Annahme des Fluchtverdachts berechtigt. Nebenbei zeigt der Gang, den die Anklagesache bis zum Ostbeschluß genommen hatte, inwiefern die Ansicht begründet ist, daß Gerichte Gefahr laufen, unwillkürlich zu ausführenden Organen der Staatsanwaltschaft zu werden, wenn dieser ein Beschwerderecht gegen gerichtliche Beschlüsse zusteht. Vor 30 Jahren warnte deshalb der Generalstaatsanwalt Dr. von Schwarze selbst lebhaft davor, der Staatsanwaltschaft ein Beschwerderecht zu erteilen. Heute steht ihr solches im reichsten Maße zu und über ihre Beschwerde entscheidet in letzter Instanz ein Straßensatz, dessen Mehrzahl in der Regel aus früheren Staatsanwälten besteht. Läge bei solcher Lage der Dinge es nicht im Sparfamleits-Interesse, die „Gerichte“ in Strafsachen überhaupt zu beseitigen und statt ihrer lediglich Staatsanwälte über Verhaftungen, Schuld und Unschuld entscheiden zu lassen? —

**Ein wunderliches Dementi** richtet heute die „Kreuzzeitung“ nominell „an die Adresse des „Vorwärts“, in Wirklichkeit an sich selbst. Wir sollen ihnen in der Mittwochszimmer von uns abgedruckten und besprochenen Artikel durch Weglassung eines Ausführungszeichens erwählt, und ihre „politisch-patriotische Gesinnung“ freventlich verkannt oder gar verdächtigt haben. Die „Kreuzzeitung“ irrt sich: wir haben ihre „politisch-patriotische Gesinnung“ ausdrücklich anerkannt und unsere Befriedigung ausgesprochen. Was das weggelassene Ausführungszeichen betrifft, so hat die „Kreuzzeitung“ allerdings recht: das mikroskopische corpus delicti ist am Schluß des ersten Absatzes durch ein Versehen des Setzers in der That weggeblieben, allein wer den Artikel durchliest, kann überhaupt nicht im Zweifel darüber sein, was Bitat ist und was nicht. Wir appellieren an alle Leser des „Vorwärts“ und wir fügen noch hinzu, daß wir den in Frage kommenden Teil des Artikels der „Kreuzzeitung“ wirklich und vollständig — bis auf das unglückliche Ausführungszeichen — zum Abdruck gebracht und auch die Absätze genau nach dem Original wiedergegeben haben. Weiter kann man die Lokalität wahrhaftig nicht treiben.

Daß die „Kreuzzeitung“ mit den Betrachtungen des Franzosen Lavisse im wesentlichen sich einverstanden erklärt hat, wird sie nicht leugnen können, denn sie sagt wörtlich: „In den vier Jahren, welche hingegangen sind, seit Lavisse jene Betrachtungen niederschrieb, hat sich das Problem nicht abgestumpft, sondern vielmehr zugespitzt“. Also die Ausweglosigkeit, ist drohender geworden. Es thut uns leid, die Logik und Konsequenz der „Kreuzzeitung“ überschätzt zu haben. Freilich, in anbeacht der Redaktions-Katastrophe Hammerstein wollen wir dem vielgeprüften Blatt gern „mildernde Umstände“ zubilligen. —

**Ein Prediger in der Wüste.** Ein Kongreß für innere Mission tagt gegenwärtig in Posen. Selbst diese Versammlung hat sich nicht über ihre eigentlichen Angelegenheiten aussprechen können, ohne daß die allbeherrschende soziale Frage ihren Schatten darauf warf. Nicht nur die Reichsanwälte, auch die Missionsprediger und deren Tempelgenossen prüfen alles darauf, wie es auf die Sozialdemokratie wirkt. Und da ringt sich bei vielen dieser Männer allmählig die Ueberzeugung durch, daß es mit der bisherigen Kampfmethode gegen uns nicht geht, daß die polizeiliche Unterdrückung jeder Art eine geistige Bewegung niemals schädigen kann. Auf dem Kongreß für innere Mission ist sogar der Professor Sohmn aus Leipzig einen erheblichen Schritt weiter gegangen. Er spricht es offen aus, daß er nicht an die Möglichkeit glaubt, mit dem Christentum etwas auf sozialpolitischem Gebiete ausrichten zu können. Zunächst macht er dem sozialdemokratischen Gedankengang ein Zugeständnis mit den Worten:

wo die Jugend nicht spielt, nicht einmal mit Papierballen; höchstens mit langen Messern und jenen Schießinstrumenten, die man bequem in die Hosentasche stecken und mit denen man sechs Menschen still machen kann in zwei Sekunden, wenn man das dazu nötige Glück hat, und wo der kleinste Bürsche, der kaum gerade auf seinen Beinen stehen gelernt hat, schon dressiert wird auf die Jagd nach dem Mammon, wie der Hund auf das Wild. Gold auf 200. Mein Junge, das bedeutet, daß Deine Brotbissen von heute an 40 pCt. kleiner werden oder gar 80 pCt.; denn der Bäcker rechnet jeden Aufschlag doppelt, wie ein vorsichtiger Finanzmann; und daß du also deinen Bauch um 40 oder 80 pCt. zusammenschürren mußt, und daß du bei deinem Vater Schneider oder Schuster morgen ein gut Theil blossere Waden sehen wirst, als du schon zu sehen gewöhnt bist.

Die jungen Damen in den Equipagen haben zwar heute noch eben so zierlich gemalte Gesichter wie gestern, sie lachen auch noch ganz so ausgelassen wie man es bei ihnen gewöhnt ist zu hören; aber das Lachen scheint doch nicht ganz so silbernen und metallisch zu klingen. Sie haben heute ihre Liebhaber sehen wollen nach der Börse, wo diese ihnen Nobelen und Diamantringe und echte Spitzen zusammenspekulieren wie unübertreffliche Zauberlutscher, die aus nichts alles machen; aber heute ist einer und der andere an ihnen vorbeigeschossen, ohne sich umzusehen. Die Spekulation in Diamanten ist flau gewesen, matt, nachgebend, weichend... oberflau und oberfaul.

Der gute Junge, der sonst so aufmerksam ist, wenn es sich um Juanita oder Anita handelt, kann heute keinen Diamanten bringen. Man hat ihm zum Ueberfluß noch seinen eigenen prächtigen Diamantring abgezogen auf der Börse oder nicht abgezogen... er ist ihm abgesprungen und zerplittert, als das Fundament des goldenen Tempels heute begann zu zittern und zu trachen in seinen Fugen. Die kleinen Bürschchen fallen... alle fallen zuerst schon beim kleinsten Schwanken, die keine an-

Die Welt des Staates ist es nicht. Aber dieses Recht ist zum größten Theile ungerichtet, das vom Staate verteidigte Recht ruht auf Tatsachen der Vergangenheit, darum ist es das positive Recht, das Recht der Vergangenheit, das Recht von gestern. Aber darum ist es niemals das Recht von heute, der Gegenwart, niemals das Recht, das wir jetzt begehren. Das Recht trägt gewissemaßen zwei Seelen in seiner Brust, die der Vergangenheit, auf welcher seine Geltung ruht, und die der Gegenwart, die mit der Vergangenheit im Kampfe steht. Und darum kann das Recht niemals fertig sein. Das vorhandene Recht kämpft mit dem gewesenen Recht, und darum ist das öffentliche Leben ein Kampf um das Recht. Alle Rechtsordnung beruht auf der Herrschaft der Macht, der einen Gesellschaftsklasse über die andere.“

Mit diesen Ausführungen verträgt es sich allerdings nicht, wenn er weiter erklärt, das Königthum siehe als Schiedsrichter über den Gesellschaftsklassen. Weiterhin macht er dann aber die bemerkenswerthen Ausführungen:

Die Mittel für des Christen Wirksamkeit in der Welt sind die Liebe und das Wort. Das Wort Gottes aber erzeugt die That, die Liebesthat an dem einzelnen. Dieser Gottesdienst mit Wort und That soll durch die innere Mission gefördert werden. Die innere Mission dient dem öffentlichen Leben nur mittelbar, indem sie an den einzelnen arbeitet, ihnen hilft. Die innere Mission, das Christentum, kann die im öffentlichen Leben bestehende soziale Frage nicht lösen, ist auch gar nicht dazu berufen, sie zu lösen. Denn alle öffentlichen Fragen sind Rechtsfragen und nicht Fragen der Liebe. Im öffentlichen Leben handelt es sich um die gesellschaftlichen Klassen, und diese verlangen nicht Liebe, sie verlangen das Recht, ihr Recht, das mit ihnen geboren ist, das wollen sie von den Sternen herunterholen. Das Christentum kann ihnen dieses Recht nicht geben, es kann nur das Thor öffnen für die Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeit ist keine Frage des Christentums, sie ist eine nationale Frage, und ebenso wenig es eine christliche Naturwissenschaft geben kann, ebenso wenig kann es ein christliches Recht geben. Die Reformation der Kirche nahm damit ihren Anfang, daß sie das kanonische Recht, das christliche Recht in Wittenberg verbrannte. Dieses Recht bis auf den letzten Buchstaben zu vertilgen, das ist das Urtheil der Reformation gewesen. Und auch der sich auf das christliche Recht stütende Staat, der christliche Staat verdient keinen Bestand. Einen solchen christlichen Staat hatte das Mittelalter erzeugt, aber das war der christliche Staat, welcher die Sachsentumf erwang und die Scheiterhaufen anzündete. Dieser christliche Staat ist längst verschwunden, und hinweg mit ihm! In unseren Tagen hat man den Versuch gemacht, den christlichen Staat in mäßiger, abgeschwächter Form, aber doch die Idee des christlichen Staates zu erneuern. Sogar eine Partei trat auf, die ihr Programm mit dem christlichen Recht identifizierte. Aber über dieses Staatschristentum ist längst der Staub gebrochen. Die Folge aber dieses christlichen Staates der 40er und besonders der 50er Jahre ist die Sozialdemokratie, der Haß der Massen gegen das Christentum. Und dieser Haß macht die Ohren taub. Darum weg mit dem christlichen Rechte, mit dem christlichen Staate! Wir begrüßen die Männer, welche alle ihre Kräfte der Lösung der sozialen Fragen im Sinne der Christlich-Sozialen widmen, aber mit ihnen gehen können wir nicht. Es ist eine weit verbreitete Ansicht, daß die innere Mission den Kern der sozialen Frage treffe. Das ist aber ein Irrthum, daß das Christentum im Stande wäre, auch nur den Kern der sozialen Frage zu lösen. Hierzu ist es nicht im Stande, auch wenn alle Menschen wahre Christen wären; denn die Gesellschaftszustände entspringen der natürlichen Rechtsordnung; die soziale Frage ist eine Frage der Gerechtigkeit, aber nicht eine Frage der Liebe.“

Die nebenbei von Herrn Sohmn ausgesprochene Auffassung, daß die Sozialdemokratie ihr Entstehen und Wachstum der polizei-christlichen Staatsverteilung der europäischen Reaktionsepoche nach 1848 zu danken habe, harmonirt nicht mit den sonstigen Beweisen von Weitblick, die er er gegeben. Abgesehen von dieser nebensächlichen Bemerkung, halten wir seine Kritik des „christlichen Staates“ indes für vollkommen zutreffend. Aber was sagen dazu die Herren Kaumann und Göhre, die mit solchem Feuerifer und wirklicher Ueberzeugung — Herrn Städter lassen wir aus Rücksicht auf jene Cheuremänner hierbei aus dem Spiel — die Sache des christlichen Sozialismus verfechten? Wir glauben, Herr Sohmn wird zunächst ein Prediger in der Wüste bleiben. —

**Glänzendes Glend.** Die Nachricht, daß dem bayerischen Lieutenant Kraft vom Ehrengericht das Recht, den Offizierstitel zu führen, aberkannt sei, war nicht genau. Das Ehrengericht erkannte ihm bloß das Recht ab, die Uniform zu tragen. Durch den Prinzregenten wurde dieser Beschluß aber nicht bestätigt und die Aberkennung des Offizierstitels verfiel. —

**Ein doppelter Reinfall.** Als vor einiger Zeit ein „Ausfluß“ der „britischen Eisenindustrie-Affoziation (British

Iron Trade Association) die deutschen Industriebezirke — namentlich Rheinland und Westfalen — bereisten, angeblich um sozialwissenschaftliche Studien zu machen, da schrieben wir sofort, es handle sich hier nur um eine Kusspähung und die wissenschaftliche Reise sei eine einfache Spionagerreise. Die Geschäftskonkurrenz braucht ihren Spionendienst ebenfogut wie der militärische Krieg. Unsere Herren Industriellen blieben jedoch köhlergläubig — sie fühlten sich außerordentlich geschmeichelt durch den Besuch der englischen Herren Kollegen, und als diese dann ihnen Elogen machten und ihre Großmuth lobten, daß sie den Arbeitern höhere Löhne bezahlten, als in England gezahlt wurden, — da waren unsere nationalstolzen Herren Industriellen ganz hingerissen — sie verschluckten die faulstidige Lüge, posamten es in alle Welt hinaus, daß sie höhere Löhne zahlten, als in England und klagten die bösen Sozialdemokraten an, die das nicht anerkennen wollten. Allein der schöne Traum dauerte nicht lange. Kaum waren die Herren Engländer mit ihrem Sekretär Jeanes nach England zurückgekehrt, so stellte es sich heraus, daß sie ihre deutschen Gastfreunde nach Noten über Ohr gehauen hatten. Es kam zu Beschwerden — die Herren Engländer suchten sich zu rechtfertigen, aber an der Praxis der Konkurrenz merken die deutschen Herren Eisenindustriellen, daß ihre Geschäftsgeheimnisse keine Geheimnisse mehr sind. Das ist ihnen nun wohl der geringste Kummer, denn mit den Geschäftsgeheimnissen verhält es sich ebenso, wie mit den militärischen Geheimnissen — sie existiren nur in der Einbildung. Einem goldenen Schlüssel widersteht kein Geheimniß.

Was unsere Herren Industriellen jedoch tief in die Seele betrübt, ist, daß sie das liebliche Märchen von den deutschen Löhnen, die höher sind als die englischen, nicht mehr aufrecht erhalten und auf dasselbe nicht eine neue Löhnereduktion gründen können. Wenn sie die Löhne ihrer Arbeiter herabsetzen wollen, müssen sie es nun auf eigene Faust thun. Genug — unsere profitgierigen Eisenindustriellen sind von den englischen Kollegen nach Noten über Ohr gehauen und genasführt worden. —

**Kannegieherei.** Die Anwesenheit des russischen Diplomaten Lobanow in Paris hat den Politikstern natürlich Anlaß zu tiefstimmigen Kombinationen gegeben; und die Gelehrten des Wolffischen Telegraphen-Bureaus halten es für nöthig, folgendes Telegramm in die Welt zu schicken:

London, 26. September. Die „Times“ melden aus Wien, nach glaubwürdigen aus Petersburg eingegangenen Berichten werde die unmittelbare Folge der Unterredung des Fürsten Lobanow mit dem französischen Minister des Aeußeren Monotauz die sein, daß in Zukunft der Kaiser von Rußland einen kontrollirenden Einfluß bei der französisch-russischen Entente ausüben werde. Es werde angenommen, der Beweggrund zu der Intervention des Fürsten Lobanow sei die Befürchtung gewesen, daß Frankreich wünschen könnte, von seiner Fremdschaft mit Rußland einen voreiligen, indirekten Gebrauch zu machen für Zwecke, die mit den unmittelbaren Zielen der russischen Politik ganz und gar nichts zu thun haben.

Also die Folge soll gewesen sein, daß in Zukunft der Kaiser von Rußland einen kontrollirenden Einfluß bei der französisch-russischen Entente ausüben werde. Welches Welch! Hat etwa der russische Kaiser bisher keinen kontrollirenden Einfluß ausgeübt? Wir hatten gedacht, der Zar sei absoluter Herrscher und kontrollire nicht bloß, sondern leite — wenigstens offiziell — die russische Politik; daß aber ein Bundesglied, oder der Theilnehmer an einer Entente auf den Bund oder die Entente einen kontrollirenden Einfluß ansieht, ist doch etwas so selbstverständliches, daß es gar nicht besonders gesagt zu werden braucht. Der Verfasser des Telegramms sagt daher eigentlich nur, daß er über die Anwesenheit Lobanow's nichts zu sagen weiß, als was Jedermann sich selbst sagen kann.

Uebrigens sind wir dem Gedanken, Rußland suche die Entente zu kontrolliren, d. h. die französische Regierung an die Leine zu nehmen, schon wiederholt begegnet, z. B. auch in dem vorgestern von uns zitierten, jetzt schände von ihr verleugneten Artikel der „Kreuzzeitung“. Hier ist aber offenbar der Wunsch Vater des Gedankens. Man will es in bequemer Vogel-Stranzpolitik so hinstellen, als zügle Rußland den französischen Verbündeten, während thatsächlich die Franzosen von der russischen Regierung systematisch gegen Deutschland gehetzt werden. —

**In Frankreich** scheint ein Ministerwechsel bevorstehend. Die Regierung wird dem Sturm, den die Madagaskar-Expedition heraufbeschworen hat, nicht Trotz zu bieten vermögen. Wer aber soll der Nachfolger Ribot's werden? Von einigen Seiten wird Cavaignac genannt, der sich neuerdings sehr in den Vordergrund stellt; von anderer Seite Constans. Constans ist der Minister der „festen Faust“; er war lange Zeit unmöglich, ist aber in neuerer Zeit mehr und mehr wieder ans Licht der Oeffentlichkeit getreten. Die Reaktionäre hoffen auf ihn. Der „Gaulois“ spricht offen aus, daß er von Constans die Auflösung der Kammer und die Wiederherstellung des Diskontinuitäts erwartet, das in den Händen einer „starken“ Regierung — und Constans war namentlich auch bei Wahlen sehr stark — die vollkommene Mundtodtmachung der Minoritäten bedeutet. Für Cavaignac spricht, daß er eine Reform und Milderung des Militarismus erstrebt, gegen den sich jetzt in Frankreich die Volksstimmung richtet. Dagegen hat Constans für sich die Angst der französischen Bourgeoisie vor der Sozialdemokratie. —

**Cavalotti über das italienische Septemberfest.** In einem von dem „Ecolo“ veröffentlichten Brief an Silvio Neechia, den Redakteur der Zeitung „Italia am La Plata“, sagt der tühne Ankläger Crispi's:

Ich würde das Fest des 20. September begriffen haben, wenn 25 Jahre nach dem denkwürdigen Tage Italien sich der Welt so zeigte, wie seine Babuberecher und Blutzengen es träumten — eine große freie Nation, glücklich und geachtet, ein Leuchthurm der Kultur, ein Beispiel für die anderen Völker und seinen Söhnen die Segnungen der Freiheit spendend.

Aber stelle Dir vor, was würden unsere Todten sagen, wenn sie aus ihren vergessenen Gräbern sich erheben könnten und sähen, wozu ihr Blut gedient hat? Was würde Garibaldi sagen, wenn er nach einem Vierteljahrhundert das Ideal seiner Träume: Rom sähe — wenn er es sähe als Hauptstadt eines Königreichs, das ein großes Gefängniß ist und in dem, wie vor dem

20. September, der Gedanke bestraft wird — als Hauptstadt eines Staates, aus dem die Einwohner haarenweise entfliehen, weggetrieben von den Steuern und vom Hunger, und wo die Ehrlichkeit ein Anrecht ist auf die Galeeren und der Diebstahl ein Anrecht auf Ministerportefeuilles und Würden und Ehren.

In diesen Festen des 20. September welcher Hohn für ein italienisches Herz, für das Herz eines freien Mannes!

So Cavalotti. Der Fremde, an den er dies schreibt, ist ein geachteter Republikaner, der in Südamerika mit vielen tausenden seiner Landsleute ein Asyl gefunden hat.

**Eine irische Konvention**, welche die Loslösung Irlands von England erstrebt, wurde am 24. September in Chicago eröffnet. John Finerty führte den Vorsitz. Die Zahl der Abwesenden war groß. Diese Konvention ist der Niederschlag der irischen Bewegung gegen die Verschleppung der Home-Rule-Frage durch die englischen Unionisten. Der Wahlsieg Solibury's und Walfour's kann England noch theuer zu stehen kommen.

**Den Silberpelzanten**, schönfärbisch Bimetallisten genannt, geht es gar nicht nach Wunsch, selbst nicht in ihren Hochburgen, den Vereinigten Staaten von Amerika. In dem neuen Kongress, der im Dezember in Washington zusammentritt, giebt es im Repräsentantenhaus 216 Abgeordnete, die gegen freie Silberprägung sind, 88, die dafür sind, und 52, die ihre Ansichten für sich behalten wollen. Somit besteht sicherlich eine Mehrheit von 76 gegen freies Silber. Von den 90 Senatoren sind 43 gegen freies Silber, 39 dafür und 6 wünschen sich zur Zeit nicht über die Frage auszusprechen. Der Triumph der Silberleute wird demnach in den Vereinigten Staaten einstweilen auf sich warten lassen.

Da müssen jedenfalls Herr v. Kardorff und Herr Dr. Arendt ihre beiden bemerkenswerthen Nasen zusammenstecken, um auszuschnüffeln, ob sich nicht wenigstens in Deutschland der heiligen Silbersache ein neuer Aufschwung verschaffen läßt.

**Entweder Chinesenthum oder Sozialismus** — unter diesem Titel schreibt unser Bruderorgan, die „New-Yorker Volkszeitung“:

„Auf die Kollisionen Ostasiens für den Kampf um den Weltmarkt haben wir vor einigen Tagen hingewiesen. Mit welcher Energie sich der Kapitalismus auf die Ausnutzung der ihm gebotenen Gelegenheiten wirt, dafür in nachfolgendem einige Beispiele, die wir gleichzeitig in verschiedenen Blättern finden.

Londoner Zeitungen berichten, daß sich nicht weniger als sechs Kompagnien von englischen Kapitalisten gebildet haben mit dem Zwecke, in China ausgedehnte Baumwollenspinnereien zu errichten, und es wird hervorgehoben, daß damit der englischen Baumwollindustrie ein Todesstoß verkehrt werde. Man spricht sogar schon aus, daß die Eröffnung von China den Verlust einer ganzen Anzahl von Industrien für England bedeute.

In einem Organ der amerikanischen Textilfabrikanten, dem „Textile Record“, finden wir gleichzeitig folgende Notiz:

Wir berichten in unseren Neuigkeitspalten über die Verschiffung von gewissen außerordentlich verbesserten Textil-Maschinen von Philadelphia nach Japan. Es ist dieses nur ein kleiner Theil einer großen Masse dergleichen Maschinen, die sowohl von den Vereinigten Staaten als auch von England abgedacht wurden. Japan entwickelt sich rasch zu einem Industrieland ersten Ranges. Nicht nur sorgt es schon für seinen eigenen Bedarf, sondern auch sein Export wächst von Tag zu Tag. Vor zehn Jahren wurde der Export jenes Landes auf 31 Millionen Dollars geschätzt. 1890 hatte sich derselbe auf 56 Millionen gehoben. Im vergangenen Jahre war derselbe bereits auf 113 Millionen angewachsen. Japan übersehmennt unseren Markt bereits mit Teppichen und Seidenwaren. Bald werden die Baumwollwaren, die Uhren und verschiedene Weberwaren sich über unser Land ergießen, um mit den Erzeugnissen unserer Fabriken zu konkurriren. Welcher Art Konkurrenz wird das sein zwischen den Japanesen mit einem Tagelohn von 20 Cents und dem amerikanischen Arbeiter, der diese Summe in einer Stunde verdient!

Soweit das Fabrikantenorgan, dessen Klagelied über die hohen Löhne der hiesigen Arbeiter natürlich dahin ausläuft, daß dieselben auf das Niveau der Japaner hinab gebracht werden müssen.

Hätten wir recht oder nicht, als wir beim chinesisch-japanischen Friedensschluß bemerkten, daß die Vorgänge in Ostasien die Arbeiter mehr angehen, als sie sich träumen lassen? Die Kapitalstruktur jenes Theiles der Welt läßt der Arbeiterklasse Europas und Amerikas nur die Wahl zwischen zwei Dingen: Entweder sich auf das Niveau der Chinesen herabdrücken zu lassen oder — im Sozialismus ihr Heil zu suchen. Ein Drittes giebt es nicht.

So die „New-Yorker Volkszeitung“. Gleich nach dem Friedensschluß von Schimonoseki wiesen wir auf diese Folgen der Revolution in Ostasien hin. Und seitdem sind die Wirkungen derselben noch deutlicher zu tage getreten und haben sich geltend zu machen begonnen. Das Chinesenthum und die chinesisch-japanische Konkurrenz werden sich bald nur zu bemerkbar machen.

**Deutsches Reich.**

— Kein Sozialistengesetz wird, wie die „National-Zeitung“ behauptet, von der nationalliberalen Partei im Reichstage beantragt werden. Vielleicht nennt indeß die „Schlesische Zeitung“ jetzt ihre Quelle.

— Wieder freigegeben wurde gestern durch richterlichen Beschluß die Nr. 37 der Zeitschrift „Ethische Kultur“, welche vor einigen Tagen wegen des Leitartikels „Der Kaiser und die Sozialdemokratie“ beschlagnahmt worden war.

— Die „Sonntags-Zeitung“ in Halberstadt, deren politische Schwierigkeiten wir in Nr. 225 des „Vorwärts“ erwähnten, wird, wie uns mitgeteilt wird, nicht von dem Genossen David redigirt, der nichts damit zu thun hat. Verantwortlicher Redakteur ist der Genosse Hurlmann. Die Anglegenheit selbst hat sich so abgeklärt:

Nachdem Nr. 37 konfiszirt worden, war die Post angewiesen, bis zu einer gewissen Zeit alle Vordere der „Sonntags-Zeitung“ anzuhalten und dem Amtsgericht zur Untersuchung, ob nicht Nr. 37 darin sei, abzugeben. Die Beförderung verzögerte sich dadurch bedeutend. Als wir das auf der Post erfuhr, versandten wir Nr. 37a, die Ersahnummer, auf anderem Wege.

— Die Behörde der Freireligiösen. Gegen das vom Provinzial-Schulkollegium an die hiesige freireligiöse Gemeinde ergangene Verbot der Frühvorträge an Sonntagen hat, wie uns mitgeteilt wird, der Gemeindevorstand die richterliche Entscheidung beim Ober-Verwaltungsgericht beantragt.

— Um eines Hundes willen. Der Mediziner Dr. Otto Engel, der am 12. Febr. den Reservelieutenant Funke in Rettenhorst bei Bonn im Duell nicht unerheblich verwundet hatte, wurde

von der Strafkammer in Bonn zu 4 Monaten Festungshaft verurtheilt. Den Anlaß zum Zweikampfe hatte der Hund des Dr. E. gegeben. Der Reservelieutenant hatte den an ihm emporspringenden Hater von sich abgewehrt. Die Folge davon war: Wortwechsel, Keilerei, Forderung, Kugelwechsel, Blutergießen. — Die Ehre des Hundes wird hoffentlich nun wieder hergestellt sein.

— Die Schulverhältnisse in Mecklenburg werden grell beleuchtet durch eine Mittheilung, die der „Tägliche Rundschau“ aus Lübeck zugeht. In dem mecklenburgischen Städtchen Nehna besaßte sich am vergangenen Sonnabend das Sedankomitee mit der Frage, wie ein bei dem Fest erzielter Ueberschuß von 150 Mark verwendet werden sollte. Bei der lebhaften Erörterung dieser Angelegenheit wurde auch der Antrag gestellt, 50 Mark zum Ankauf einer neuen Landkarte von Deutschland für die Nehnaer Stadtschule zu verwenden, denn — man lese und staune! — die Schule habe nur ganz alte aus den Jahren vor 1870 stammende Karten und es sei doch wünschenswert, daß in deutschen Schulen Karten gebraucht werden, die Deutschlands Grenzen wenigstens richtig angeben. Und was war das Schicksal des Antrages? — er wurde abgelehnt.

Mannheim, 24. September. Nach unserem hiesigen Parteiorgan, der „Volkstimme“, ist von dem bekannten „günstigen Wind“ ein interessantes Schriftstück auf das Pult geweht worden: Nationalliberale Partei.

Abtheilung III. Verein jugendlicher Mitglieder. Sehr geehrter Herr!

Es ist der Wunsch der Parteileitung und wohl auch derjenige vieler Mitglieder unseres Jugendvereins, daß von seiten der letzteren sich möglichst viele zur Betheiligung an der Wahlagitatioin etwa in der Weise bereit finden, daß sie während des Wahlkampfes in den verschiedenen Wahllokalen die Namen der Wähler, welche ihre Stimmen abgeben, aufschreiben, damit an der Hand dieser Aufschreibungen etwa säumige Wähler noch zur Wahl herangezogen werden können.

Die Partei gewährt solchen Herren, die das Ehrenamt eines Aufschreibers zu übernehmen gewillt sind, einen Ehrensold von 5 Mark.

Anfangs nächster Woche wird Ihnen eine Liste unterbreitet werden, in welche sie sich einzugehen belieben, falls Sie, wie wir hoffen, an der Agitation sich betheiligen wollen.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand.

Mannheim, 21. September 1895. Die Nationalliberalen Baden bleiben ganz im bewährtesten Patriottentheil, wenn sie Ehrensolde als Köder auswerfen. Die ehrenbedobeten Jünglinge werden sich mit dem Heros des Jahrhunderts eins fühlen.

Stuttgart, 25. September. (Fig. Bericht.) Eine Reichstags-Nachwahl soll, wie verlautet, im 12. württembergischen Reichstags-Wahlkreis (Crailsheim, Gernbrunn, Künzelsau, Mergentheim) bevorstehen, da der seitigerige demokratische Abgeordnete Pflüger wegen Krankheit sein Amt niederlegen will.

Die Schule will man auch in Württemberg zum Kampf gegen die Sozialdemokratie aufrufen. Bei der Bezirks-Schulversammlung in Degerloch kam die Abänderung des Volksschul-Lesebuchs zur Sprache und sollen in das Lesebuch auch Stücke aus der neuesten vaterländischen Geschichte aufgenommen werden, da die Erfüllung dieser Forderung die einfachste Lösung der Frage, was die Schule zur Bekämpfung der Sozialdemokratie thun könne, darstelle. „Durch edle Begeisterung unserer Jugend für Deutschlands große Zeit und große Männer würde noch Aussicht der Schulpädagogen allen vaterlandlosen Bestrebungen am wirksamsten das Wasser abgegraben werden.“

**Oesterreich.**

— Zum Niedergange des österr. Liberalismus gehört es auch, daß die Egerer Handelskammer den früheren Finanzminister Dr. v. Winer jun. einstimmig zum Reichsraths-Abgeordneten gewählt hat. Der Mann, der einer wohlthätigen Sinecure zu Liebe auf die Führerschaft der Partei zur Zeit ihrer Auflösung verzichtet hat, behält das Vertrauen der liberalen Wählerchaft. Der österr. Liberalismus verliert nicht einmal in Ehren zu sterben.

— Die Landtagswahlen für die galizischen Landgemeinden, die nach der Methode der fernischen und bulgarischen Wahlen ohne jede Eiden vor Gewaltthätigkeiten amtlich beeinflusst werden, haben natürlich wie immer der polnischen Adelspartei eine große Majorität verschafft. Die Ruthenen, die fast die Hälfte der Bevölkerung Galiziens bilden, wurden wie üblich an die Wand gedrückt und bleiben ohne die ihnen gebührende Vertretung. Wos Jurguthenen, die im Frieden mit ihren ökonomischen, politischen und nationalen Todfeinden, den Polen, leben wollen, wurden gewählt. Die eigentlichen Führer des ruthenischen Volkstammes blieben in der Minorität. Dem Siege der polnischen Adelspartei über die Ruthenen steht eine merkwürdige Erscheinung gegenüber, die Wahl einer Anzahl polnischer Bauern, die gegen polnische Adelige zu kandidiren gewagt hatten, 11 polnische Bauern wurden gewählt, von diesen sieben gegen polnische Adelige. Durchgefallen ist der frivolle Gegner der österr. Wahlrechts-Bewegung, der Graf Stadnicki.

**Frankreich.**

— Ueber die Madagaskar-Expedition giebt der französische Kriegsminister folgende Depesche bekannt: Majunga, 24. September. Nach aus dem Inneren eingetroffenen Nachrichten wird der Vormarsch energisch fortgesetzt; der moralische Zustand der Truppen ist ausgezeichnet. General Duchesne telegraphirt über Andriba vom 23. d. M., die erste und zweite Abtheilung der stiegenden Kolonne gemannen vom 19. d. M. die Passage über die Berge von Ambohimena. General Mehinger sond den Weg durch sämtliche Streikräfte der Dova's mit 30 Kanonen besetzt, aber das Erscheinen der Truppen des Generals Boycon, welchem es gelungen war, seinen vor Tagesanbruch begonnenen Anmarsch zu beschleunigen, genigte, um die vollständige Auflösung des Feindes herbeizuführen; unsere Truppen hatten keine Verluste. Die Vorposten stehen vor Antovy. Die Frische der Truppen ist bemerkenswerth; trotz der großen Anstrengungen haben wir wenig Marode.

So die Depesche. Ob sie nun in Madagaskar oder in Frankreich verfaßt ist — der Wahrheit entspricht sie in keinem Fall, und bei einiger Aufmerksamkeit ist die Absicht der Täuschung nicht zu verkennen. Der „moralische Zustand der Truppen ist ausgezeichnet“ — aber wie sieht es um den physischen Zustand? Daß von ihm geschwiegen wird, kann den unglücklichsten Gerüchten nur zur Behütigung dienen; und wenn am Schlusse von der „Frische der Truppen“ und „den wenigen Marode“ die Rede ist, so ist zu bedenken, daß dies nur von der vorgehenden Kolonne gilt, die dem Hauptkorps vorauszieht, und ferner ist zu bedenken, daß Fieberkrankheit nicht „Marode“ sind.

Durch solch plumpe Mandover läßt die öffentliche Meinung sich nicht mehr beschwichtigen und lauter und lauter ertönen die Anklagen gegen die Regierung. Wie immer in solchen Fällen sucht von den Regierungsleuten einer die Schuld auf den anderen zu wälzen. Am schwersten belastet ist der frühere Kriegsminister Mercier. Und dieser ist in seiner Verlegenheit auf das finanzielle Ausfunksmittel verfallen, in einem Artikel des „Figaro“ die Verantwortlichkeit dem ehemaligen Marineminister Feltz Haure anzuhalsen, welcher gleichbedeutend ist mit dem jetzigen — Präsidenten der Republik. Armer Präsident!

— Mit der geplanten Kolonialarmee beschäftigt sich noch immer die Budget-Kommission. Es wird darüber telegraphirt:

Die Budget-Kommission der Deputirtenkammer setzte heute die Beratung des Militärbudgets fort. Cavaignac legte den Plan für die Reorganisation der Truppenmacht in Algerien dar. Hiernach soll der größere Theil der algerischen und tunesischen Truppen, zwei Infanterie- und eine Kavallerie-Brigade, nach Frankreich verlegt werden. Unter Hingunahme dieser Truppen könnte ein neues kontinentales Armeekorps gebildet werden, welches möglichst nahe der Ostgrenze aufzustellen wäre. Die in Alger und Tunesien verbleibenden Truppen sollen mit den Cadres der gegenwärtig vorhandenen Kolonialtruppen verschmolzen werden und den Stamm einer neuen Kolonialarmee bilden. Diese Armee würde dem Kriegsministerium unterstehen und in Frankreich, Algerien und den Kolonien durch Werbungen sowie Wiedereinstellung ausgedienter Soldaten rekrutirt werden; den Truppen sollen Dienstprämien gezahlt werden.

— Von Fremdenhaken hören wir wieder aus Süd-Frankreich. Diesmal sind es nicht Italiener, gegen welche die blinde Wuth der Volksmassen sich gerichtet hat, sondern Spanier. Man telegraphirt:

In Louloufe fanden gestern Unruhen statt. Die Häuser der spanischen Zigeuner wurden geplündert, ihre Habe verbrannt und in die Garonne geworfen. Die Polizei war ohnmächtig; Gendarmen schritt ein und nahm zwanzig Verhaftungen vor. Der Bürgermeister erließ eine Rundgebung an die Bevölkerung, um sie zu beruhigen. Die meisten Spanier sind nach anderen Städten oder nach ihrer Heimath ausgewandert.

Weiteres wissen wir vorläufig nicht. Sonderbar, daß in solchen Fällen die Polizei nicht „ohnmächtig“ ist, während sie, wo es sich um die Unterdrückung politischer Freiheit handelt, allmächtig ist.

**Serbien.**

— Der König — d. h. der junge — kommt am 1. Oktober zurück, so daß dann die Königslosigkeit aufhört. Seine Mutter Natalie wird Anfang November zurückkehren — der dieke Milan bleibt in Paris. Gleich nach der Rückkunft des Königs soll die „Verfassungsrevision“ beginnen und ein „neues Koalitionsministerium“ gebildet werden. Als Hauptpunkte der Verfassungsrevision werden genannt: Abschaffung des Staatsraths, Beschränkung der Kompetenz der Kreis-ausschüsse und Vereinfachung des Wahlrechts. Die Punkte sind nicht recht klar, aber da den demokratischen Kreis-ausschüssen und dem demokratischen Wahlrecht zu Leib gegangen werden soll, so scheint die Verfassungsrevision bloß ein anderer Name für Staatsreich zu sein. Der junge König ist nur eine Puppe in den Händen seiner Mutter, und diese ist notorisch eine Agentin der russischen Diplomatie. Serbien ist bekanntlich ein Kampffeld für russische und österr. Herrschaftsgelüste. Für den Augenblick scheinen die Russen wieder einmal obenauf zu sein.

**Rumänien.**

— Die große Donaubrücke bei Cernavoda, die die Dobrubtscha mit dem Hauptflusse verbindet, wurde am 26. Sept. eröffnet.

**Rußland.**

— Die Beamtenwirtschaft ist in Rußland zu einer besonders hohen Blüthe der Vollkommenheit entwickelt. Es kommt wenig an die Deffentlichkeit, da in Rußland ein dreifacher Panzer die Beamten gegen schnelle Enthüllungen schützt. Jetzt hat indeß ein der täglichen Zensur unterliegendes Blatt einen derartigen charakteristischen Vorfall erzählt; da dieser Bericht mit Genehmigung der Pressebehörde veröffentlicht wird, so kann man annehmen, daß er aus Thatfachen beruht. Der „Ishernom. Wesi.“ berichtet aus Aichasien (einer Landschaft im Kaukasus): Vor einer längeren Reihe von Jahren wurden einem Beamten 400 Dessjatinen Buchsbaumwaldung zugetheilt, wobei er sich natürlich den prachtwollsten Holzbestand aussuchte. Der Beamte ließ den Wald abholzen und machte ihn zu Geld. Hierauf petitionirte er um den Umtausch seiner Parzelle, der ihm auch gewährt wurde. Dieses Geschäft wurde dreimal ausgeführt, wobei 1200 Dessjatinen des schönsten Buchsbaumbestandes in Form von Kreditscheinen in die Tasche des schlauen Beamten wanderten. Beim Durchstöbern der Archive fielen die bezüglichen Aktenstücke in die Hände des revidirenden Beamten und dieser machte von der Geschichte an zuständiger Stelle Anzeige.

Petersburg, 25. September. Den „Nowosti“ zufolge wurde ein Regulativ für den Bergwerkbetrieb durch Ausländer im sibirischen Amurgebiet durch den Antrag des Generalgouverneurs veranlaßt, einem französisch-holländischen Konsortium die Anlage und den Betrieb von Steinkohlen-Gruben an der Küste der Amur-Meerenge zu gestatten, nachdem die Hinguziehung russischer Kapitalisten zu dem erwähnten Unternehmen gescheitert ist.

**Brazilien.**

Mio de Janeiro, 24. September. Die Deputirtenkommitte hat die erste Lesung der Amnestievorlage mit 118 gegen 58 Stimmen abgelehnt. In der Stadt herrscht große Aufregung und die Ruhe ist mehrfach gestört worden. Also es braut wieder Unheil in dem südamerikanischen Wetterwinkel.

**Partei-Nachrichten.**

**Partei-Presse.** Mit dem ersten Oktober bereitet sich in der Arbeiterpresse der badisch-bayerischen Pfalz ein wichtiger Schritt vor, indem von diesem Tage an die „Volkstimme“, das bisherige Organ der Arbeiterpartei der badisch-bayerischen Pfalz in zwei Zeitungen getrennt wird, die „Volkstimme“ für das werththätige Volk Badens und die „Pfälzische Post“ für das werththätige Volk der Pfalz.

**Todtenliste der Partei.** In Oberberg i. M. wurde am Sonntag die Frau des Genossen Baum unter großer Theilnahme der Parteigenossen bestatet. Sie hat stets mit dem größten Eifer für die Ziele unserer Partei gewirkt.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**

— Zur Degradation und einer Freiheitsstrafe wurde ein Avanzirter eines Thorer Regiments verurtheilt, weil er sich während seines Urlaubs in Berlin in Uniform an einer sozialdemokratischen Protestkundgebung gegen die Sedanfeier betheiligt hatte.

— Genosse H. Dehne hat sich in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur der „Frankischen Tagespost“ am Dienstag, den 1. Oktober, vormittags 8 1/2 Uhr, vor dem Nürnberg-berger Schwurgericht wegen angeblicher Majestätsbeleidigung zu verantworten, welche er in dem ersten Rundschau-Artikel der Nr. 208 der „Tagespost“ begangen haben soll.

— Beleidigung nach § 166. Aus Nürnberg wird dem „Berliner Tageblatt“ telegraphirt: Das Schöffengericht verurtheilte den Redakteur des hiesigen sozialdemokratischen Blattes wegen groben Anfnugs zu 50 M., weil er bei Besprechung eines Sittlichkeitsverbrechens, das in der Irrenanstalt zu Hildesheim vorgekommen sein sollte, über den Heiligen Geist gewißelt hatte.

— Tanzmusik und sozialdemokratische Versammlungen vertragen sich nach hochweiser polizeilicher Auffassung im gleichen Maße nicht. Es wird uns hierzu aus Zwidau unterm 25. d. Mitt. geschrieben: Der Wirth des „Gep-

hof zur See" in Hohenstein hatte bekanntlich dieses Frühjahr von der Kutschaupmannschaft Glaucha eine Verfügung erhalten, nach welcher er in seinem neu erbauten geräumigen Saal ein Jahr lang keine Tanzmusik abhalten sollte. Der sofort an die Kreischaupmannschaft Zwidau ergriffene Returs hatte aufschiebende Kraft; heute wurde ihm endlich in der Kreischaupmannschaft eröffnet, daß man seinem Returs insoweit stattgegeben, daß die Tanzbeschränkung auf ein halbes Jahr reduziert worden sei. In der "Zeche" finden viel sozialdemokratische Versammlungen statt. Das kann aber natürlich kein Grund für die Maßregelung sein.

— Das sächsische "Zuwei" in Auslande. Nachdem die Organisation des 15. Reichstags-Wahlkreises (Burgstädt, Limbach etc.) von den sächsischen Behörden als "Verein" betrachtet und deshalb "aufgelöst" wurde, wollten diese aufgelösten Sozialdemokraten im benachbarten Ruddorf im Altenburgischen eine Versammlung abhalten, um über das Agrarprogramm zu sprechen und einen Delegierten für den Breslauer Parteitag zu wählen. Diese Versammlung wird aber vom bezüglichen altenburgischen Landrathsamt verboten, weil "seitens der zuständigen königlich sächsischen Behörden die Partei-Organisationen als dem Vereinsgesetz unterfallend angesehen werden" etc. Das betreffende, dem Einberufer jener Versammlung, dem Lagerhalter Genossen Ficker in Ruddorf zugegangene Schriftstück lautet:

Da seitens der zuständigen königl. sächsischen Behörden die Partei-Organisationen als dem Vereinsgesetz unterfallend angesehen werden, so sind derartige Organisationen, soweit sie dem Königreich Sachsen angehören, auch diesseits als Vereine zu behandeln. Es kann daher die nach § 1 der höchsten Verordnung, die Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungsrechts betreffend, vom 28. Januar 1888 erforderliche Bescheinigung über Anmeldung einer Versammlung solange nicht ausgestellt werden, als nicht der Nachweis geführt worden ist, daß die betreffende Organisation unter Beobachtung der im Königreich Sachsen geltenden Bestimmungen sich als Verein konstituiert hat, und eine gehörige Legitimation des Anzeigenden als Bevollmächtigter dieses Vereins vorliegt. Da diese Unterlagen von Ihnen nicht erbracht sind, wird die durch Ihre Eingabe vom 18. d. M. erbetene Bescheinigung somit verweigert. Altenburg, den 20. September 1895.

Herzogliches Landrathsamt.

(Name unlesbar.)

Die "Leipziger Volkszeitung" bemerkt hierzu: Das altenburgische Landrathsamt verlangt also den Nachweis, daß die betreffende Organisation sich als Verein konstituiert hat, obwohl die sächsischen Behörden diesen Verein eben aufgelöst haben, der verlangte Nachweis also gar nicht zu erbringen ist. Nach der Forderung des Landrathsamts müßten alle sächsischen Sozialdemokraten, die im Altenburgischen eine Versammlung besuchen wollen, sich vorher unter Beobachtung des sächsischen Vereinsgesetzes als Verein konstituieren! Den sächsischen Behörden wird diese Unterstützung des Landrathsamts in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie natürlich sehr angenehm sein, aber bei unbefangenen denkenden Menschen wird die altenburgische Regierungswelchheit nur allgemeines Kopfschütteln erregen.

### Soziale Uebersicht.

**Bergarbeiterlöhne in Preußen.** Nach den vierteljährlich für den preussischen Bergbau angestellten Erhebungen über Arbeitslöhne und Arbeitsleistungen war die mittlere Zahl der vorhandenen Arbeiter (ausschließlich Beamten und dauernd zur Aufsicht verwendeten Personen) im Jahre 1894 folgende:

180 564	unterirdisch beschäftigte Bergarbeiter,
61 772	unterirdisch beschäftigte Arbeiter,
71 788	über Tage beschäftigte Arbeiter, ausschließlich der jugendlichen und weiblichen,
9 088	jugendliche männliche Arbeiter unter 16 Jahren,
5 638	weibliche Arbeiter,

zusammen 328 740 Bergarbeiter, deren reines Jahreseinkommen 275 588 683 M. betrug.

Von dieser Arbeiterzahl entfallen auf den	Arbeiter
Steinkohlenbergbau in Oberschlesien	52 800
Steinkohlenbergbau in Niederschlesien	17 282
Braunkohlenbergbau	23 043
Kupfererzbergbau	12 680
Steinsalzbergbau	3 975
staatlichen Erzbergbau am Oberharz	3 366
Steinkohlenbergbau des Ober-Bergamtsbezirks Dortmund	148 290
staatlichen Steinkohlenbergbau in Saarbrücken	30 070
Steinkohlenbergbau bei Aachen	8 187
Siegen-nassauischen Erzbergbau	19 997
sonstigen rechtsrheinischen Erzbergbau	5 657
linksrheinischen Erzbergbau	3 893

Auf den Steinkohlenbergbau überhaupt also 256 119, auf den Braunkohlenbergbau 23 043, auf den Erzbergbau 32 913, auf den Kupfererzbergbau 12 680 und auf den Steinsalzbergbau 3975 Arbeiter.

Die Dauer der von einem unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter versprochenen Schichten, deren Zahl zwischen 262 (beim ober-schlesischen Steinkohlenbergbau) und 303 (beim Braunkohlenbergbau des Ober-Bergamtsbezirks Halle) im Jahre schwankt, übersteigt beim Steinkohlenbergbau für die Mehrheit der Belegschaft, einschließlich Ein- und Ausfahrt und einschließlich der Ruhepausen, 10 Stunden nicht; nur in Oberschlesien hat noch beinahe die Hälfte der Belegschaften zwölf Stunden Schichten. Im allgemeinen währt die Schicht 8, bei beschwerlichen Arbeiten aber nur 6 Stunden ohne Ein- und Ausfahrt zusammen meist rund 1 Stunde. Beim Erzbergbau schwankt die Schichtdauer zwischen 8,1 und 11,7 Stunden. Beim Braunkohlenbergbau beträgt die Schichtdauer durchschnittlich 11,4 Stunden. Dies erklärt sich, freilich bloß nach der offiziellen Darstellung, aus der geringen Tiefe der Gruben, welche gestattet, daß die Bergleute zu den Frühstücks- und Mittagspausen ausfahren. Die wirkliche Arbeitszeit beträgt im allgemeinen noch nicht zehn Stunden. — Im ganzen hat sich die Schichtdauer im Jahre 1894 gegen 1893 nicht verändert. Nur beim Steinkohlenbergbau in Oberschlesien hat sich der Prozentsatz der auf 8 Stunden beschäftigten jugendlichen männlichen Arbeiter wieder von 21,2 auf 35,4 gehoben und der auf 12 Stunden beschäftigten entsprechend vermindert; jedoch ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der daselbst überhaupt beschäftigten jugendlichen männlichen Arbeiter um 18,9 pCt. zurückgegangen ist.

Die Jahres-Arbeiterleistung hat in sämtlichen Bezirken des Steinkohlen-Bergbaues wiederum eine Zunahme, und zwar von 1—2 pCt., erfahren, die Arbeitsleistung auf 1 Schicht indessen nur in Ober- und Niederschlesien, während sie in Dortmund und der Höhe des Vorjahres blieb und in Saarbrücken eine Abnahme aufwies. Im Vergleich mit den früheren Jahren stellt sich die Jahres-Arbeiterleistung:

Oberschlesien	Niederschlesien	Dortmund	Saarbrücken
To.	To.	To.	To.
1888	354	228	326
1889	365	225	302
1890	349	202	286
1891	331	203	278
1892	305	197	267
1893	323	209	271
1894	329	213	274

Der Jahresverdienst der Bergarbeiter hat gegen das Vorjahr keine wesentliche Veränderung erfahren. Nur in Mansfeld, wo der Rückgang der Kupfer- und Silberpreise zu einer Verminderung der Selbstkosten nöthigte, blieb der Jahreslohn um 4 pCt. gegen 1893 zurück. Beim Steinkohlenbergbau in Oberschlesien, Dortmund und Aachen, sowie beim

gesamten Erzbergbau (außer Mansfeld) fand eine 1/2—2 pCt. betragende Aufbesserung, beim Steinkohlenbergbau in Niederschlesien und Saarbrücken, sowie beim holländischen Braunkohlen- und Salzbergbau eine gleich hohe Herabsetzung statt. Auch der Lohn für eine Schicht zeigte, abgesehen von Saarbrücken und Mansfeld, wo er um etwa 4 pCt. fiel, keine erhebliche Aenderung. Der höchste Lohn wurde, wie in den Vorjahren, beim Steinsalzbergbau in Halle gezahlt, wo der durchschnittliche Nettolohn aller beschäftigten Arbeiter 1019 Mark betrug. Auf mehr als 1000 Mark — allerdings nur für die unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter — belief sich der Reinerdienst noch in den Staats-Bergwerken bei Saarbrücken (1020 Mark) und beim Dortmunder Steinkohlenbergbau (1102 M.). Die eigentlichen Kohlen- und Gesteinsbauer verdienten 1894 durchschnittlich

auf	für das	Verhältnis
1 Schicht	Jahr	zur
M.	M.	Belegschaft
pCt.	pCt.	
in Oberschlesien	3,50	932
in Niederschlesien	2,93	874

Diese Löhne verstehen sich, wie im "Staats-Anzeiger" bei Mittheilung dieser Daten bemerkt wird, nach Abzug aller Nebenkosten (wie Beiträge für die soziale Versicherung, Kosten für Arbeits-Gehälde, Sprengmittel und Beleuchte); andererseits ist darin der Werth der den Arbeitern durch die Werke zu theil gewordenen wirtschaftlichen Beihilfen, welche vornehmlich in Ackerland, Wohnung und verschiedenen Deputaten gewährt werden, nicht enthalten.

**Arbeiterinnen-Gesetz im Canton Solothurn.** Der Gesehtentwurf betr. den Schutz von Arbeiterinnen, sieht folgende Hauptbestimmungen vor. Das Handels- und Industrie-Departement führt über alle diesem Gesetze unterstellten Gewerbe, mit Ausnahme der Wirtschaften und Ladengeschäfte, ein Verzeichnis; ebenso führen die Oberamtänner ein gleiches Verzeichnis über ihre Kantone. Die Geschäftsinhaber sind verpflichtet, Kenntniß von Bestehen ihrer Geschäfte dem Oberamte zu geben, welches hinwiederum dem Handels- und Industrie-Departement Mittheilung macht. Mädchen unter 14 Jahren dürfen weder als Arbeiterinnen, noch als Lehrlinge angestellt werden. Die Arbeit an den gesetzlichen Sonn- und Feiertagen ist untersagt. Die tägliche Arbeitszeit darf nicht mehr als 11, an den Vorabenden vor Sonn- und Feiertagen nicht mehr als 10 Stunden betragen (in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends); zur Mittagzeit sind wenigstens anderthalb Stunden frei zu geben. Ueber die gesetzliche Arbeitszeit hinaus darf den Arbeiterinnen keine weitere Arbeit nach Hause mitgegeben werden. Obligatorische Unterrichtsstunden für Mädchen zählen bei Berechnung der zulässigen Arbeitszeit mit. Ausnahmeweise und aus erheblichen Gründen darf die gesetzliche Arbeitszeit verlängert werden, jedoch nicht über zwei Stunden täglich. Arbeiterinnen dürfen zur Ueberzeitarbeit nur mit ihrer Zustimmung und solche unter achtzehn Jahren oder Schwangeren gar nicht beigegeben werden. Alle Ueberzeitarbeit muß um ein Viertel höher als der gewöhnliche Lohn entschädigt werden. Arbeitszeitverlängerungen für höchstens sechs Tage kann der Oberamtmann bewilligen, über längere Dauer entscheidet der Regierungsrath. Jede Ueberzeitarbeitbewilligung ist schriftlich zu erteilen.

Die folgenden Paragraphen enthalten die Bestimmungen über die Arbeitsräume, Kündigungsschriften, Lehrverträge (schriftlich mit Bestimmungen über das Gehalt, Lehrgeld, Probe- und Lehrgeld und den Bedingungen, unter denen der Vertrag einseitig aufgehoben werden kann). Die Arbeitsordnungen bedürfen der Genehmigung des Regierungsrathes, sind an sichtbarer Stelle im Arbeitsraum anzuschlagen und sollen enthalten: die Arbeitszeit, die Art und Zeit der Lohnzahlung, allfällige Ruhebestimmungen und die Bedingungen des Ein- und Austrittes. Der Regierungsrath ist befugt, die Aufstellung einer Arbeitsordnung vorzuschreiben, wenn der Umfang oder die Natur eines Geschäftes den Erlaß einer solchen rechtfertigt. Ruhe dürfen nur verhängt werden, wenn sie in einer genehmigten Arbeitsordnung angedroht sind, sie dürfen ein Viertel des Tagelohnes der Gehältern nicht übersteigen und sind im Interesse der Arbeiterinnen zu verwenden. Der Lohn ist, sofern nicht Monats- oder Jahresauszahlung schriftlich vereinbart ist, mindestens alle 14 Tage in gesetzlichen Münzsorten und zwar an einem Werktag baar auszuzahlen. Lohnzüge für Miete, Reinigung, Heizung oder Beleuchtung des Lokals, sowie für Miete und Abnutzung der Werkzeuge sind untersagt. Lohnabzüge für verdorbene Arbeit können gemacht werden, wenn der Schaden aus Verfall oder grober Fahrlässigkeit entstanden ist. Lohn darf nur bei vorausgegangener gegenseitiger Vereinbarung und höchstens bis auf die Hälfte des durchschnittlichen Wochenlohnes zurückbehalten werden (Recompte). Ebenso ist das Zurückbehalten von Lohn zu Versicherungszwecken nur mit gegenseitigem Einverständnis gestattet.

Die Angestellten in Ladengeschäften können zur Bedienung der Kunden in der offenen Geschäftszeit ohne Beschränkung verwendet werden, unter der Bedingung jedoch, daß ihnen eine ununterbrochene Nachtruhe von 10 Stunden gestattet wird. Kellnerinnen dürfen, soweit es zur Bedienung von Gästen nöthig ist, abends bis zur Polizeistunde und bei Freischichten über dieselbe hinaus beschäftigt werden, doch ist ihnen in allen Fällen eine ununterbrochene Nachtruhe von mindestens acht Stunden zu gestatten. Mädchen unter 18 Jahren, die nicht zur Familie des Betriebes gehören, dürfen zur ständigen Bedienung nicht verwendet werden. Angestellten in Ladengeschäften und Kellnerinnen, denen der Sonntag nicht freigegeben werden kann, ist während der Woche ein halber Tag freizugeben. Dies gilt jedoch nicht für Kurantstellen während der Sommermonate. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes werden mit Geldbußen bis 200 Fr. bestraft.

### Gewerkschaftliches.

Sämmtliche Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Kuchenhände oder Aufsperrungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

**Achtung, Lohgerber, Lederzurichter und Berufs-Genossen!** Der Streik in der Steinlein'schen Lederfabrik (Zuhaber Meins) dauert fort. Die Situation ist unverändert und obwohl der Streik bereits die dritte Woche dauert, hat sich nicht ein einziger Streikbrecher gefunden. Auch der Geist unter den Streikenden ist ein durchaus guter; sie denken nicht daran, die Arbeit früher aufzunehmen, bis ihre Forderungen bewilligt sind. Da die Geschäftskonjunktur eine überaus gute ist, Beschlüssen massenhaft vorliegen, so ist das Verhalten des Herrn Meins den bescheidenen Forderungen der Arbeiter gegenüber geradezu unverständlich, um so mehr, als die Löhne, die die Arbeiter der Steinlein'schen Lederfabrik fordern, in jeder anderen Fabrik resp. Werkstatt schon längst gezahlt werden. Offenbar glaubt Herr Meins, daß es bald an Unterstützung für die Streikenden mangeln wird und daß die Arbeiter wohl bald selber kommen werden. Darum, Kollegen und Arbeiter, appellieren wir an Euch, um Herrn Meins zu zeigen, daß er seine Rechnung ohne die gesammte Arbeiterschaft gemacht hat. Unterstützt die Streikenden mit allen Euch zu Gebote stehenden Mitteln. Es sind im ganzen 102 Arbeiter mit zusammen 180 Kindern zu unterstützen. Darum, Arbeiter Berlins, thut auch den Lohgerbern gegenüber Eure Pflicht. Gelder sind abzuliefern an die Lohnkommission der Lohgerber, Lederzurichter und Berufs-Genossen Berlins zu Händen des Kollegen Fritz Verche im Restaurant Vogel, Eblingstr. 9. Der Vertrauensmann G. Vuffe.

**Achtung, Vergolder!** Um etwaigen falschen Gerüchten vorzubeugen, erklärt die unterzeichnete Kommission, daß die über

die Goldbleibenfabrik von H. Groß, Leipzig-Reudnitz, Eilenburgerstraße, von der öffentlichen Vergolderversammlung verhängte "Sperrre" fortbesteht. Von einer Aufhebung derselben kann keine Rede sein, da die Ursache des Streiks und der jeglichen Sperrre noch nicht beseitigt ist. Die Preisreduzierungen, die Herr Groß vor Ausbruch des Streiks im Schilde führte, sind zur Thatfache geworden. Um 20 und theilweise noch mehr Prozent sind die Akkordpreise reduziert. Dies wird hoffentlich allen Kollegen, die durch Annoncen, Versprechungen etc. seitens der Fabrikleitung verlockt worden sollten, und in unserem gerechten Kampfe in den Rücken zu fallen, eine Warnung sein. Vermeidet den Zugang nach Leipzig! Die Streikkommission J. A.: E. Struß, Vertrauensmann der Leipziger Vergolder. Schönefeld bei Leipzig, Dimpfstr. 16, 1 Tr.

**Achtung, Vergolder!** Der Generalstreik dauert fort, Zugung ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau befindet sich Annenstraße 16; in Rigdorf bei Nummer, Berlinerstraße; in Weissensee bei Grenth, Königs-Ghauffee und Lehdorstraße-Gede; im Norden bei Oleinert, Müllerstr. 7a, geöffnet von 9—12 und von 2—5 Uhr.

**Achtung! Walzer.** Die Walzer haben sich mit den streikenden Vergoldern solidarisch erklärt und am Dienstag die Arbeit niedergelegt. Zugung derselben ist unbedingt streng fernzuhalten.

**An die Kistenmacher Berlins! Kollegen!** Der Streik ist nun endgiltig beendet. Alle Kollegen bis auf den letzten Mann sind in Arbeit. Nun ist es Eure heilige Pflicht, das Erzeugene festzuhalten. Mehrfach ist es schon vorgekommen, daß die Herren Fabrikanten sich gelassen ließen, die Löhne wieder zu reduzieren. Theilweise ist dies ihnen auch gelungen. Aber wo die Kollegen einigermassen zusammenhalten, wo nicht solche darunter sind, bei denen Selbstsucht vorherrscht, da sind auch die Versuche, die Löhne herabzudrücken, gescheitert. Auch bezüglich der Arbeitszeit lassen manche Werkstellen viel zu wünschen übrig. Wenn man des Sonnabends sieht, wie die Frauen dieser Kollegen vor der Thüre stehen, und des Abends noch um 1/2 9 Uhr erwartungsvoll zusehen, wie ihre Männer arbeiten und auf ihren Lohn warten müssen und dennoch versichert wird, daß es an diesem Sonnabend noch sehr früh sei, muß man einsehen, daß noch viel zu thun übrig bleibt. Kollegen, wenn solche Zustände Platz greifen, da kann man doch nur annehmen, daß es an Einigkeit fehlt, denn ein Interesse an solcher maßlosen Ausbeutung kann doch wohl kein Arbeiter haben. Kollegen, vor allen Dingen ist es Eure Pflicht, die Arbeitszeit nicht zu überschreiten, und dazu gehört auch, daß Ihr Mann für Rom einig seid und treu zur Organisation haltet. Denn nur dadurch sind wir in der Lage, das Erzeugene festzuhalten. Die Sammlung in den Werkstellen ist eingestellt, aber Ihr dürft nicht denken, daß Ihr nun schon Eure Schulden gethan habt, denn Ihr wißt, daß jeder Kampf aus Opfer kostet, so auch der unferige. Nun ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu diesem Opfer beizutragen, damit das Defizit gedeckt werden kann. Kollegen, betheiliget Euch fleißig an der Sammlung durch die Bots, denn 5 oder 10 Pf. kann jeder abstoßen, und es kann damit hervorragendes geleistet werden. Darum vorwärts treu zur Organisation und stets einig! Das muß unsere Parole sein! J. A.: F. Märten.

**Bauarbeiter.** Von Glensburg ist der Zugung fernzuhalten.

**Die Maurer- und Zimmergesellen in Zwickau** beschloßen in einer Versammlung, bei den Meistern, die die geringsten Löhne zahlen, in den Streik einzutreten.

**Der Streik der Handschuhmacher in Stuttgart, Ludwigsburg und Ehlingen** ist am Sonnabend beendet worden; die Arbeiter haben die Genugthuung, ihre Ausdauer voll belohnt zu sehen, indem die von ihnen bei Beginn des Kampfes ausgesprochenen Forderungen von der Vereinigung der Handschuh-Fabrikanten Württembergs bewilligt wurden.

**Belgischer Bergarbeiterstreik.** Aus Gent wird mitgetheilt, daß der Gouverneur den ansässigen Bergarbeitern eine Audienz erteilt habe, in der er denselben eine Lohnherabsetzung versprochen und sie aufforderte, die Arbeit wieder aufzunehmen. Man glaubt, daß nunmehr der Ausstand beendet sein werde.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

**Wien, 26. September.** (Privatdepesche des "Vorwärts.") Die für den nächsten Sonntag seitens der sozialdemokratischen Partei mit der Tagesordnung: Ueber die Verkürzung des Rechts, nach Hause zu gehen" einberufene Protestversammlung gegen das geschwindige Vorgehen der "Sicherheitsorgane" nach der letzten großen Wahlrechtsdemonstration im Wiener Prater wurde auf Grund des § 6 des Versammlungs-Gesetzes untersagt. Returs wurde sofort eingebracht.

**Bremen, 26. September.** (W. L. B.) Der der Dampfschiff-Fahrts-Gesellschaft "Neptun" gehörige Dampfer "Gross" ist wieder flott geworden; derselbe wird in den Hasen von Neuwiedesp eingeschleppt.

**Wien, 26. September.** (W. L. B.) Die Gemeinderathswahl im ersten Wahlkörper, welche auf das Ruhigste verlaufen ist, ergab 32 Liberale, 13 Antiliberale und eine Stichwahl, nämlich in Neubau, wo der liberale Kandidat Frauenberger und der antiliberale Kandidat Rehofer in die engere Wahl kamen. Die Antiliberalen gewinnen 7 Mandate. Im ganzen sind jetzt 91 Antiliberalen und 46 Liberale gewählt. (Sie verfügen somit fast über eine Zweidrittel-Majorität, so daß die Liberalen nicht einmal durch Abstnempolitik den Antifemiten Schwierigkeiten bereiten können.)

**Ukrabanya (Ungarn), 26. September.** (W. L. B.) Im Hauptschacht der sogenannten "Ungargrube" erfolgte ein Felseneinsturz. Zwei Bergleute wurden tödt aufgefunden.

**Paris, 26. September.** (W. L. B.) Der Anarchist Bouteille, welcher am 5. ds. die Bombe im Bankhaus Rothschild niedergeworfen, erlitten heute vor dem Justizpolizeigerichte. Bouteille erklärte, daß die Bombe nicht gefährlich gewesen sei, er hätte nur erschrecken und in nachdrücklicher Weise gegen Rothschild protestieren wollen. Bouteille bestritt, die Absicht zu tödten gehabt zu haben. Hierauf folgte das Zeugenvörhör. Der Justizpolizeigerichtshof verurtheilte Bouteille zu drei Jahren Gefängnis und 100 Francs Geldstrafe.

**Madrid, 26. September.** (W. L. B.) Die Marinebehörden zu Havana eröffneten das Verhör wegen Fahrlässigkeit gegen den Kapitän Del Mortera wegen des Unterganges des Kreuzers "Barcaiztegui".

**Madrid, 26. September.** (W. L. B.) Nach Meldungen aus Melilla griffen Mauren das Fort Sidi Guariach bei Melilla an, welches die Veranlassung zu dem letzten Streikfall mit Marokko gab. Ein spanischer Soldat wurde verwundet, die Mauren ergriffen schließlich die Flucht.

**Konstantinopel, 26. September.** (W. L. B.) Bezüglich der Entschädigung für die bei dem Attentat in Djeddah verwundeten Konsulsbeamten ist Aussicht auf baldige Einigung mit der Pforte vorhanden. Für den englischen Konsul sollen 10 000 Pfd. Sterl., für den russischen Konsul 200 000 Frks., für den französischen Konsulatssekretär 100 000 Frks. gezahlt werden.

**Baku, 26. September.** (W. L. B.) Heute schlug der Blitz in eine Raftfontäne und entzündete dieselbe. Das Feuer ergriff noch weitere fünf Fontänen. Zwei Arbeiter sind verbrannt, drei erlitten Brandwunden, ein Arbeiter wird vermisst. Der Brand scheint lokalisiert zu sein.

## Kommunales.

### Stadtvorordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 26. Sept., nachmittags 5 Uhr.

Zum Vorsitzenden des Wahlprüfungs-Ausschusses ist, nach dem Ausschneiden des Stadtv. Dr. Alexander Meyer der Stadtv. Horwich gewählt worden. Dem heute gewählten Ausschuss zur Vorberathung der Vorlage wegen Herstellung eines Artabenganges von der Gertraudenbrücke zur Wallstraße gehört u. a. auch der Stadtv. Singer an.

In den Vorstand wählt die Versammlung für den ausgedehnten Stadt. Wulle als dritten Beisitzer durch Affirmation den Stadtv. Hellriegel. Herr Wulle gehörte außerdem noch dem Wahlprüfungs-Ausschuss, der Deputation für Gesundheitspflege, der Deputation für die Krankenanstalten und dem Kuratorium des Nikolaus-Bürgerhospitals an. Da für die Wahlen zum theil sehr zahlreiche Meldungen vorliegen, so werden diese Wahlen auf die nächste Sitzung verschoben, desgleichen die Wahl eines Bürgerdeputierten für die Gewerbedeputation, wofür der Buchdruckereibesitzer Otto Dreyer, Brüderstr. 4, der Fabrikbesitzer Weigert, Anklamerstr. 33, und der Buchdruckereibesitzer Max Bading, Beuthstr. 2, vorgeschlagen sind.

Die Stadtv. Sachs II, Jacobi, Defer, Riemer und Jordan haben den Antrag eingebracht, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, wie weit die Verhandlungen mit den Organen der Marienkirche behufs einheitlicher Ausschmückung des Platzes um die Marienkirche mit gärtnerischen Anlagen gediehen sind. Sie ziehen dabei ausdrücklich das Datum des bezüglichen Versammlungsbeschlusses, den 12. Oktober 1893, an, sind also offenbar nicht sehr damit zufrieden, daß in dem Zeitraum von fast zwei Jahren über den Fortgang der Sache nichts verlautet hat.

Stadtv. Sachs II macht zur Begründung des Antrages geltend, daß seine Urheber wohl nicht dem Vorwurf der Ungebühr verfallen würden, wenn sie nach ganzen zwei Jahren sich endlich eine abschließende Auskunft über den Stand der Sache erbitten. An dem gedachten Tage sei das erste magistratische Artabengangsprojekt von der Versammlung zu Falle gebracht und statt dessen die Ausschmückung des Marienkirche-Platzes mit gärtnerischen Anlagen beschlossen worden; nur im Interesse der gleichzeitigen Regelung der Besitzverhältnisse und der Rechte der Grundstücksbesitzer der an die Kirche angrenzenden Bauten habe man in jene Verhandlungen gewilligt. Ein längeres völliges Schweigen sei aber angesichts der in der Umgebung der Kirche herrschenden Zustände und bei der totalen Verwahrlosung des Platzes nicht zu verantworten.

Stadtbaurath Landenknecht: Die hier in betracht kommende Sachlage ist außerordentlich kompliziert, da städtischer, kirchlicher und privater Besitz, außerdem die schon berührten Besitzrechte und Besitzverhältnisse hier mit einander kollidieren. Der Magistrat mußte lebhaft wünschen, daß in letzterer Beziehung ein Ausgleich mit der kirchlichen Behörde dahin zu Stande kam, daß letztere von ihrem Rechte, das Ausbrechen von Fenstern nach der Kirche hin zu untersagen, keinen Gebrauch machte. Außerdem stehen die Anlagen im Zusammenhang mit dem neuen Markt, wo jetzt auch das Komitee für das Lutherdenkmal bezüglich der Ausschmückung der Umgebung desselben in Frage kommt. Der Plan für die gärtnerische Ausschmückung des Platzes um die Kirche ist übrigens a. g. gestellt und gewissermaßen auch schon ausgeführt, indem die Wege so eingerichtet sind, wie das Projekt sie vorzeichnet. Das Abkommen mit der Kirchenbehörde ist noch nicht perfekt geworden, das wird aber wohl bald geschehen, sobald der Dezerent von seinem Urlaube zurückgekehrt ist. Ich hoffe, daß Ihnen in einigen wenigen Wochen die Vorlage wohl ausgehen wird.

Stadtv. Sachs II: Diese Auskunft beruhigt mich nicht. Auch heute erhalten wir keine bestimmte Antwort, sondern es wird lediglich von Wünschen und Hoffnungen gesprochen. Beide Gegengründe, die der Stadtbaurath anführt, sind unzutreffend. Die Regelung der Besitzverhältnisse und der Art der Bebauung des Terrains hat mit der gärtnerischen Ausschmückung des Platzes ebenso wenig etwas zu thun, wie das Lutherdenkmal, das längst vollendet da steht. Nach meiner Auffassung hätte unsere erste Vorlage nach den Ferien gerade diesen Gegenstand betreffen müssen. Wir können uns nicht länger so hingehen lassen. So kann es kommen, daß vor lauter Hoffnungen und Wünschen ein Platz mitten im Centrum der Stadt Jahre lang liegen bleibt! (Zustimmung.) Auf eine so wichtige Sache sollten doch Wünsche und Hoffnungen und gar der Urlaub des Dezerenten nicht so starken Einfluß ausüben.

Stadtbaurath Landenknecht bleibt dabei, daß die Regelung jener Verhältnisse bei dieser Gelegenheit sehr wünschens-

worth sei. Das Lutherdenkmal sei erst im Juni eingeweiht und gärtnerische Anlagen daraus noch nicht hergestellt. Er könne den Dezerenten durch Angabe eines bestimmten Termins nicht binden. Vor nächstem Frühjahr könne damit noch nichts werden.

Damit ist der Gegenstand erledigt. Den Rathskeller will der Magistrat an den jetzigen Pächter Falkenberg für fernere sechs Jahre, von Oktober 1896 bis Ende September 1902, unter Ausschluß des öffentlichen Pachtanschreibens weiter verpachten, und zwar für 43 000 M. jährlich (seit dem 1. Oktober 1890 betrug die Pacht 46 000 M., wurde aber vom 1. April 1892 ab auf 40 000 M. ermäßigt) unter den bisherigen Bedingungen und mit der Verpflichtung des Pächters, bei weiteren Erhöhungen des Tarifs der Berliner Elektrizitätswerke für elektrische Beleuchtungskosten die Pachtsumme entsprechend zu erhöhen und event. wieder wie früher 46 000 M. zu zahlen.

Ohne Debatte genehmigt die Versammlung diesen Magistratsvorschlag.

Schluß 6 1/4 Uhr.

## Lokales.

An die Parteigenossen in Nixdorf! Bekanntlich sollte dem Parteibeschluß gemäß die Expedition der Parteipresse vom 1. Oktober ab in Parteidirektion übergehen. Bislang haben sich jedoch noch nicht genügend Abonnenten eingetragen, als daß der Betrieb einem befähigten Expediteur übergeben werden konnte. Es ist daher vom Vertrauensmann eine dreigliedrige Kommission ernannt worden, welche die Geschäfte vorläufig besorgen wird. Die Kommission ist gebildet aus den Parteigenossen Kull, Prinz Handjerystr. 46; Mersburger, Jägerstr. 52, und Jonas, Kirchhofstr. 45. Diejenigen Abonnenten, welche sich bis zum Sonntag eingetragen haben, erhalten die Zeitung vom 1. Oktober an. Nichtpünktliche Zustellung wolle man sofort den Kommissionsmitgliedern oder dem Unterzeichneten melden. Parteigenossen, agilität unangesehen für die Parteidirektion und sorgt dafür, daß sich jeder in unsere Listen einzeichne.

Abonnementlisten liegen an folgenden Stellen aus: Hilpert, Hermannstr. 52, Ecke Karlsgartenstraße, Reichhaus, Hermannstr. 52, Karriä, Hermannstr. 119, Krüger, Prinz Handjerystr. 53, Hermann, Kirchhofstraße 1, Thomas, Bergstraße 162, Schenk, Hohrechtstraße 9, Barthel, Hermannplatz 7, Schmidt, Kolbitzferdamm 101. Die Vertrauensperson Aug. Dohrmann, Zietzenstraße 30.

Die Garden. Erst in diesen Tagen theilten wir den wesentlichen Inhalt einer Flugchrift mit, welche an die jetzigen gerichtet war, die unter Umständen einen „Kampf führen“ sollen, „der uns bereitet von solchen Elementen“. Heute wird uns abermals ein Beitrag zugestellt, der nach dieser Richtung hin bezeichnend ist. Hier in Berlin erscheint in der Verlage von Karl Sigismund, Mauerstr. 68, ein illustriertes Blättchen „Deutscher Soldatenhort“. Dasselbe wird verantwortlich redigirt von einem Generalleutnant a. D. v. von Besow. Dieser Herr richtet in der foren erschienenen Nr. 36 dieses Jahrgangs eine Art Appell an die zur Entlassung kommenden Reservisten, in dem folgende Worte vorkommen:

„Leider steht in diesen Festtagen der Erinnerung an die Thaten der braven Männer, welche vor 25 Jahren Blut und Leben einsetzten, um den heimischen Herd gegen räuberischen (1) Einbruch zu schützen, ein kleines Häufchen (2) waterlandloser Menschen feindlich gegenüber. Auf sie weisen wir unsere Reservisten, die in wenigen Tagen wieder ihrer Heimath zufließen, besonders hin und rufen ihnen zu: Hütet Euch vor den Sozialdemokraten, die in so verächtlicher Weise von den Thaten Eurer Kameraden, Eurer Brüder und Väter sprechen und schreiben. Oft genug haben wir in unserem Blatt darauf hingewiesen, daß der Treueid des Soldaten für seine ganze Lebenszeit gilt. Schmach und Schande aber auf die, welche ein braves deutsches Soldatenherz zum Meineid zu verleiten trachten.“

Wir haben neulich schon erklärt, daß wir mit derartigen Hinweisen auf die Sozialdemokratie schon zufrieden sein können

„Wieder eine sozialdemokratische Lüge.“ Mit diesen Worten leitet die „Germania“, das Organ des katholischen Pharisäertums, die Wiedergabe der von gestern nach Gebühr abgefertigten „Berichtigung“ der Berliner Korrespondenz über die „Sedansfeier in der Justiz“ ein. Vielleicht hat das Zentralorgan der Geschorenen die Güte, uns einmal einige „sozialdemokratische Lügen“ auf dem Präsentirteller zu serviren. Die Arbeit dürfte der „Germania“ ziemlich sauer fallen und das

Resultat würde sein, daß sie schließlich gleich einem geohrteigten Schulbuben mit leeren Händen vor uns stünde. Es kennzeichnet übrigens den stillen Tiefstand dieses Organs für „Wahrheit, Freiheit und Recht“, daß es ziemlich unbefehen alle Lügen aufnimmt, welche die lägliche Phantasie des Ex-Anarchisten Sparr geflüstert hat. Sowie wir wahrgenommen haben, sind selbst die „Post“ des Herrn Stumm und der pfäffische „Reichsbote“, die es im Kampfe für Ordnung, Religion und Sitte doch wahrlich nötig haben, nicht so fleißige Abnehmer der Korrespondenzen dieses Herrn als die „Germania“. Einem solchen Blatte steht es allerdings besonders gut an, ins Blaue hinein von „sozialdemokratischen Lügen“ zu schwindeln.

Der Kampf gegen das bishigen Sonntagsruhe, das den Handelsangehörigen gewährt ist, wird von der Unternehmerschaft mit Eifer fortgeführt.

Die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft genehmigten den ihnen nach Vernehmung beteiligter Geschäftskreise vorgelegten Entwurf eines Gutachtens über empfehlenswerthe Änderungen der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, worum sie vom Polizeipräsidenten ersucht worden waren. Das Gutachten empfiehlt, den Baumaterial-Händlern (2) die Stunden von 5 bis 10 Uhr früh freizugeben (wie sie schon den Baumaterial-Händlern eingeräumt sind), ferner den Zigarren- und Tabak-Händlern die Zeit von 7-10 und 12-4 Uhr, dem Bahnhofsbuchhandel den ganzen Tag, den Bankgeschäften am Neujahrstage die Stunden von 7 bis 2 Uhr ohne Unterbrechung behufs Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Inventur- und Bilanz-Arbeiten; endlich wird für die drei letzten Sonntage im Jahre Freigabe der Stunden von 8 bis 10 Uhr vormittags und 12 bis 8 Uhr nachmittags für alle offenen Ladengeschäfte, ausgenommen die Bank-, Wechsel- und Lotterielotterien, angetragen. Zugleich wird der früher schon gestellte Antrag wiederholt, die Polizeivorschriften über die äußere Heiligung der Sonn- und Festtage dahin abzuändern, daß die Schaufenster der Läden während der dem Geschäftsbetriebe freigegebenen Stunden nicht verhängt zu sein brauchen. Das Gutachten wird demnächst in der „Korrespondenz“ der Vertreter veröffentlicht werden. Wann wird die Regierung sich endlich erweichen lassen?

Die Heppigkeit unserer ehrsamten Handwerksmeister artet zum theil schon mehr ins Polizeiwidrige aus. Der Maurermeister Otto Lindner, Kaiserstraße 38, ließ eine Arbeit, die ihm in der Norddeutschen Brauerei, Chausseestraße, übertragen war, nach dem im königlichen Schloß und in der Gnadenkirche gegebenen Beispiel an einem Sonntag, nämlich am 15. September, von 12 seiner Arbeiter ausführen. Meister Lindner vergaß nur, sich die polizeiliche Erlaubnis zu dieser Sonntagsarbeit einzuholen und das Unglück wollte es just, daß der Wachtmeister des betreffenden Polizeireviers zufällig an der Brauerei vorbeiging, als die Maurer im Arbeitsanuge aus dem Thore herauskamen. Meister Lindner wurde natürlich von dem Wachtmeister pflichtgemäß zur Strafanzeige gebracht. Darob großes Entsetzen; der brave Vertreter eines ehrsamten Handwerks legte sich alsbald die Frage vor, wer von seinen Arbeitern wohl den Denunzianten gespielt haben mochte. Denn daß die Entdeckung der Sabbatshandlung nicht von ungefähr kommen konnte, das schien ihm von vornherein klar. Flugs wurde auch ein Arbeiter, der so unschuldig an der Geschichte war, wie nur irgend einer, als Thäter ausgerufen und entlassen. Doch sollte dem Gemahregelten ein Ausweg zur Rechtfertigung offen gelassen werden. Als der Polier nämlich dem vermeintlichen Denunzianten am letzten Sonnabend Karte und Geld überreichte, machte der Vertreter des Unternehmers ihm gleichzeitig die Meldung, daß er am Montag wieder ansagen könne, wenn er vom Polizeirevier einen schriftlichen Ausweis darüber beibringen werde, daß er die Sonntagsarbeit nicht zur Anzeige gebracht habe. Auf dem Polizeirevier wurde dem Arbeiter die Ausstellung eines solchen Schriftstücks, wie vorauszusehen war, verweigert und so blieb die Entlassung vollkräftig zu recht bestehen. Wann werden die Bauhandwerker und Bauarbeiter aus derartigen Meisterthaten den Schluß ziehen, daß sie mit den inneren Kraftbehörden um die Organisationsform u. endlich Schluß machen und sich den Unternehmern gegenüber Mann für Mann zusammenschließen müssen?

In den Armen liegen sich beide: der Magistrat und die reaktionärste Junung, die Wälder Berlins. Insbesondere um jenen Dampfren, die in ähnlicher Weise wie die berüchtigten Landhaische (die Feuerbaasen) bei den Seelenten, für Vermittlung einer Stellung den armen Wäldergesellen das Fell über die Ohren ziehen, entgegenzutreten, war der Fachverein der Wälder Berlins und Umgegend an die hiesigen Wälderrinnungen und an den Magistrat mit dem Antrag auf Errichtung eines städtischen

## Technische Rundschau.

(Ein neues Quecksilber-Thermometer, Carborandum für Glühlampen, Seemotoren.)

Die Messung der Temperatur geschieht meist dadurch, daß man die Ausdehnung einer Quecksilbermenge bei zunehmender Wärme misst; im allgemeinen wird bei der Füllung des Thermometers das Quecksilber bis zum Sieden erhitzt, wodurch man erreichen will, daß alle Luft aus dem Rohre herausgetrieben wird. Ist dies geschehen und das evacuirt Rohr zugeschmolzen, so wird der Apparat einmal in schmelzendes Eis gestellt und dann mit Dämpfen siedenden Wassers umgeben, wodurch man die sogenannten Fixpunkte, d. h. den Stand des Quecksilbers bei der Schmelztemperatur des Eises und bei der Siedetemperatur des Wassers erhält. Der Zwischenraum zwischen den beiden bei diesen Temperaturen auf dem Rohre angebrachten Marken wird bei der in Deutschland am meisten verbreiteten Réaumur'schen Scala in 80 gleiche Theile getheilt, so daß der Volumenausdehnung des Quecksilbers um einen solchen Theil eine Temperaturerhöhung um 1 Gr. entspricht. In Frankreich ist die hunderttheilige Scala im Gebrauch, indem die Differenz zwischen dem Eis- und Siedepunkt nach dem Vorschlag von Celsius in 100 gleiche Theile getheilt ist. Somit sind 4 Gr. A. entsprechend 5 Gr. C.; man geht daher von einer Réaumur'schen Temperaturangabe auf die Celsius'sche über, indem man die erstere durch 4 theilt und dann mit 5 multipliziert; diese Umrechnung ist vielfach nothwendig, weil in allen wissenschaftlichen Angaben die hunderttheilige Temperaturskala benutzt wird. Indem man die Theilung über die beiden festen Punkte hinaus fortsetzt, kommt man zu Temperaturangaben unterhalb des Eispunktes, wobei man von Rättegraden spricht, und zu solchen oberhalb des Siedepunktes, also über 100 Gr. Doch kann man das so hergestellte Thermometer nur bei denjenigen Temperaturen benutzen, bei welchen das Quecksilber in flüssigem Zustande ist; erstarrt dasselbe, was bei -38 Gr. (38 Gr. Kälte) eintritt, oder siedet es, was bei 350 Gr. geschieht, so ist es für Temperaturmessungen nicht mehr verwendbar. Man hat daher zur Messung besonders tiefer und besonders hoher Temperaturen andere Methoden erfinden müssen, welche jedoch nicht die Bequemlichkeit der geschiederten Temperaturmessung darbieten. Vor kurzem sind nun Quecksilber-

thermometer in den Handel gebracht worden, welche eine bequeme Temperaturmessung weit über die Siedetemperatur des Quecksilbers hinaus gestatten. Die Siedetemperatur ist nämlich keine ganz unveränderliche, sondern hängt in sehr wesentlicher Weise vom Druck ab, unter dem die siedende Flüssigkeit steht. Nimmt der Druck ab, so fällt auch der Siedepunkt; so kocht beispielsweise Wasser auf dem Mont-Blanc, also in einer Höhe von 4800 Meter über dem Meerespiegel, wo der Luftdruck wenig mehr als die Hälfte des normalen beträgt (der Barometerstand ist dabei selbst nur 417 Millimeter statt 760 Millimeter im Meeresniveau), schon bei einer Temperatur von 84 Gr., also 16 Gr. unter der normalen Siedetemperatur. Umgekehrt rückt der Siedepunkt hinauf, wenn der Druck zunimmt. Diese Eigenschaft hat man bei den genannten Thermometern benutzt; man füllt den über dem Quecksilber befindlichen Raum der Röhre mit comprimirt Luft oder Stickstoff, welche beim Ansteigen des Quecksilbers noch mehr zusammengedrückt wird, wodurch ihr Druck beträchtlich steigt, so daß der Siedepunkt des Quecksilbers um mehr als 200 Gr. nach oben rückt. In der physikalisch-technischen Reichsanstalt werden derartig konstruirte Thermometer gepreßt, welche eine bequeme Temperaturmessung bis zu 350 Gr. zulassen.

Für elektrische Glühlampen hat der durch seine Versuche über Wechselströme und das sogenannte Licht der Zukunft bekannte Elektrotechniker Nikola Tesla vorgeschlagen, statt der Kohlenbündel solche aus Carborandum, das ist eine Verbindung aus Silicium und Kohlenstoff, welche erst vor wenigen Jahren dargestellt wurde, zu benutzen. Bei seinen Versuchen mit hochgespannten Wechselströmen von sehr großer Anzahl des Wechsels mußte er sich besondere Kohlenbündel verschaffen, da die gebräuchlichen sehr schnell abgenutzt werden. Von allen Körpern, die Tesla auf ihre Widerstandsfähigkeit für seine Zwecke untersuchte, zeigten sich Diamant und Carborandum am brauchbarsten. Da man vom Diamant das Preis wegen absehen muß, so benutzte er ein Carborandumpulver, welches er mit Theer mischte, und mit dieser Mischung überzog er seine Kohlenbündel; indem er den Theer verdampfen ließ, blieb das Carborandumpulver fest an den Kohlenbündeln haften, welche sich nun als sehr widerstandsfähig und brauchbar erwiesen. Tesla ist der Meinung, daß man aus Carborandum auch dünne Fäden für Glühlampen herstellen

können, welche denselben eine größere Lebensdauer, als die jetzt übliche verspricht. Man muß abwarten, ob diese Anregung des erfolgreichen Technikers zu praktischen Resultaten führt.

Die Ausnutzung der Wasserkraft durch Umwandlung der Energie (d. i. der Fähigkeit zur Leistung mechanischer Arbeit) des bewegten Wassers in elektrische Energie ist diejenige Form der Arbeitserzeugung, welche bis jetzt noch in den Anfängen steht, aber gleichwohl berufen erscheint, in der Zukunft eine hervorragende Rolle zu spielen und die Anwendung der Kohle, deren Verbrennungswärme heute die hauptsächlichste Energiequelle ist, wesentlich zu beschränken. Dabei hat man nicht nur an die Energie der schnell fließenden Ströme in den Gebirgsgegenden zu denken, sondern auch in der Ebene sind unerschöpfliche Vorrathsquellen von Arbeit in den Bewegungen des Meeres vorhanden. Eine der gewaltigsten Wasserbewegungen, die Ebbs und Fluth, wird in Frankreich an den Küsten der Bretagne schon seit einiger Zeit benutzt, um die Triebkraft für große Getreidemöhlen zu liefern. Man sperrt, wo es die Küstenbildung gestattet, einen Theil der Meeresoberfläche durch einen Damm vollständig ab; der abgesperrte Theil steht nun durch einen oder mehrere Kanäle mit dem offenen Meer in Verbindung, und in diesen Kanälen können Wasserräder oder Turbinen angebracht werden, welche bei der steigenden Fluth in der einen, beim Zurückweichen des Wassers, also während der Ebbe, in der anderen Richtung in Bewegung gesetzt werden. Diese Turbinen können nun eine oder mehrere Dynamomassinen in Betrieb setzen, so daß durch diese Seemotoren ein Theil der Meeresenergie nutzbar wird.

Auch die Bewegung der Meereswellen kann zur Arbeitsleistung verwendet werden. So ist an einer Stelle der Küste im Staate New-York ein durch die Wellen getriebener Seemotor in Betrieb, welcher seinerseits eine Pumpe antreibt. Er besteht aus einem im Meer aufgestellten festen Holzgerüst, das aus zwei festen Pfeilern mit darüber befindlichem beweglichem Querholm erbaut ist; an dem letzteren ist mittels dreier Holzstangen unten ein offener Holztrög befestigt, welcher von den Wellen hin- und hergeführt wird. Die mittlere Tragstange ist mit einer langen Horizontalstange verbunden, durch welche die Pumpe angetrieben wird. Dieser Motor soll nur ungefähr den dritten Theil soviel kosten, als eine Windmühle, dabei aber eine größere und regelmäßige Arbeit leisten. — B.

Arbeitsnachweise herangeleitet. Und was ist das Resultat? Die Vorstände der Innungen, selbst die Bäckerinnung Germania erkennen unumwunden an, daß das blühende Gewerbe der Stellenvermittlung im Bäckergewerbe die allergrößten Nachtheile für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zeitige, daß insbesondere letztere die blüthigste Wirkung privater Stellenvermittlung recht lebhaft empfinden müßten. Giebt es doch für das Bäckerergewerbe in Berlin infolge des mäßigsten Gewinns, den solche Stellenvermittlung abwirft, etwa 50 private Stellenvermittler. Den Vorschlag der Arbeiter, vier Arbeitsbüreaus mit gleichen Rechten und Pflichten einzurichten, lehnten die Herren in den Innungen jedoch ab; sie wählten den Agenten Völke zum Sprechmeister der Bäcker und verlegten das Nachweisbüreau in die Räume des Vereins der christlichen jungen Männer. Herr Völke soll kein festes Gehalt, sondern eine Nachweisgebühr erhalten, die für Odenarbiter 1 M., für Arbeiter 75 Pf. und für Drittenstellen 50 Pf. beträgt. Gegen diese hochwohlweise Reform wendeten sich eine große Anzahl Bäckergehilfen an den Magistrat mit dem Ersuchen, ein städtisches Arbeitsbüreau zu errichten. Die Gewerbedeputation hat diesen Antrag jetzt unter Hinweis darauf abgelehnt, daß die Bäckerinnung Germania zur Abstellung im Arbeitsvermittlungswesen im Bäckergewerbe herrschender Mißstände vom 1. October 1895 an einen zweiten Sprechmeister anstellen will und eine wesentliche Abänderung der Sprechmeister-Ordnung plant. Die Gewerbedeputation tröstet endlich die Antragsteller über die Abziehung ihres Gehalts durch die Behauptung, daß die Innung fortgesetzt um Abheilung der beklagten Mängel bemüht sein werde. Ein netter Trost.

Zum diesjährigen Sedantage sollten, wie ihnen durch Ausgabekennzeichen gegeben war, die im Fahrdienst beschäftigten Angestellten der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft doppeltes Tagesgehalt erhalten, die Veteranen aber 15 Mark. Das ist im allgemeinen auch geschähen, in einzelnen Fällen aber hat die Direktion eine Ausnahme machen zu müssen geglaubt. Dem Bahnfuhr IX in der Mantelstraße sind die Veteranen Bureauassistenten Mitter, Krankenschwester Steeger und Bahnwärter Voigt, die alle drei schon sehr lange der Gesellschaft dienen, mit der Ehrengabe nicht bedacht worden. Die Bahnwärter Sabedant und Hönke haben auf das doppelte Gehalt verzichtet müssen, obwohl sie am Sedantage im Fahrdienst thätig waren. Die Bestimmung der Direktion galt nicht bloß für die eigentlichen Schaffner, sondern auch für die Ersatzschaffner. Sabedant und Hönke waren aber nicht bloß am Sedantage, sondern auch bei anderen Gelegenheiten schon als Reserveschaffner thätig. Sie stehen bereits 10 und 17 Jahre im Dienste der Gesellschaft. Auch am 19. August mußten sie fahren, obwohl ihnen für diesen Tag bereits der nachgesuchte Urlaub zugesagt worden war, damit sie als Mitglieder von Kriegervereinen an der großen Kriegerschau auf dem Tempelhofer Felde theilnehmen könnten.

Merkwürdige Lotterieräuferei werden durch eine Postkarte zu Tage gefördert, welche einem jungen Mann hier selbst gestern aus Königsberg i. Pr. zugeht. Der betreffende spielte ein Loos der Nord-Ostdeutschen Gewerbe-Ausstellung in Königsberg und hatte das Glück, einen Gegenstand zu gewinnen, dessen Werth auf 200 M. angegeben war. Der Gewinner richtete an den Amtsvorsteher Reibensahn in Mittelhausen bei Königsberg, der auf den Gewinnlisten als diejenige Person angegeben ist, welche die gewonnenen Werthgegenstände ausständig, ein Schreiben, in dem er bat, ihm den Gewinn zuzusenden oder ihm wenigstens mitzutheilen, wie hoch etwa der Geldbetrag sei, der an Stelle des Werthgegenstandes gezahlt werde. Es kam auch sofort Antwort zurück; merkwürdigerweise jedoch nicht vom Amtsvorsteher, sondern von einem Herrn Hermann Schalkau in Königsberg. Dieser Herr schrieb dem Gewinner eine Postkarte folgenden Inhalts:

In Erfahrung gebracht, daß Sie die von der Gewerbedeputation gewonnene Porzellanvase verkaufen wollen, offerire ich Ihnen für dieselbe 25 M. und wollen Sie in diesem Falle das Loos an Herrn Amtsvorsteher Reibensahn, Mittelhausen, senden, worauf Ihnen der Betrag sofort zugeht.

An dieser Lotteriegeschichte möge man die Beziehungen, die der Amtsvorsteher zu dem Käufer hegen muß, noch hingehen lassen, obgleich sie beachtenswerth genug sind. Wohl aber verdient die Unverfrorenheit konstatiert zu werden, die darin liegt, für einen Gegenstand, dessen Werth vom Ausstellungsausschusse offiziell mit 200 M. bezeichnet ist, gerade den achten Theil dieses Betrages zu bieten. Alle Achtung!

**Städtisches Obdach.** II. Nächtlich Obdachlose. Die Abtheilung für nächtlich Obdachlose nahm 1894/95 (in Klammern für 1893/94) auf: 306 706 (430 785) Männer, 15 742 (13 767) Weiber, 67 (78) Knaben, 82 (113) Mädchen, zusammen 322 687 (444 766) Personen. Das ist ein gewaltiger Wüchgang von 1893/94 zu 1894/95. Die Ursachen sind oft von uns erörtert worden. Aus dem Magistratsbericht über 1894/95 treten sie noch einmal mit überraschender Deutlichkeit hervor, obwohl in dem Abschnitt über diese Abtheilung des Obdachlosen mit keiner Silbe darauf hingewiesen wird. Handelt es sich um eine Verminderung des Bedürfnisses, das Obdach zu benutzen, so wäre der Wüchgang überaus erfreulich. Aber so liegen die Dinge leider nicht. Der Verminderung der Gesamtaufnahmen von 444 766 auf 322 687, also um 122 079 = 27 1/2 Prozent, steht gegenüber eine Vermehrung der Vorführungen zu oft gekommener Obdachloser vor den Amtsvorsteher (zur Verstrafung wegen Nichtbeschaffung eines Unterkommens) von 5328 auf 6384, also um 1021 = 19 pCt. Von je 1000 Aufgenommenen wurden 1893/94 12, dagegen 1894/95 20 aus diesem Grunde der Polizei und dem Gericht überwiesen. Die Vermehrung der Ueberweisungen bei gleichzeitiger Verminderung der Gesamtaufnahmen könnte auf den ersten Blick sehr auffällig erscheinen; aber sie ist eben Ursache der Verminderung der Gesamtaufnahmen. Zunahme der Ueberweisungen verleidet den Obdachlosen das Obdach. Der Ueberweisung — die mit einem Kunstausdruck „Verschiebung“ genannt wird — geht die „Verwarnung“ voraus. „Verwarnung“ wird jeder Besucher, d. h. er wird am anderen Morgen darauf hingewiesen, daß er beim nächsten Besuch „verschoben“ wird. Wiederholt „verwarnt“ wurden 1893/94: 18 251, 1894/95: 23 511, also von je 1000 Aufgenommenen 1893/94: 41, 1894/95: 73. Auch diese Zunahme steht völlig im Einklang mit der gleichzeitigen Verminderung der Gesamtaufnahmen, die durch sie mit verursacht ist. Die Zunahme der „Verwarnungen“ und „Verschiebungen“ ist nicht etwa darauf zurückzuführen, daß die Zahl der wiederholten Aufnahmen zugenommen hätte. Diese hat vielmehr bedeutend abgenommen; sie war 1893/94: 482 944, dagegen 1894/95: 311 089. Die Zunahme der „Verwarnungen“ und „Verschiebungen“ ist eben nur eine Folge der schärferen Tonart, die die Obdachverwaltung plötzlich angeschlagen hat. Es war etwas Wahres daran, wenn das (der Obdachverwaltung im übrigen freundlich gestimmte) „Volkswohl“ schrieb: „Im Winter, wenn die Gefährnisse überfüllt sind und Arbeitslöhne keine ausreichende Beschäftigung haben, wird in der „Palme“ die Prognose des Verwarnens und Verschobens sehr milde gehandhabt. Da sind Leute wochenlang in der „Palme“, ehe sie verwarnet werden und monatlang, ehe sie verschoben werden.“ Diesmal ist es freilich der Verwaltung gerade zu Beginn des Winters eingefallen, eine strengere Prognose einzuführen. Bis October waren keine großen Unterschiede zwischen 1893 und 1894 bemerkbar. Im November änderte sich mit einem Male das Bild. „Verwarnungen“ und „Verschiebungen“ nahmen zu, die Zahl der wiederholten Aufnahmen dagegen ab. Am größten wurden die Unterschiede im Dezember und Januar. Im Dezember 1894 (in Klammern für 1893) wurden wiederholt „verwarnt“: 8020 (1041), „verschoben“: 813 (260) und waren wiederholt anwesend: 80 612 (60 651); im Januar 1895 (in

Klammern für 1894) wieder wiederholt „verwarnt“: 2378 (812), „verschoben“: 701 (179) und waren wiederholt anwesend: 44 458 (66 594). Durch die Verminderung der wiederholten Aufnahmen, die der Vermehrung der „Verwarnungen“ und „Verschiebungen“ parallel geht, ist auch die Verminderung der Gesamtaufnahmen zu stande gekommen; denn die wiederholte Aufgenommenen bilden die Hauptmasse aller Aufgenommenen. Erstmals aufgenommen wurden 1893/94: 11 822, 1894/95: 11 604. Das ist ein ganz bedeutender Rückgang, der sehr wohl daraus erklärt werden kann, daß das Obdach durch die größere Strenge überhaupt in Verfall gekommen war. Wenn eine Verminderung des Bedürfnisses, das Obdach zu benutzen, vorläge, so müßte man hier eine ähnliche Abnahme wie bei den wiederholten Aufnahmen erwarten. Auffällig ist auch, daß die aufgenommenen „Handwerker“ (d. h. meist Gehilfen) von 123 798 auf 102 311, also um 17 1/2 pCt., dagegen die „Arbeiter“ von 306 900 auf 204 455, also um 33 1/2 pCt. herabgegangen sind. „Arbeiter“, d. h. Arbeiter ohne nähere Angabe, weist sogenannte „Ungelernte“, d. h. unter den wiederholten Obdachsuchenden besonders stark vertreten sein. Aus den Maßregeln gegen wiederholt Obdachsuchende würde sich dann auch die starke Verminderung der „Arbeiter“ unter den Aufgenommenen erklären. Interessant ist, daß auch hier die Verminderung in erheblichem Maße erst mit dem November einsetzt und im Dezember und Januar am stärksten ist, während bei den Handwerkern die Unterschiede zwischen 1893/94 und 1894/95 für diese Monate geringer sind. Verminderung des Zugangs von „Arbeiter“ kann das nicht erklären. Für das Wintersemester 1894/95 wurden als zugezogen nur 247 „Arbeiter“ ohne nähere Angabe weniger gemeldet als für das Wintersemester 1893/94; die famose Warnung des Magistrats vor „planlosem Zugang“ und die Weigerung des „Pentolocoins“, neu Zugewogene unterzubringen, haben in dieser Hinsicht wenig genützt. Bei der Verminderung der Obdachfrequenz handelt es sich thatsächlich nur um ein Verwaltungsmaßnahme. Das Motiv zu diesem Verfahren, von dem niemand wird behaupten wollen, daß es human sei, ist jene bekannte Sparsamkeit, die die städtischen Behörden stets zeigen, wenn ein Interesse des Proletariats in Frage steht, und sich verleugnen, wenn es gilt, „patriotische“ Feste zu feiern.

Der Direktor der städtischen Fleischschau, Dr. Hugo Hertwig, ist Dienstag früh gestorben.

Zweierlei Radfahrer-Recht herrscht, wie die „National-Zeitung“ konstatiert, auf den Straßen Berlins. Dem Zweirad bleiben bekanntlich von Polizei wegen einige Hauptstraßen als Verkehrsruhmstätten verschlossen. So schreibt das Blatt: Nachdem nun aber seit längerer Zeit Soldaten in voller Uniform die dem Zweirad sonst gesperrten Straßen auf denselben durchfahren und neuerdings auch die Feuerwehr und die Schutzmannschaft selbst zum Zweirad als Verkehrsmittel gegriffen haben, kann der Tag nicht fern sein, wo auch für die im Erwerbleben stehenden Berliner die jetzt noch hemmenden Schranken fallen. Denn es bedarf erst keiner Beweisführung dafür, daß es für die Bestimmungen über die freigegebenen Straßen ganz gleichgültig ist, ob der Fahrer eine Uniform trägt oder in Zivil ist. — Die „National-Ztg.“ scheint den Polizeibureaukratismus wenig zu kennen.

Wer will sich einen Kuppelbezug verdienen? Die Heiligkeit der bürgerlichen Ehe wird wieder einmal durch ein „Heiraths-geschäft“ vortrefflich illustriert, welches im „Local-Anzeiger“ Aufnahme gefunden hat:

Deirath.  
500 Mark zable ich nach standesamtlicher Trauung, der mich mit einem hübschen, jungen Mädchen mit 10 000 Mark Vermögen zusammenzuführen. Bin Kaufmann mit Vermögen. Adresse F. 496 Hauptexp. d. Bl. [113778]

O, diese Schamlosigkeit, mit der die heiligsten, idealsten Güter in der — sozialdemokratischen Presse verunglimpft werden!

Die Handelslisten für das Berliner Adreßbuch werden, wie uns die Firma W. u. S. Löwenthal mittheilt, in den ersten Tagen des October abgeholt. Aus die rechtzeitig und richtige Ausfüllung dieser Listen, welche im eigenen Interesse der Einwohner liegt, sei hiermit hingewiesen.

Rechtzeitig kündigen! In neuen Miethevertrag steht, der Vertrag verlängert sich, falls nicht drei Monate und drei Tage vor Ablauf des 1. Januar gekündigt ist, der muß spätestens 5 kündigen, daß die Kündigung am 27. September in den Händen des Vermiethers sich befindet. Hierauf machen wir aufmerksam, weil die entgegengekehrte irrige Anschauung, es genüge, daß der Brief am 27. September abgehandelt ist, immer noch weit verbreitet ist.

Die Garküche-Innung des Kreises Teltow hat in ihrer letzten Sitzung den Wortlaut einer Petition festgesetzt, in der die Regierung um Aufhebung der veralteten und den Verhältnissen in den Bezirken gar nicht mehr anzupassenden Verfügung vom Jahre 1838, den Ansehnlich von Gästen während der Kirchzeit betreffend, erucht werden soll. Damit werden die Wirtche bei der heutigen Regierung wohl schon ankommen.

Ein größeres Unglück hätte leicht durch einen gefährlichen Abgang herbeigeführt werden können, der auf dem Posten e u a in der Leipzigerstraße am Donnerstag Mittag passirte. Kurz vor 12 Uhr fiel vom zweiten Stock des Hauses ein etwa acht Meter langer Balken auf die Straße herab. Das Schicksal, das längs des Neubaus errichtet ist, wurde natürlich zerschmettert und es muß als ein wahrer Zufall bezeichnet werden, daß an der belebtesten Stelle niemand aus dem Publikum durch den mit voller Wucht herabstürzenden Balken zu Schaden gekommen ist. Sehr kurz war das Verhalten eines der Hausleiter, bei dem ein herbeigeholter Schutzmann wegen des Vorfalls recherchieren wollte. Der betreffende Herr lachte in aller Gemüthlichkeit, als der Schutzmann ihm das Geschehene mittheilte. Der Beamte erkannte sich binnen kurzem. Hoffentlich wird wegen des Vorfalls eine Untersuchung eingeleitet.

Auch eine Höllemaschine. Ein Unbekannter gab kürzlich in Berlin bei der Post eine Pappschachtel nach Leipzig auf, die das dortige Personal in nicht geringe Aufregung versetzte. Die Pappschachtel war folgendermaßen adressirt: „Muster ohne Wert! An die Akrobaten-Truppe „Allisen“, zur Zeit im Stabiliment „Battenden“ in Leipzig.“ Dem die Abfertigung der Pappschachtel beorgenden Beamten machte sich hierbei ein verdächtiges Geräusch bemerkbar. Er theilte diese Beobachtung seinem Kollegen mit. Dieser hörte und praktete entschuldigt zurück. „Wieder eine Höllemaschine“, sagte er, „wir müssen höheren Orts Anzeige erstatten.“ So geschah es. Die Sache wurde ruckbar und in kurzer Zeit umstand eine Anzahl Postbeamten in respektvoller Entfernung das Leuzelswerk. Der höhere Vorgesetzte erschien und untersuchte unter athemloser Spannung der Umstehenden die unscheinbare Pappschachtel. Das Resultat seiner Untersuchung war die Anordnung der Oeffnung dieser verdächtigen Schachtel von sachkundiger Hand. Mit der größten Vorsicht wurde hierbei zu Werke gegangen; doch plötzlich hürzten alle Anwesenden auseinander — das Häßliche war gelöst. Anderen Tages erhielt die Akrobaten-Truppe die an sie adressirte Pappschachtel, aus deren Rückseite folgender Vermerk stand: Von der Post geöffnet. Inhalt waren drei lebende Mäuse; dieselben sind bei der Oeffnung entpflungen!

Auf furchtbare Weise ist am Mittwoch Abend um 7 Uhr die 24jährige Arbeiterin Johanna Dyliert verunglückt, die mit einer großen Anzahl anderer Mädchen im Monopolhotel, Georgenstraße, beschäftigt war. Sie war auf dem Wäscheboden, wo eine Waschmaschine mit einer Rolle durch eine Transmissionswelle in Verbindung steht. Die Maschine war im Gange und die Dyliert ist mit ihrem Haarzopf auf seine noch nicht ermittelte

Art und Weise der Welle zu nahe gekommen. Die Welle liegt nicht viel höher als der Kopf eines aufrecht stehenden Menschen. Dieselbe hat nun das Mädchen den Kopf hochgeschlagen, so daß er in der Drehung der Welle berührt und um diese herumgewickelt wurde. Auf diese Weise an die Welle festgebunden, wurde das Mädchen mehrere Male mit ihr herumgeschleudert, so daß schließlich mit dem Kopf die Kopfhaut abgerissen wurde, bevor man den Unfall merkte und die Maschine zum Stehen bringen konnte. Die Verunglückte ist jämmerlich zugerichtet worden und wurde bewusstlos in ein Krankenhaus gebracht. Ihr Zustand ist sehr bedenklich. Sie ist eine Tochter der Tischler Dyliert'schen Eheleute, die in Kottbusstraße im Kreise Schildberg wohnen. Außer ihr wohnen noch zwei Schwestern der Verunglückten in Berlin.

Durch die Dampfstraßenbahn ist am Mittwoch Abend 7 Uhr abermals ein Menschenleben vernichtet worden. An der Massauer- und Berlinerstraßen-Ecke in Deutsch-Wilmersdorf steht seit einigen Tagen ein Zirkus, der selbstverständlich auf die Kinderwelt eine mächtige Anziehungskraft ausübt. Auch die achtjährige Tochter des am Ort wohnenden Arbeiters G. Behrendt hielt sich in der Nähe auf dem Straßenbann auf, als sie von dem plötzlich daherausenden Dampfstraßenwagen erfasst und sofort zermalmt wurde. Es erscheint der Bevölkerung von Deutsch-Wilmersdorf unfassbar, warum an einer so belebten Stelle nicht für Ueberwachung des Verkehrs gesorgt wurde. Bemerkenswert ist, daß ein Bahnenbeamter den Namen eines Zimmermanns feststellen ließ, als dieser, bei dem Zusammenstoßen der Körpertheile des verunglückten Kindes beschäftigt, den Schienenstrang auf seine Anforderung nicht sofort verlassen wollte.

Eine junge Wittwe, die 23jährige Pauline Pärtschel, hat am Mittwoch Nachmittag um 2 Uhr ihrem Leben ein gewaltsames Ende bereitet. Man fand sie in ihrer Wohnung, Lichtenbergerstraße 3, in den letzten Stagen liegend vor, so daß ein hinzugerufener Arzt keine Hilfe mehr bringen konnte. Die Frau soll sich aus unbelannten Ursachen mit Zuckersüße vergiftet haben.

Gesperrt ist für Fuhrwerke und Reiter die Ueberführung des Verlorenen Weges über die Ringbahn vom 30. d. M. ab auf die Dauer von 10 Tagen.

Aus Nizdorf wird im Anschluß an frühere Nummern das folgende berichtet: Der durch Säbelhiebe schwer verletzte Zimmermann Löffler aus Nizdorf ist als vollständig geheilt aus dem Krankenhaus entlassen, doch dürfte seine ebenfalls verletzte linke Hand vorerhand nicht gebrauchsfähig sein. Inzwischen hat der Volkstheaterbeamte und Gemeindevorsteher Schmidt zu Nizdorf, der ihm diese Verletzungen bei einem nächtlichen Revue beibrachte, seine Stellung freiwillig abgegeben, ohne von dem ihm zustehenden Rechte der vierzehnjährigen Kündigung Gebrauch zu machen. Uebrigens war Schmidt, wie wir bereits früher gemeldet haben, vom Amtsvorsteher Bobbin die Stellung schon gekündigt worden; die Untersuchung gegen den schuldigen Amtsdieners nimmt ihren Fortgang.

In der Trunkenheit ist der 61 jährige Tischler Hermann Scholz, der sich wohnungslos in Berlin aufhielt, am Mittwoch Abend um 7 Uhr an der Ecke der Rosenbaler- und Neuen Schopenhauerstraße in einen in der Fabrik befindlichen Kollwagen hineingekollt. Er kam dabei so unglücklich zu Falle, daß ein Rad ihm über den Kopf ging und so schwere Verletzungen zufügte, daß er durch einen Schutzmann des 13. Reviers mit einer Droschke in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Sein Zustand ist sehr schlimm.

Ein Verbrechen liegt aufscheindend bei dem Verschwinden eines Knaben vor, welches der hiesigen Kriminalpolizei aus Weissenhof gemeldet wurde. Der fünfzehnjährige Knabe Heinrich Wels, Weissenhof, Kronprinzentr. 10 wohnhaft, hat sich am Montag Nachmittag im Auftrag seiner Eltern nach Berlin begeben, um in einem Geschäft in der Landwehrstraße Einkäufe zu machen. Dort ist der junge Mensch auch gewesen und hat die geforderten Waaren gegen sofortige Zahlung erhalten. Um 1/2 9 Uhr abends entfernte er sich von dort, nachdem er die gekauften Gegenstände, Wäsche, in einen Sack gepackt und ist seit dieser Zeit spurlos verschwunden. Heinrich Wels war bekleidet mit einem blauen Jacket und englischledernen Hosen und trug eine blaue Mütze. Mittheilungen über den Verbleib des Knaben sind zu richten an dessen Eltern und an das hiesige Polizeipräsidium.

Polizeibericht. Am 25. d. M. morgens wurde in der Spree bei der Leisingbrücke die bereits stark verweste Leiche eines Mannes angeschwemmt. — In der Alexanderstraße lief vor mittags ein Handelsmann in der Trunkenheit gegen eine vorübergehende Droschke, fiel dabei hin und zog sich eine bedeutende Verletzung am Kopfe zu. — In der Seglitzerstraße gerieth ein Arbeiter unter die Räder eines Arbeitswagens und erlitt eine erhebliche Verletzung an der Hand. — Mittags wurde in der Brückenallee ein Mann durch eine Kutsche überfahren und am Kopfe, an der Hand, sowie am Unterschenkel auch innerlich bedeutend verletzt. — Nachmittags vergiftete sich eine Frau in ihrer Wohnung in der Lichtenbergerstraße. — Im Laufe des Tages fanden zwei unbedeutende Brände statt.

Witterungsbücherei vom 26. September 1895.

Stationen.	Barometer-Höhe in mm, reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Statt 1—15)	Wetter	Temperatur nach Celsius (°C.)
Swinemünde	778	SO	1	heiter	11
Hamburg	772	SO	2	heiter	11
Berlin	772	S	1	halb bedekt	11
Wiesbaden	770	Still	—	wolkenlos	14
München	772	Still	—	wolkenlos	12
Wien	772	Still	—	Rebel	10
Saparanda	764	W	4	bedekt	12
Petersburg	—	—	—	—	—
Cort	768	SO	8	Rebel	16
Aberdin	767	SO	2	halb bedekt	18
Paris	769	NO	1	wolkenlos	14

Wetter-Prognose für Freitag, den 27. Sept. 1895.  
Trockenes, vorwiegend heiteres, etwas wärmeres Wetter mit schwachen südwestlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

**Gerichts-Beitung.**

Als ein recht bössartiger Akt charakterisirte sich nach Ansicht des Gerichtshofes die wesentlich falsche Anschuldigung, die den Wirtshausbesitzer Johannes Pärtschel und den Maler Franz Augusti in gestern vor die IV. Strafammer des Langerichs I führte. Ein Maler Werz hat dem ersten Angeklagten Geld für gelieferte Pinsel schuldig, vermochte aber nicht zu bezahlen und die gegen ihn angekündigte Klage war fruchtlos. Gines Tages ging ein bei der Staatsanwaltschaft eine von Augusti geschriebene, von Pärtschel unterschriebene Strafanzeige ein, in welcher Werz das Vermeiden beschuldigt wurde. Zum Beweise war die Abschrift eines gerichtlichen Protokolls über einen von Werz angeblich im Jahre 1894 geleisteten Offenbarungseid beigelegt, bei welchem einige Vermögensstücke verpfändet sein sollen. Nun hat aber Werz in Jahre 1894 gar keinen Offenbarungseid geleistet und durch das Gutachten des Gerichtschreibers Dr. Jeserich konnte festgestellt werden, daß sie die Jahreszahl eines ihnen zu Händen

reinem Protokoll willkürlich und in Höher Absicht von 1890 in 1894 angewandt hatten. Der Gerichtshof hielt diese Handlungswiese für eine so niederträchtige, daß er — den Antrag des Staatsanwalts überschreitend — gegen den ersten Angeklagten auf 8 Monate, gegen den zweiten auf 6 Monate Gefängnis erkannte.

**Das Verhalten der Polizeibehörde in einer Streifsache** mit dem Schlächtermeister Hillmann erfährt gestern vor der 131. Abtheilung des Schöffengerichts eingehende Beleuchtung. Hillmann hatte sich wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wegen Beleidigung und einer Uebertretung geringfügiger Art, sein Geschäftsführer Zietke wegen des ergriffenen Vergebens zu verantworten. Auf dem Grundstücke des Angeklagten Hillmann in der Rheinsbergerstraße wird die Wurstfabrikation im großen betrieben. Die häufigen polizeilichen Revisionen wurden ihm lästig, er erlaubte sich bei dem Redakteur der „Deutschen Reichs-Zeitung“, ob er den Polizeibeamten jederzeit den Zutritt zu seinen Fabrikräumen gestatten müsse und erhielt die allerdings unrichtige Auskunft, daß ein Fabrikant nur in dem Falle dazu verpflichtet sei, wenn er wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz mit einer Freiheitsstrafe belegt worden sei. Dem betreffenden Redakteur war nicht bekannt, daß nach der Gewerbe-Ordnung der Polizei jederzeit Zutritt zu den Fabrikräumen gewährt werden muß. Als an einem Junitage wiederum ein Schutzmann bei Hillmann erschien, um zu revidieren, wies der Angeklagte ihn kurzer Hand vom Hofe. Der Vorstand des Reviers, Polizeileutnant Ebel II, fragte beim Polizeipräsidenten an, wie er sich in diesem Falle zu verhalten habe. Er erhielt die Weisung, die Revision zu erzwingen und falls nötig, den Hillmann solange zur Wache zu schieben. Am 19. Juni d. J., vormittags nach 9 Uhr, stand Hillmann auf seinem Hofe. Er war im Begriff, nach dem Viehhofe zu fahren. Da erschien der Schutzmann Pesse, um die Fabrik zu revidieren. Hillmann verzweigte den Zutritt und forderte den Beamten auf, den Hof zu verlassen. Der Schutzmann ließ einen Pfiff ertönen, worauf sofort ein zweiter Schutzmann erschien, welcher vor dem Thorweg des Winkes geharrt hatte. Die Beamten erklärten jetzt dem Angeklagten, daß sie ihn zur Wache schieben wollten. Als Hillmann einige Schritte zurücktrat, wurde er von den Schutzleuten an den Armen gepackt und festgehalten. Gleichzeitig erschienen noch zwei Kriminalbeamte und der Polizeileutnant Ebel II, welche ebenfalls vor der Thür erwartet hatten. Hillmann hat, von seiner Eiferung Abstand zu nehmen und ihn nicht wie einen schweren Verbrecher durch die Straßen zu transportieren. Das Erscheinen so vieler Beamten hatte vor dem Hillmannschen Hause schon einen Kausus verursacht. Der Polizeileutnant stellte dem Angeklagten vor, er würde dann doch ruhig mit den beiden nichtuniformierten Kriminalbeamten gehen, damit unnütziges Aufsehen vermieden werde. Als Hillmann sich auch hierzu nicht verstehen wollte, ergriffen ihn vier Beamte und schoben ihn mit Gewalt über den Hof durch den Thorweg auf die Straße hinaus. Sie ließen ihn hier los, da er erklärte gutwillig mitgehen zu wollen. Er wurde auf der Wache etwa eine Stunde festgehalten und dann entlassen. Während des Austritts auf dem Hofe war u. a. auch der Wittengestellte Zietke erschienen, der ausrief: „Was? Sie wollen unseren Chef arretieren? Weil hosen!“ Mit diesen Worten war er nach der Schlachtkammer geeilt, er ist aber nicht wieder zum Vorschein gekommen. Am Nachmittag desselben Tages erhielt Hillmann eine Auforderung, am folgenden Tage vor dem Leutnanten zu erscheinen. Hillmann erwiderte schriftlich, daß er nicht kommen würde, da er durch den Ueberfall der Polizei noch zu erregt sei. Er hatte den Brief mit der Unterschrift: „Achtungsvoll G. Hillmann“ versehen, das Wort „Achtungsvoll“ aber wieder ausgeschrieben. Als er dem Leutnant am folgenden Tage auf der Straße begegnete, spielte er in ostentativer Weise vor ihm auf.

Während die Beamten versicherten, daß sie mit der größten Rücksicht vorgegangen seien, behaupteten ebenso viele andere Jünglinge das Gegentheil. Der Staatsanwalt hielt beide Angeklagte für überlädiert, er beantragte gegen Hillmann 6 Wochen Gefängnis und 5 M. Geldstrafe, gegen Zietke 8 Wochen Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Silberstein, plädierte mit Wärme für Freisprechung. Das Polizeipräsidentium habe sich in einem großen Rechtsirrtum befunden, als es die Verhaftung des Hillmann anordnete. Das Nichtiduldenwollen der Revision berechtige noch keineswegs zu einer Verhaftung. Nur wer sich einer Amtshandlung widersetze oder sie fahre, könne verhaftet werden, keines von beiden habe Hillmann gethan. Der Angeklagte habe nur eine berechtigte Abwehr eines unberechtigten Eingriffs angewandt und sich jedenfalls in einem tatsächlichen Rechtsirrtum befunden.

Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen bei, sprach beide Angeklagten wegen des Widerstandes frei und verurtheilte den Angeklagten Hillmann nur wegen der Beleidigung zu 60 Mark und wegen der Uebertretung zu 5 Mark Geldstrafe. In der Begründung hieß es, daß die Polizei sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung ihres Berufes befunden habe. Sie hätte Hillmann in seiner eigenen Wohnung zurückhalten können, wenn er die Befehle nicht gestatten wollte und hätte er sich gestraubt, konnte die Sistrung vorgenommen werden. Eine direkte Sistrung war dagegen nicht gerechtfertigt.

**Der am vergangenen Montag** von den Geschworenen wegen versuchten Mordes schuldig befundene und vom Gerichtshof zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilte Württembergler Weber hat sich bei dem Erkenntnis nicht beunruhigt, vielmehr seinen Verteidiger, den Rechtsanwalt Sandberg, beauftragt, das Rechtsmittel der Revision einzulegen. In juristischen Kreisen wird der Ausgang dieser Verhandlung noch lebhaft besprochen, besonders nach der Richtung hin, ob hier überhaupt schon die Thatbestandsmerkmale des Versuches und nicht bloß die der „vorbereitenden Handlungen“ vorliegen.

**Eine reizende Szene**, die sich am 28. November vor. J. abends in einem Abteil 2. Klasse der Stadtbahn abspielte, hat Anlaß zu einer Anklage wegen Nötigung und Beleidigung gegeben. Die gegen den Rentier Heymann Baer und dessen Schwiegersohn, Kaufmann Julius Adam, heute vor der II. Strafkammer kriegslicher Landgerichts I verhandelt wurde. An dem genannten Abend gegen 11 Uhr fuhr der 18jährige Handlungs-Behrling Hardart in einem Abteil zweiter Klasse von der Jannowbrücke nach dem Alexanderplatz zu. Er sah mit noch drei anderen Personen auf der einen Seite, sein Nachbar war der Landgerichts-Direktor Mendhoff. Auf der Station Jannowbrücke stiegen in das bis dahin von fünf Personen besetzte Abteil fünf Personen ein, unter ihnen die beiden Angeklagten. Der Angeklagte Adam forderte den jungen Hardart auf, zu rücken, da fünf Personen auf jeder Bank sitzen müßten. Der junge Mann antwortete, daß er unmöglich rücken könne, wenn er nicht gerade seinem Nachbar auf den Schoß wolle. Hieraus soll nun, wie Landgerichts-Direktor Mendhoff heute bezeugte, Adam sich gewaltig aufgebracht haben, indem er den jungen Mann packte und zur Seite schob und ihm außerdem mit den Ellenbogen in die Seite stieß, so daß er jetzt an seinen Nachbar heranfließt und dieser sich eine derartige Beschäftigung verbitten mußte. Der Angeklagte Baer, der auf der gegenüber liegenden Bank saß, wurde über das Vorkommnis so erregt, daß er dem jungen Mann zu Leibe ging, ihn hin- und herschüttelte und mit einer Ruch von Schimpfworten bedachte. Er soll dabei den jungen Mann mit „Pömmel“, „Flegel“ und dergl. apostrophirt, gesagt haben, er gehöre in eine Kiste, oder nicht in eine zweite Klasse und schließlich soll er bemerkt haben: „Wenn ich neben Ihnen gesessen hätte, würde ich Sie zum Wagen hinausgeworfen haben.“ Direktor Mendhoff bezeugte, daß, wenn sich nicht der junge Mann maßvoller ruhig verhalten hätte, es sicher

zu einem Handgemenge gekommen wäre. Derselbe Zeuge versicherte auch, daß die Beleidigungen, die der Angeklagte Baer ausgesprochen, mit sehr lauter Stimme gesprochen worden seien, trotzdem wolle der Begleiter der Angeklagten an jenem Abend nichts davon gehört haben. Die Angeklagten bestritten die Darstellung der beiden Beschäftigten und behaupteten, daß der junge Mann sich ostentativ geweigert habe, den fünften Platz frei zu machen. — Staatsanwalt Dr. Vorholt gab zu, daß es eine böse Zumuthung seitens der Wabverwaltung an das Publikum ist, sich zu 10 Personen in einem Abteil zweiter (2) Klasse zusammenzupacken zu lassen, er meinte aber, daß sich die Fahrgäste zweiter Klasse in dieser Beziehung gewöhnlich entgegenkommen und ein Mann von der Größe und Breite des Angeklagten Adam gewöhnlich stehen bleibt, wenn er als fünfter auf dem einen Sitz Platz nehmen soll. Nach der Ansicht des Staatsanwalts war der Angeklagte Adam, selbst wenn er ein Recht auf einen Sitzplatz hatte, keinesfalls berechtigt sich mit Gewalt gegen dritte Personen diesen Platz zu zu erobern. Da auf der Stadtbahn bekanntlich eine Nothleine nicht vorhanden ist und das fahrende Publikum vor derartigen Mißgefallen geschützt werden müsse, beantragte er gegen Baer drei Wochen, gegen Adam zwei Wochen Gefängnis. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Ankiewicz, bestritt das Vorliegen einer Nötigung. In dem Abteil hätten zehn Personen Platz und der Angeklagte Adam habe wohl ein Recht gehabt, denselben bei Seite zu schieben, der ihn böswillig nicht Platz habe machen wollen. Wenn die Ansicht des Staatsanwalts richtig wäre, würde jedermann machtlos sein, der in ein Abteil geräth, wo ein Fahrgast sich lang ausgestreckt oder die Beine auf den gegenüber liegenden Sitz gelegt hat und in dieser Stellung trotz aller Einsprüche verharret. — Der Gerichtshof sah den Thatbestand der Nötigung und der Beleidigung für erwiesen an. Bei der Abmessung der Strafe erwog er, daß das Publikum vor derartigen Szenen zu schützen sei, andererseits aber auch, daß die Angeklagten gereizt sein mochten. Es ist deshalb gegen Baer auf 800 M. Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis, gegen Adam auf 100 M. event. 10 Tage Gefängnis erkannt worden.

## Soziale Ueberfluth.

**Der soziale Niedergang des ärztlichen Berufs.** In Nummer 29 vom 25. Sept. 1893 des „Medico“ wird ein Mißstand für die Kinder-Heilanstalt zu Stettin geschildert bei freier Wohnung, Verpflegung und 250 M. Jahresgehalt. Diese 250 M. Jahresgehalt für einen approbirten Arzt sind die glänzendste Illustration für das Wort des „kommunistischen Manifestes“, daß die Bourgeoisie den Mann der Wissenschaft zum Lohnarbeiter herunterdrückt. Aber 1847 konnte noch niemand ahnen, daß von öffentlichen Anstalten die Lebenshaltung der Aerzte auf das Niveau der weiblichen Diensthöfen heruntergedrückt werden würde. Obwohl obige Verhältnisse der ärztlichen Thätigkeit durchaus nicht vereinzelte sind, sind die Aerzte im allgemeinen sich der gesellschaftlichen Ursachen ihres sozialen Niederganges so wenig bewußt, daß sie diesen durch allerhand Innungsgänge, wie Ständevereine, erweiterte Disziplinarbefugnisse u. s. w. aufhalten zu können glauben. Im Zeitalter der Waarenproduktion wird auch die geistige Thätigkeit zur Waare degradiert und richtet sich hinsichtlich der Bezahlung nach Angebot und Nachfrage. Erst die sozialistische Gesellschaftsorganisation, die nicht auf Waarenproduktion beruht, ist im stande, dieser stetig immer tiefer sinkenden Werthschätzung der geistigen Thätigkeit ein Ende zu bereiten. Wenn die meisten Aerzte das auch noch nicht begreifen wollen, so wird doch — dessen sind wir sicher — die weitere unaufhaltsame Entwicklung auch dieser Seite des geistigen Lebens den Herren sozialistische Logik einpflanzen.

**Die Arbeitszeit verkürzt** von 11¼ auf 10 Stunden haben die drei Uhrenfabriken in Schramberg (Württemberg), welche gegen 1500 Arbeiter beschäftigen.

## Vermischtes.

**Am Nord-Ostsee-Kanal** hat sich dieser Tage in der Nähe des Gutes Rosenkrantz ein eigenartiger Unglücksfall zugegetragen. Es war eine Antichung der Vöschung nach angedroherer Zerstörung eingetreten. Ein Fisch, woran die elektrischen Lampen befestigt sind, war mit in das Wasser gestürzt, und der Draht mit dem vollen Strom lag auf der Erde. Zwei Arbeiter, die ihre Eltern in Königsförde besucht hatten, verübten in der Dunkelheit aus dem Heimwege den Draht. Der eine stürzte todt hin und blieb auf dem Draht liegen; der andere hatte nur mit der Schulter den hängenden Draht berührt und war besinnungslos zurückgeworfen worden. Es war den Arbeitern auf dem Bagger der Firma Holzmann nicht möglich, den Leichnam durch Stricke oder hölzerne Stangen vom elektrischen Draht zu entfernen, weil sie starke elektrische Schläge bekam. Erst nachdem um telegraphisches Ansuchen von Holtzmann aus der Strom abgestellt war, konnte man den Leichnam ohne Gefahr wegnehmen.

**Ein neuer „Fall Parisisch“** wird aus dem ostpreussischen Orte Öbeningen gemeldet. Ein gewisser Westermüller hatte dort einige Zeit als Thierarzt praktiziert und genöth bei seinem sicheren und gewandten Auftreten das Ansehen eines großen Mannes. Nun ist dieser Herr plötzlich unter Zurücklassung nicht unbedeutender Schulden verschwunden und es hat sich herausgestellt, daß er eine Prüfung als Thierarzt gar nicht bestanden, sondern nur einige Zeit veterinär-wissenschaftliche Kollegien an einer Hochschule gehört hat. Dabei soll Westermüller als Thierarzt verurteilt worden sein.

**Die Ostfriesen Hodehda** im Bilajet Yemen (Arabien) wurde von einem heftigen Wolkenebruch heimgesucht, welcher einen Bergsturz zur Folge hatte. Ein Bazar, in den sich eine große Menschenmenge geschütert hatte, wurde verschüttet. Mehrere hundert Menschen sollen hierbei getödtet sein.

**Die Nationalität des englischen Thronfolgers.** Aus London schreibt man: Die „Westminster Gazette“ ertheilt dem Prinzen von Wales, der bei der Einweihung des neuen Dock in Southampton kürzlich von seinem berühmten Vorfahren, Eduard dem schwarzen Prinzen, gesprochen, eine historische Belehrung, die darauf hinausläuft, daß die Königsfamilie nicht englisch sei. Der einzige Tropfen britischen Blutes, der durch die Adern der jetzigen Dynastie rinne, komme von Margarethe Tudor, der ältesten Tochter Heinrichs VII. und Gemahlin Jacobs IV., Königs von Schottland. Ihr Entel, Jacob VI., bestieg als Jacob I., den englischen Thron. Dessen Tochter Elisabeth Stuart heirathete einen deutschen Fürsten, ten Kurfürsten Friedrich von der Pfalz, und wurde nachmals durch die Vermählung ihrer Tochter Sophie mit dem Kurfürsten von Hannover die Großmutter Georgs I., des ersten Königs aus dem deutschen Hause der Welfen, der 1714 auf den englischen Thron gelangte. Die vier Georgs und die vier Williams erblichen deutsche Frauen, die deutsche Mutter und der Gemahl der Königin Victoria waren beide Wittener und so ist der Prinz von Wales — nach der Reduktion des Blattes — mehr deutsch als die Georgs. Nur durch die oben erwähnte älteste Schwester Friedrichs VIII., Margarethe Tudor, deren Gemahl Jacob IV. 1513 bei Blodden Field den Helmschiff starb, ist der lose Zusammenhang mit der nationalen Dynastie hergestellt.

## Empfangene Druckschriften.

**Der Sozialdemokrat.** Central-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Reuststraße 3). Die Nr. 29 hat folgenden Inhalt: — Der 9. Landtag im Kampfe für das Agrarprogramm. — Der 10. Landtag im Kampfe für das Agrarprogramm. — Die Landesparlamentarier in Anwesenheit. — Versammlungen und Zeitungsbüchlein zum Agrarprogramm. — Parteiprogramm. — Parteiprogramm. — Parteiprogramm. — Parteiprogramm.

— Anträge zum Breslauer Parteitag. — Die Umgestaltung der Parteiorganisation. — Ein Antrag zum Parteitag. — Gewerkschaftliche Bewegung. — Die Arbeiterbewegung. — Arbeiterorganisationen. Arbeiterkongress. — Die Arbeiterbewegung. — Arbeiterkongress. — Arbeiterorganisationen.

**Der „Neuen Zeit“** (Stuttgart, J. S. W. Dieck Verlag) ist seit dem 22. Sept. bei 12. Jahrgang erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Arbeiterbewegung und das Recht. — Die Arbeiterbewegung zum Agrarprogramm. — Die Arbeiterbewegung zum Agrarprogramm. — Die Arbeiterbewegung zum Agrarprogramm. — Die Arbeiterbewegung zum Agrarprogramm. — Die Arbeiterbewegung zum Agrarprogramm. — Die Arbeiterbewegung zum Agrarprogramm. — Die Arbeiterbewegung zum Agrarprogramm. — Die Arbeiterbewegung zum Agrarprogramm.

**„Soziale Praxis“** (Stuttgart, J. S. W. Dieck Verlag) enthält in ihrer neuesten Nr. 12 folgenden leitenden Aufsätze: Die Arbeiterbewegung und die europäischen Arbeiterbewegungen in Ostdeutschland. — Die Arbeiterbewegung und die europäischen Arbeiterbewegungen in Ostdeutschland. — Die Arbeiterbewegung und die europäischen Arbeiterbewegungen in Ostdeutschland. — Die Arbeiterbewegung und die europäischen Arbeiterbewegungen in Ostdeutschland. — Die Arbeiterbewegung und die europäischen Arbeiterbewegungen in Ostdeutschland. — Die Arbeiterbewegung und die europäischen Arbeiterbewegungen in Ostdeutschland. — Die Arbeiterbewegung und die europäischen Arbeiterbewegungen in Ostdeutschland. — Die Arbeiterbewegung und die europäischen Arbeiterbewegungen in Ostdeutschland.

**Der soziale Niedergang des ärztlichen Berufs.** — In Nummer 29 vom 25. Sept. 1893 des „Medico“ wird ein Mißstand für die Kinder-Heilanstalt zu Stettin geschildert bei freier Wohnung, Verpflegung und 250 M. Jahresgehalt. Diese 250 M. Jahresgehalt für einen approbirten Arzt sind die glänzendste Illustration für das Wort des „kommunistischen Manifestes“, daß die Bourgeoisie den Mann der Wissenschaft zum Lohnarbeiter herunterdrückt.

**Der soziale Niedergang des ärztlichen Berufs.** — In Nummer 29 vom 25. Sept. 1893 des „Medico“ wird ein Mißstand für die Kinder-Heilanstalt zu Stettin geschildert bei freier Wohnung, Verpflegung und 250 M. Jahresgehalt. Diese 250 M. Jahresgehalt für einen approbirten Arzt sind die glänzendste Illustration für das Wort des „kommunistischen Manifestes“, daß die Bourgeoisie den Mann der Wissenschaft zum Lohnarbeiter herunterdrückt.

## Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schiffe (Zwei Buchstaben oder eine 300 anzuweisen unter der die Antwort ertheilt werden soll.

**Die juristische Sprechstunde** findet am Montag Mittwoch, Freitag und Sonnabend abends von 7—8 Uhr statt.

**Das Hamburger Echo**, sowie zahlreiche andere Parteiblätter liegen in den beiden Schulräumen der Arbeiter-Bildungsschule, Müllerstr. 179a und Waldemarstr. 14, abends bis 10 Uhr.

**J. S. Meis.** — W. F. Ihr Vater ist nach Ihrer Schilderung gestorben, nachdem mindestens 235 Wochen Beitragsmarken für ihn geleistet waren. Auch hatte er eine Rente nicht erhalten. Liegt die Sache so, so steht Ihrer Mutter ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der verwendeten Beiträge, also auf 10 viertel 15 Pf. zu, als für ihren Vater 30 Pf. Marken geleistet waren. Den Anspruch hat Ihre Mutter unter Ueberreichung der Quittungskarte und der Aufrechnungskarten sowie des Lobens- und Trauhscheins bei dem Vorstand derjenigen Versicherungskasse geltend zu machen, an welche zuletzt Beiträge entrichtet worden sind.

**Erbschaft.** Ohne mündliche Rücksprache der genaueren Darlegung nicht zu beantworten; für die verschiedenen Theile Deutschlands gibt es Dutzende von verschiedenen Erbschafts- und Erbschaftsbestimmungen. — **Hundewetter.** Der Wiederbringer eines entlaufenen Hundes hat Anspruch auf Finderlohn. — **Schönebeck I.** Das hängt vom Inhalt des Kassenstatuts ab. — **F. W.** Gegen den Schutzmann können Sie nicht klagen. Wenden Sie sich an den Magistrat und an einen Arbeitervertreter der dortigen Stadterwaltung. — **V. H. 13. Ja. A. Hbg.** Der September. — **N. S. 79.** Falls Beweis für sofortige Jurisdiktionsstellung und dafür erbracht wird, daß ein anderer Stoff geliefert als vereinbart ist, ist die Klage nicht aussichtslos. Anzustrengen ist sie beim Amtsgericht. — **Legiers.** Der Herrmann soll dem Wirklich schriftlich erklären, daß er seine Zustimmung zu dem Vertrage nicht gibt, weil er ohne sein Vorwissen geschlossen ist und weil die Wohnung infolge Ueberfluth von Schwamm und Mäusen unbrauchbar ist. — **Müller, W. F.** Briefliche Antwort ertheilen wir nicht. Sie können den Antrag auf Verfassung bei der Staatsanwaltschaft schriftlich unter Darlegung des Sachverhalts stellen. — **Pusch.** Nach § 260 Nr. 10 wird nur der mit Geldstrafe bis 150 Mark oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft, der bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Noth von der Polizeibehörde oder deren Stellvertreter zur Hilfe aufgefordert, keine Folge leistet, obgleich er der Aufforderung ohne erhebliche eigene Gefahr genügen konnte. Eine Anreuerung ist kein „Unglücksfall“ in diesem Sinne, der Aufforderung, bei einer Anreuerung beistehen zu sein, braucht der Aufgeforderte also nicht nachzukommen. — **H. S.** Die Streichung ist unzulässig. Sie können gegen dieselbe auf dem Statut angegebenen Wege klagen. Zur Rückzahlung sind Sie verpflichtet, wenn es sich um ein und dieselbe Krankheit handelt. — **H. W. A.** Die außerordentlich lange Zeit bis zur Vertheidigung auf eine Steuerreformaktion ist ebenso wenig etwas auffallendes, als die Langsamkeit bei Zahlungen und die Schnelligkeit beim Geldholen seitens einiger Behörden. Eine Beschwerde an den Magistrat oder an die Steuerdirektion hat bei der Unmenge dort vorliegender Sachen wenig Aussicht auf Erfolg. — **N. S. 100.** Die Frage ist unverständlich.

## Briefkasten der Expedition.

Für die Familien der im Effener Weineidprozess Verurtheilten gingen bei und fern ein:

**Ueberschuß vom Erntefest** von Umschniterskrub 13,20. — **Gefammelt bei der Kirchläufe** Schweinmörderstraße 46 von Vaterlandsklösen 3.—. — **Gefammelt bei der Geburtsstagsfeier** bei Löwe 1,50. — **Spandan**, gef. b. Stadte, Neumarkterstraße 5 1,75. — **Von der Gesellschaft**, die nichts übel nimmt 5.—. — **Blumenvereinerung** 8,40. — **Schneider** aus der Hornstraße 3,00. — **Rothe Gold- und Silberarbeiter** gef. bei Opay 3,03. — **D. S. Lese- und Diskursklub** Vorwärts in London 20.—. — **Summa 72,48 M. Verreits quittirt 9260,96 M.** in Summa 9333,43 M. — **N. S. 480.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Freitag, den 27. September.

**Spernhaus.** (Kroll's Theater.)  
Margarethe.

**Schauspielhaus.** Salali. Die stille Wache.

**Berliner Theater.** Die Journalisten.

**Deutsches Theater.** Romeo und Julia.

**Lesing-Theater.** Der Weichenreifer.

**Friedrich-Wilhelmstadt Theater.** Die Reise nach dem Mars.

**Neues Theater.** Frau Müller.

**Schiller-Theater.** Digab, der Narr.

**Kesdony-Theater.** Der Rabenwälder.  
Vorher: Aber die Ehe!

**Adolph Ernst-Theater.** Paradebunmler.

**Central-Theater.** Eine tolle Nacht.

**Alexanderplatz-Theater.** Ein Kind der Liebe.  
Vorher: Wahn und Wahnsinn.

**National-Theater.** Die Königstochter als Bettlerin, oder: Die Schule des Lebens.

**Theater Unter den Linden.** Die Chanfonnette. Burschenliebe.

**American-Theater.** Bulgarien in Berlin. Die Millionenerbin von Nixdorf.

**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater.**  
(Wallner-Theater.)  
Freitag: Digab, der Narr.  
Sonnabend: Digab, der Narr.

**Friedrich-Wilhelmstadt Theater**  
25/26. Chausseest. 25/26.  
Letzte 3 Wochen  
des Gastspiels der Lilliputaner.  
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:  
**Die Reise nach dem Mars.**  
Sonnabend, den 28. und Sonntag,  
den 29. September, nachm. 3 Uhr:  
**Die Reise nach dem Mars.**  
Kinder nachmittags halbe Preise.

**Central-Theater.**  
Alte Jakobstr. 30.  
Emil Thomas a. G.  
Zum 23. Male:  
**Eine tolle Nacht.**  
Große Ausstattungspoffe mit Gesang  
und Tanz in 5 Bildern von  
Wih. Mannstädt und Julius Fround.  
Musik von Julius Einödshofer.  
In Szene geföhrt v. Dir. Richard Schults.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Adolph Ernst-Theater.**  
**Paradebunmler.**  
Gesangspoffe in 4 Akten von Ebnard  
Jacobson u. Leon Treptow. Kouplets  
von Ed. Jacobson und Gustav Gsch.  
Musik von Gustav Steffens.  
In Szene geföhrt von A d o l p h E r n s t.  
Anna Bäckers, Josefine Dora, Ida  
Schlüter, Adolph Ernst, Guido Niescher,  
Karl Weiß, Georg Wolklysch.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kein Aufgeld.

**Alexanderplatz-Theater**  
Alexanderstr. 40.  
Direktion: Max Samet.  
Um 8 1/2 Uhr:  
Pikante Novität! Pikante Novität!  
**Ein Kind der Liebe.**  
Sittenbild in 4 Akten v. Max Halfforn.  
Vorher:  
**Wahn und Wahnsinn**  
oder Sie ist wahnsinnig.  
Schauspiel in 2 Akten von Melesville.  
Bearbeitet von W. Sembert.  
Regie: Max Samet.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Volksvorstellung. Die Königstochter  
als Bettlerin, oder: Die Schule des  
Lebens.

**Kaufmann's Variété**  
Königstrasse, Kolonnaden.  
Heute Freitag:  
**Vorbereitung halber  
geschlossen.**  
Morgen Sonnabend:  
**Der große Tip!!  
Das Mannweib**  
1 Weib gegen 7 Männer.  
Ferner das neue Programm.

**Urania**  
Anstalt für volksthümliche  
Naturkunde.  
Am Landes-Ausstellungspark  
(Lehrter Bahnhof).  
Geöffnet von 5-10 Uhr.  
Tägliche Vorstellung im wissenschaftlichen  
Theater.  
Näheres die Anschlagzettel.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstrasse 11/12  
(nahe Potsdamer Brücke).  
Jeden Freitag und Montag:  
**Stettiner  
Sänger**  
(Meysel,  
Pietro,  
Britton,  
Steldl,  
Krone, Röhl  
und  
Schrader)  
Anfang präc. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).  
**Großartiges Programm.**  
Sonntag:  
**Sanssouci,** Kottbuserstr. 4a  
(n. Kottbuserp.).

**W. Noack's**  
Konzert- und Gesellschafts-Säle  
**Brunnenstr. 16.**  
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag  
und Donnerstag:  
**Große  
Extra-Theater-Vorstellung.**  
**Schmeichelkätzchen.**  
Lebensbild in 1 Akt von Käger.  
**Des Löwen Erwachen.**  
Römische Operette in 1 Akt v. Brandl.  
Auftreten neuer Spezialitäten.  
Nach der Vorstellung: Langtränchen.

**Alcazar.**  
Variété- u. Spezialitäten-Theater.  
Dresdenerstr. 52/53, Künenstr. 42/43  
(City-Passage).  
Vornehmster Familienaufenthalt!  
**Riesen-  
Spezialitäten-  
Programm.**  
Eine Partie Seat.  
Poffe von Adler. Musik von  
R. Thiele. Regie: E. Stempel.  
Anf. Wochent. 8, Sonntags 8 Uhr.  
Entree 10 Pf., 30 Pf.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Direktion: R. Winkler.

**Rixdorf Ed. Wiersing's**  
Restaurant, Garten  
und Ball-Salon.  
Knefedeckstr. 77. Hermannstr. 87.  
Jeden Sonntag im Garten:  
**Gr. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Im neu renovierten Saale von 4 Uhr ab:  
**Großer öffentlicher Ball.** 2 verdeckte  
Regelbahnen. Kaffeefüche heiß geöffnet.  
Meine Lokalitäten stehen den Vereinen  
zu Versammlungen, Festlichkeiten und  
bei Zeichenzügen zur Verfügung.

**Passage - Panopticum.**  
42  
**Mädchen**  
vom  
andern Ende  
der Welt  
(Samsa).

**Castan's Panopticum.**  
Friedrichstr. 165.

**!Salambo?**

**Circus Jansly-Leo.**

**Friedrich Karl-Ufer.**  
Freitag, den 27. September,  
abends 8 Uhr:  
**Humoristische Vorstellung.**  
Neu! Zum 1. Male: Troubadour  
(Parodie) von den musikalischen  
Clowns Long und Little.  
**The Parkins?**  
Morgen: Vorstellung.

**Neues Club-Haus**  
72. Kommandantenstrasse 72.  
Jeden Sonntag: **BALL.**  
Empf. meine 4 Säle zu Festlichkeiten  
u. Versammlungen gratis. Noch einige  
Sonnabende frei. H. Ebert.

Im Verlage der Hamburger Buchdruckerei  
und Verlagsanstalt Neer & Co. in Ham-  
burg ist soeben erschienen:  
Der  
**Neue Welt-Kalender**  
für 1896.  
Zwanzigster Jahrgang.  
Inhalt:  
Kalendarium. — Ostweesen etc. — Ereignis-  
kalender. — Trübsalgeit. u. Brüte-Kalender.  
— Sterbefälle im Deutschen Reiche im Jahre  
1892. — Deutsche Auswanderer 1889-94.  
— Bildnis. — Wessien und Wäcker. — Im  
Kreislaut des Jahres. — Ein Märtyrer.  
— Erzählung von Robert Schachtel (mit  
Illustrationen). — Bauern und arme Leute  
zur Zeit der deutschen Reformation. Von  
Manfred Witten. — Ein Bild. — Gedicht von  
Ludwig Eschen. — Ein Bild aus dem Lan-  
dener Büchlingsleben. Von W. Liebmacht.  
— Am Meer. — Gedicht von Jemma Selin.  
— Jahanas's Erfahrungen. Erzählung von  
Ulrich Kanger (mit Illustrationen). — Ariele  
Wissenschaftlich und Sozialwissenschaftlich  
über die Japaner. Von Bruno Geiler. —  
Die Schlacht am Morgarten. Gedicht von  
Rob. Schweißel (mit Illustration). — Das  
Licht der Zukunft. Von Dr. G. Dur (mit  
Illustrationen). — Die Gesundheitspflege  
des Kindes. Von Dr. Smoboda. — Jrdische  
Höhen u. Tiefenverhältnisse. Von C. Hatten-  
horst (mit Illustrationen). — Das neue Reichs-  
taggebäude. Von E. Schönhoff (mit Illustrationen).  
— Ein Kapitel kirchlicher Geschichte.  
Von W. Witten. — Die gute, alte Zeit.  
Eine kulturhistorische Skizze von W. Volter.  
— Saat und Ernte. Gedicht von Jemma Selin.  
— Aus der Geschichte der preussischen  
Volksschule. Von Bauermeister. — Ein  
Sohn des Volkes. Von W. Liebmacht (mit  
Vorwort). — Die drei Rösse. Russische Volks-  
parabel, erzählt von W. Braunsdorf. — Wir  
sind nicht fernablos. Gedicht von W. W. —  
Ausgewählte Wäcker. — Wäcker etc. etc.  
Stiege vier Kupfer:  
Japanische Mädchen bei der Thee-Grüte. —  
Remonstrationen. —  
Ein farbige Bild: Verlassen (mit Gedicht).  
Ein Wandkalender.  
**Preis 40 Pfennig.**  
Zu beziehen durch die  
Buchhandlung des „Vorwärts“

**Deutscher** 71/11  
**Holzarbeiter-Verband**  
(Zahlstelle Berlin).  
Heute, Freitag Abend, bei Schöning,  
Stallschreiberstr. 29:  
**Sigung der Ortsverwaltung.**  
Die Beitragsausmaßer werden er-  
sucht, in dieser Sigung zu erscheinen.

**Volksvversicherung.**  
Zur Vermittlung kleiner Lebens-Ver-  
sicherungen v. 300 M. ab (sein Viktoria-  
System) werden geeignete Agenten ge-  
gegen hohe Provision ev. Wochensigum.  
Off. sub A. G. bef. die Exp. d. Sig.

**Achtung! Achtung!**  
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Teilzeit  
wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-  
ziehen, Zahnreinigen, Nerventöden un-  
sonst Gutes, Lausiger Platz 2. Gfasser-  
straße 12.

**!! Teppiche !!**  
Eine große Partie Teppiche mit kleinen  
Farbentüchern in Germanien, Brüssel  
und Plüsch zu spottbilligen Preisen.  
Größe 138x200 cm = 3,-, 5,-, 8,50 M.  
170x250 „ = 5,75, 11,50, 18,50 „  
200x300 „ = 8,50, 13,-, 17,- „  
in reiner Wolle, das Stück  
2,00 M.  
**Portiären**  
in allen Farben, reine  
Wolle, 160 x 200 cm,  
das Stück 5,50 M. |

**Otto Büchler, Berlin C.,**  
Königstr. 26, Ecke  
Klosterstr.  
Versand-Abteilung D.

**Bruchbandagen**  
aller Art (eigenes Fabrikat), sowie  
sämtliche Artikel zur Kranken-  
pflege empfiehlt  
**J. Ch. Pollmann,** Linien-  
straße 30.  
Lieferant für Orts- u. Hilfs-Krankenk.

**Arbeitsanzüge** **W. Fahr,**  
Brunnenstr. 112.

Prachtvolle Zahnen-Margarine,  
im Geruch, Geschmack, Aussehen einer  
fein. Tafelbutter vollständig, gleich, verfi.  
10 Pfd. Postk. franko Nachn. M. 7,50.  
Otto Bauer, Götzen i. A. 4.

**Rohtabak.**  
Grösste Auswahl! Billigste Preise!  
Sämtliche Fabrikations-Utensilien.  
**Heinrich Franck,**  
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

**Butter! Butter!**  
kauft man  
billigst **Weberstr. 16.**  
**Gardinen-**  
Reste, 1-4 Fenster, spottbillig.  
Fabrik: Zimmerstr. 86, Hof part.

**Gegner des Impfwanges!**  
**Volks-Versammlung** am Sonnabend, 28. d. M.,  
abends 8 1/2 Uhr,  
in Cohn's Festsälen, Benthstr. 20-22.  
Referent **Reinh. Gerling:** Die Pockenimpfung eine soziale  
Gefahr. Diskussion, Fragelasten.  
Mütter und Väter! Erscheint so zahlreich als möglich hier, wo es sich  
um Vertheidigung des höchsten Gutes handelt: um Gesundheit und persönl-  
liche Freiheit! — Der Vortrag wird den Unwissenden die Augen öffnen, die  
Bissenden und Wollenden um eine Fahne schaaren! Der Einberufer.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin Osten.  
Sonnabend, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Nieft, Weberstr. 17:  
**Mitglieder-Versammlung.** 118/16  
Tagesordnung: 1. Vortrag über „Glaube und Vernunft“.  
Referent Genosse **Hoffmann.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten  
und Verschiedenes. — Gäste willkommen.  
Die Ortsverwaltung.

**Einseker (Tischler).**  
Montag, 30. Sept., abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Köllig,  
Neue Friedrichstr. 44:  
**Oeffentl. Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Berichterstattung des Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission.  
Referent Kollege **Benno Misch.** 2. Diskussion. 3. Neuwahl eines Delegierten  
zur Berliner Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes. 347b  
Pflicht eines jeden Einsekers ist es in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Zellerammlung findet statt. Der Einberufer.

**Freie Vereinigung der Bauanschläger**  
Berlins und Umgegend.  
Sonntag, 29. Sept., bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vergnügungskomitees. 2. Antrag Berlin. 3. Ver-  
schiedenes und Fragelasten. 88/6  
Der Vorstand.

**Verband der Sattler u. Tapezireur.**  
Filiale Zentrum.  
Sonnabend, 28. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Pasch,  
Alte Jakobstr. 83:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Der Stand unserer gegenwärtigen Lohnbewegung.  
2. Wahl von 3 Mitgliedern zur Agitationskommission für Brandenburg.  
3. Antrag betreffs Vergrößerung unserer Bibliothek. 4. Verschiedenes.  
156/20 Der Vorstand.

**Achtung! Böttcher.**  
Sonntag, 29. Sept., vorm. 10 Uhr, bei Herrn Gründel,  
Brunnenstr. 188:  
**Oeffentliche Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen der Organisation. Referent  
Genosse **Blaurock.** 2. Bericht des Gewerkschaftsdelegierten. 3. Diskussion.  
4. Wahl von Werkstätt-Vertrauensleuten. 47/3  
Der Vertrauensmann: Max Kasko.

**Achtung! Putzer. Achtung!**  
Sonntag, 29. September, vormittags 10 Uhr,  
im Louisestädtschen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37:  
**Große öffentliche Versammlung  
der Putzer Berlins und Umgegend.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung und welche Lehre  
ziehen wir aus derselben. 2. Verschiedenes. 181/18  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet  
Die Kommission. J. A.: M. Vogel, Weidenweg 35.

**Paul Töbs, Schneidermeister,**  
wohnt jetzt wieder  
**Rüdersdorfer 6 II.**  
Anfertigung jeder Art Herren-  
garderobe. 324b

Allen Freunden und Bekannten zur  
Nachricht, daß ich meine Restauration  
am 1. Oktober von der Zalkthierstr. 36  
nach der Manteuffelstr. 48 verlege.  
**C. Knobel,**  
Gastwirth. 349b

Jeden Sonnabend Gänse-Ausspielen  
bei 3 5/13. Breslauerstr. 9. 362b

Betten, schöner Stand, 22 M.,  
s. f. zu verk. Neichenbergerstr. 6, v. I. I.  
Zur Mittheilung, daß ich Veussel-  
straße 88 ein Zigarrengeschäft er-  
öffnet habe und bitte um gütigen Zu-  
spruch. Paul Duncker, Zigarrenm.

**Sanftleben, Ostbahn, Vorort.**  
Quadratruhe von 5 M. an, 15 Min.  
vom Bahnhof, erste Hand, verkauft  
Löpfer, Andreasstr. 77, Laden.

**Kanarien-Dohtroller** verl. billig  
Kirchhain, Tauentzienstr. 4. 353b

**Passend für Genossen!**  
Wegen Ueberrahme eines Grundstücks  
verkaufe meine gut gehende Restauration  
sehr billig. Näheres bei Reichmuth,  
Schöneberg, Götzenstraße 51. 305b

Möbel zu Fabrikpreisen, Oranien-  
straße 18, Tischlerei. M\*  
**Seidenstoffe**  
Sammete, Plüsch, Velvets, Cravatten-  
stoffe. Alles in größter Auswahl.  
Billiger als in jedem Laden.  
Stralauerstr. 44, 1 Tr. Kein Laden.\*

**Fritz Wilke,**  
Andreasstr. 26, (3307L\*  
(nahe Schles. Bahnhof) empfiehlt sein  
**Restaurant,**  
sowie Saal für 200 Personen,  
Vereinszimmer, Regelpahn und  
**Fremden-Logis.**  
Telephon: Amt VII, Nr. 3459.

**Englischer Garten**  
3306L\* Alexanderstr. 27c.  
Säle zu Festlichkeiten mit Theater-  
bühne u. zu Versammlung. unentgeltlich.  
Zwei Vereinszimmer mit Piano.  
Eine möbl. Schlafst. ist Lausigerstr. 40,  
v. 3 Tr. b. Page 1. verm. 351b

Möbl. einfenstriges Zimmer f. Herrn  
Wendestr. 2, 3 Tr., Wittwe Schmidt.  
Eine einfenstr. Stube, sep. Eing.,  
als Schlafst. f. Herren zu vermieten.  
Wasserköchr. 16, 4 Tr. bei Becker.

Der heutige Auflage liegt ein  
Prospekt der Verlagsfirma Hans  
Paake, City-Passage, bei.

## Die Arbeitslosen-Versicherung.

Die bürgerliche Presse hat sich so lange als möglich gedrückt, das Vorhandensein unverschuldeter Arbeitslosigkeit anzuerkennen. Dieses Stranden ist sehr leicht begreiflich, denn mit der Anerkennung dieses Übels war auch die Pflicht zu dessen Beseitigung und damit der Bankrott des heutigen Wirtschaftssystems erklärt. Zwar suchen sich die Bourgeois-Ökonomen den Anschein zu geben, als ob sie an die Möglichkeit rationaler und gründlicher Heilung dieses Krebsübels glaubten. Allein ihre siegesfrohen und zuversichtlichen Worte stimmen schlecht zur Rath- und Thatlosigkeit, mit der man diesem Schreckensgespenst gegenübersteht. Selbst der treueste Helfer in diesen Nöthen, die „Versicherung“, versagt, indem die Arbeitslosen-Versicherung so wenig leistet, daß es selbst ihren Vätern angst und bange wird.

Zwar trösten sich dieselben damit, daß es den bisherigen Versuchen auf diesem Gebiete an den nöthigen statistischen Grundlagen gefehlt habe. Wirklich ist hier ein großer Mangel zu konstatieren, welcher sehr leicht zu erklären ist, da sich niemand gerne selber das Leichenlied komponirt. Ohne die Versuche der sozialdemokratischen Gewerkschaften und der Vereine und Verbände, welche die Arbeitslosen-Versicherung haben, wäre man auf Angaben angewiesen, welche nur eine allgemeine symptomatische Bedeutung haben, wie z. B. die Krankenlisten-Statistik, Bestrafungen der „Bettler und Vaganten“, Statistik wandernder Handwerkergehilfen etc. Allein das Fehlen der statistischen Grundlagen ist ein schwacher Trost; denn die bürgerliche Gesellschaft produziert immer neue Bedingungen der Arbeitslosigkeit, z. B. starkes Anwachsen der Bevölkerung in einem Industriestaat, i. d. U. erweiterter Exportmöglichkeit, plötzliches Vordringen des ausländischen Betriebes, plötzliches Auftauchen überseischer Konkurrenz auf landwirtschaftlichem Gebiet, wodurch sich die versicherungstechnischen Grundlagen im Gegensatz zu andern Versicherungen verschlechtern. Zudem ist dieser Versicherungsweig mit einer sehr großen Zahl von anderen Mischlichkeiten verbunden, welche selbst die beste Arbeitslosen-Statistik nicht zu vernünftigen Vermögen. Die Unterscheidung zwischen verschuldeter und unverschuldeter Arbeitslosigkeit wird stets in bedenkliche Situationen hineinführen. Wendet man sie streng an, so entsteht eine höchst mißliche Untersuchung, während bei lazier Anwendung Mißbräuche und Ungerechtigkeiten einschleichen. Ebenso wird die Arbeitslosen-Vermittlung keine erfreulichen Erscheinungen zeitigen, denn diese Institution wird einem polizeilichen, die Freiheit allzu sehr beschränkenden Charakter annehmen. Die mit der Versicherung verknüpfte Kontrolle über den Verlauf des ganzen Arbeitsjahres, sowie die allzu große Ausdehnung des Solidaritätsprinzips wird hart empfunden werden. Letzteres muß um so mehr der Fall sein, als die Berücksichtigung des Risikos bei Aufstellung des Prämientarifs zu unlöslichen Schwierigkeiten führt, weil man es bei diesem Versicherungsweig mit einem schwer fahbaren, fortwährenden Aenderungen unterworfenen Faktor zu thun hat. Ohne einen nach Gefahrenklassen abgestuften Prämientarif kommt die ganze Arbeitslosen-Versicherung darauf hinaus, armen Leuten Geld wegzunehmen, um es anderen armen Leuten zu geben.

Bei dieser Sachlage ist es kein Wunder, daß das Nöthlein der Arbeitslosen-Versicherung bald zu Schanden geritten ist. Keiner hat man an ertlichen Orten versucht, die Arbeitslosen-Versicherung, welche von einer Anzahl von Arbeiterverbänden mit mehr oder weniger Erfolg praktiziert wird, weiter auszudehnen und schon muß man die Unüberwindlichkeit einer Anzahl von Hindernissen eingestehen. Selbst in der Schweiz, wo die Frage der Arbeitslosen-Versicherung den stärksten Widerhall gefunden hat, ist man über das Stadium örtlicher Versuche nicht hinausgekommen. Die Stadt Bern hat seit zwei Jahren eine „Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit“, deren Statuten man im letzten Frühjahr bereits einen Hildlappen auslegen mußte. Trotzdem es sich bei dieser Institution bloß um Arbeitslosen-Unterstützung verbunden mit Sparzwang ohne feste versicherungstechnische Grundlagen handelt, hat die „glückliche“ Durchführung dieses Projekts einen ziemlich großen Arm in der Literatur verursacht. Nachahmung hat dieselbe in der Schweiz bis jetzt nicht gefunden. Im Gegentheil haben gerade die Erfahrungen, die man in Bern mit diesem Versicherungsweig machte, zu dem Grundsatze geführt, die Arbeitslosen-Versicherung auf Grundlage des Obligatoriums durchzuführen. Die Stadt St. Gallen hat eine solche Versicherung eingeführt und wird es sich diesen Wägen zeigen, mit welchem Erfolge sie arbeitet. Der Kanton Baselstadt hat's glücklich zu einem Gesetzesentwurf über die Arbeitslosen-Versicherung gebracht. Ob dieser Entwurf je Gesetz werde, ist höchst zweifelhaft. In der Stadt Zürich, bezw. im städtischen Parlament hat dieselbe Frage schon ertliche Redesalachten veranlaßt. Zur Stunde brütet der städtische Statistiker über einem Entwurf, während die öffentliche Diskussion sich schon längst wieder mit brennenderen Tagesfragen abgiebt. In Lausanne und Genf ist dieser Gegenstand auch in der Schwebe, doch scheint die Frage über den Sommer dort etwas eingeleuchtet zu sein.

Da erscheint zur guten Stunde ein neuer Klepper, der das Nöthlein der Arbeitslosen-Versicherung in seinem lahmen Gang ablösen soll. Individueller Sparzwang ist sein Name. Der ihn an der Leine führt, heißt Georg Schanz\*, welcher sich die Rettung von dem Geipenst der Arbeitslosigkeit für Deutschland ungefähr folgendermaßen vorstellt:

Die gesammte frankensicherungsrechtliche Bevölkerung wird behufs Unterhalts im Falle der Arbeitslosigkeit einem Sparzwang unterworfen. In diesem Zwecke hat der Arbeitgeber gleichzeitig mit den Krankenkassenbeiträgen für jede versicherungspflichtige Person pro Woche 30 Pf. — bei gewissen durch die Arbeitslosigkeit stärker gefährdeten Arbeiterklassen 10 pCt. des bedingenen Lohnes — zu entrichten. Davon entfallen auf den Arbeiter 20 Pf. und auf den Arbeitgeber wöchentlich 10 Pf. bezw. 10 pCt., während Gemeinden und Staat die mit dem Sparzwang verbundenen Kosten zu tragen haben. Die durch die Zwangsbeiträge entfallenden Einlagen werden vom Schluß des Geschäftsjahres an mit 3 pCt. verzinst. Das Guthaben bleibt bis zum Betrage von 100 M. gespart und kann über dasselbe erst im Falle der Arbeitslosigkeit verfügt werden, bei welcher der Arbeiter am fünften Tage seine Sparkasse von der Krankenkasse zugestellt erhält, um bei der Sparkasse bis zur Erschöpfung seines Zwangsguthabens folgende wöchentliche Beträge zu beziehen: 5 M., wenn bei Beginn des Anspruchs das gesparte Guthaben weniger als 70 M., 7 M., wenn es 70—100 M., 8 M., wenn es 100 oder mehr Mark beträgt.

Dieser Vorschlag hat auf den ersten Blick sehr viel für sich. Eine große Anzahl der mit der obligatorischen Arbeitslosenversicherung verknüpften Mischlichkeiten würde von vornherein weggelassen. Bei Streiks z. B. wäre kein Grund, dem Arbeiter die ihm gebührenden Gelder vorzuenthalten, während für die Arbeitslosen-Versicherung das Verhalten in diesem Falle stets ein wunder Punkt bleiben muß. Zudem könnte sich der wegen des Vertrauensmoments so empfindliche Arbeitsnachweis ganz

entwickeln, während die Kontrolle auf ein Minimum beschränkt bliebe. In diesen Vorzügen gefehlt sich schließlich noch die sogenannte „alternative Leistung“ der Versicherung, welche den Arbeiter das Opfer, das ihm zugemuthet wird, weniger empfinden läßt, weil alles, was er aufbringt und was zugehoben wird, ihm gehört. Leider ist auch dieses Projekt nicht geeignet, dem Krebsübel der Arbeitslosigkeit gründlich beizukommen, wie bei näherem Zusehen leicht ersichtlich sein dürfte, weshalb wir kaum glauben, daß dasselbe je über sein papierenes Dasein hinauskommen werde.

Der Vorschlag krankt vor allem an einer riesigen Unterschätzung des Umfangs und der ökonomischen Folgen der Arbeitslosigkeit; denn nur so läßt es sich erklären, daß von der geringfügigkeit der auf diesem Wege auszubringenden Mittel irgend ein nachhaltiger Erfolg erwartet werden kann. Selbst wenn ein Arbeiter ein ganzes Jahr nicht arbeitslos geworden ist, stehen ihm doch bei dem geringsten Beitrag bloß 15,6 Mark zur Verfügung. Wie weit aber ein Arbeiter mit einer wöchentlichen Einnahme von 5 M. springen wird, dürfte sich jedermann ausmalen können. Gewiß wird niemand im Ernste daran glauben, daß durch diese lächerlich kleine Summe die mit der Arbeitslosigkeit verknüpften Gefahren des materiellen und moralischen Ruins vermindert werden könnten. Ja selbst unter der Voraussetzung, daß nicht immer die nämlichen Arbeiter stellenlos werden und bei einer sehr großen Zahl größere Pausen eintreten, bis es wieder zur Arbeitslosigkeit kommt, zumal, wenn der Antrieb, Arbeit zu bekommen, wach erhalten wird, muß die Leistung dieses Sparzwangs sehr gering erscheinen; denn auch 5 M. pro Woche sind für eine Haushaltung zu wenig, um zu leben, und zu viel, um zu sterben.

Andererseits ist die Beitragspflicht der Arbeiter neben den übrigen für Versicherungszwecke anzubringenden Mitteln doch eine ziemlich drückende, und geht es in sehr vielen Fällen kaum an, das Arbeiterbudget noch mehr zu belasten. Ist es der heutigen Gesellschaft wirklich ernst mit ihren Heilmitteln wider die Arbeitslosigkeit, so wird sich dieselbe zu weitläufigeren Opfern entschließen müssen und sich nicht bloß auf die Tragung der Verwaltungskosten durch Staat und Gemeinden beschränken dürfen. In dieser Beziehung hätte sich Schanz die Verhältnisse in der Schweiz zum Vorbilde nehmen dürfen, wo z. B. das Gesetz im Kanton St. Gallen jährliche Zuschüsse der politischen Gemeinden voraussetzt, welche jedoch in der Regel nicht mehr als 2 Franken jährlich für jedes Verbandmitglied betragen sollen, die Verwaltungskosten, welche ohnehin von der Polizeikasse zu übernehmen sind, nicht mitgerechnet, während der Zuschuß in Basel neben den Verwaltungskosten circa 25 000 Franken betragen soll.

In der vorliegenden Gestalt erscheint darum auch der Vorschlag von Schanz bloß als ein Versuch, dem Pudel den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, ein Geschäft, das immer mehr an Zugkraft verliert.

## Gewerkschaftliches.

### Der Stand des Streiks in der Kammgarn-Spinnerei

Der Stand des Streiks in der Kammgarn-Spinnerei Laederich u. Co. zu Mülhausen i. G. ist unverändert. Zahl der Ausständigen 300, darunter 56 Beirathende mit 212 Kindern. Die Unterhaltungen fließen langsam. Montag und Dienstag haben mit der Fabrikleitung Unterhandlungen stattgefunden, welche an der Weigerung des Fabrikanten, einen Minimallohn zu fixiren, scheiterten. Der Geist unter den Streikenden ist fortwährend gut, sollte es jedoch mit dem Eingehen von Unterstützungsgeldern nicht besser werden, so müßte mit der Möglichkeit eines plötzlichen Umsturzes gerechnet werden. Eine Niederlage der Arbeiter wäre bei dem Interesse und der Solidarität, welche das gesammte Fabrikantenkum belundet, für die Arbeiterklasse des ganzen Ober-Elsas von den schlimmsten Folgen. Unternehmer und Polizei gehen Hand in Hand; eine am Mittwoch Abend angesetzte öffentliche Textilarbeiter-Versammlung ist durch Verfügung des Bezirkspräsidenten des Ober-Elsas auf unbestimmte Zeit „verlagt“ worden. Dadurch soll die Einnützigkeit der Arbeiterklasse gebrochen werden. Um so dringender ist Hilfe von auswärts nöthig! — Unterstützungen nimmt entgegen: Der Vertrauensmann des deutschen Textilarbeiter-Verbandes J. V. Blin, Expedition des „Volksfreund“, Schulgasse 2, zu Mülhausen i. G.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in der letzten Nummer ihres „Korrespondenzblattes“ statistische Zusammenstellungen über die Streiks in Deutschland, sie beklagt bei dieser Gelegenheit, daß das ihr zur Verfügung stehende Material durch Schuld der Streikkommissionen noch immer ein lückenhaftes sei. Wir theilen heute aus der interessanten Publikation das folgende mit:

Jahr	Anzahl der Gewerbe, in denen Streiks vorfallen	Anzahl der Streiks	Zahl der beteiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesammt-Ausgabe
1890—91	27	226	38 536	1 348	2 094 922
1892	21	73	3 022	507	81 638
1893	26	116	9 356	568	172 001
1894	27	131	7 328	679	354 297
		546	58 242	3 902	2 705 858

Jahr	Abwehrstreiks			Resultat			
	Anzahl der Streiks	Zahl der beteiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesammt-Ausgabe	Erfolgreich	Teilweils erfolgreich	Erfolglos
1890—91	79	3 159	509	265 632	13	50	25
1892	53	1 887	391	42 635	19	9	24
1893	79	3 126	389	106 413	33	14	30
1894	91	4 112	686	305 584	24	22	40
	302	14 264	1 975	719 684	89	75	119

Jahr	Angriffstreiks			Resultat			
	Anzahl der Streiks	Zahl der beteiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesammt-Ausgabe	Erfolgreich	Teilweils erfolgreich	Erfolglos
1890—91	147	33 397	843	1 825 300	54	59	30
1892	20	1 135	97	34 649	6	6	8
1893	37	4 962	151	44 991	18	11	8
1894	38	5 035	188	77 364	12	15	11
	242	42 529	1 279	1 982 294	90	91	57

In dem letzten Jahrgang sind 546 Kämpfe zu verzeichnen, an denen 58 242 Personen beteiligt waren und die der Arbeiterklasse eine Ausgabe von 2 705 858 M. verursachten. Soweit unsere Kenntniß reicht, lassen sich diese Zahlen noch ergänzen. Von den Ausständigen der Former, Glasarbeiter, Glacéhandschuhmacher, Schuhmacher, Tabakarbeiter und Textilarbeiter haben wir für einzelne Jahre keine genauen Berichte, doch dürfte sich die Zahl der Streikenden, wenn wir diese Gewerbe hinzurechnen, um ca. 6000 und die Ausgabe um ca. 900 000 M. erhöhen, so daß die Ausgaben für Streiks in den letzten fünf Jahren auf ca. 3 600 000 M. zu veranschlagen sind. Gewiß ein erhebendes Bild von Opfermuth und Solidaritätsgefühl der Arbeiterklasse.

Vergleichen wir aber die Angaben über die Abwehrstreiks und Angriffstreiks mit einander, so finden wir, daß 1890—91 die Angriffstreiks überwiegen und auch der Erfolg oder theilweise Erfolg größtentheils auf Seiten der Arbeiter war. In den folgenden drei Jahren überwiegen die Abwehrstreiks und auch bei diesen sind die erfolglosen vorherrschend. Ueberhaupt zeigt sich, daß bei allen Abwehrstreiks weit geringere Erfolge zu verzeichnen sind, als bei den Angriffstreiks. Es ist dies dadurch erklärlich, daß die Arbeiter oder Arbeitgeber stets dann zu einem Kampfe geneigt sein werden, wenn sie sich stark und mächtig fühlen. In den letzten beiden Jahren steigt wohl die Zahl der Angriffstreiks und auch deren Erfolg, aber auch die Zahl der Abwehrstreiks vermehrt sich und mehr noch die Zahl der Fälle, in denen diese erfolglos waren. Es ist das ein Zeichen dafür, daß die Gewerkschaften beginnen, eine größere Widerstandskraft zu erlangen, denn auch zu einem Abwehrstreik wird nur geschritten, wenn man glaubt, stark genug zu sein.

Es müßten allerdings, um die Sache eingehend beurtheilen zu können, in jedem einzelnen Falle die Ursachen der Niederlage festgestellt werden, doch bietet auch die Zusammenstellung der einzelnen Zahlen eine Fülle des Stoffes zur Beurtheilung der Situation. Von Jahr zu Jahr wird diese Zusammenstellung größeres Interesse verdienen und den Mitgliedern der Gewerkschaften eine große Menge von Anregungen bieten. Dies allein sollte für die mit der Leitung der Verbände betrauten Personen ausreichend sein, sich zu beschäftigen, die Streikstatistik so vollkommen wie möglich zu gestalten.

## Verfammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 2. Reichstags-Wahlkreis hielt am 24. September eine Versammlung im „Königshof“ ab, für welche der Abg. Wurm ein Referat über die wirtschaftliche Rolle der Börse“ zugestagt hatte. Da Wurm verhindert war zu kommen und die zu frühe Mittheilung dieses Umstandes es dem Vorstand nicht ermöglichte, für das genannte Thema einen anderen Referenten zu finden, so übernahm es der Vorsitzende, Genosse Antrid, die „Währungs-

\* Zur Frage der Arbeitslosen-Versicherung. Untersuchungen von Dr. Georg Schanz, Professor der Nationalökonomie. Bamberg, C. C. Buchner Verlag, Rudolf Koch, 1895.

frage und ihre Bedeutung für die Arbeiter" in einem Vortrage zu behandeln. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine recht interessante Auseinandersetzung zwischen einem Vertreter des mehr demokratischen Freisinn, Herrn Dr. Verstein, und den Genossen Gabriel, Hammacher und Nutria. Verstein bestritt u. a. ein gemeinschaftliches Vorgehen der Sozialdemokratie und der arbeitenden Bürgerschaft (soll heißen: der Liberalen) gegen die speziell durch das Junkertum vertretene Reaktion. Er fand für diesen Vorschlag keine Gegenliebe bei den übrigen Rednern; von allen, besonders von Nutria wurde nachgewiesen, daß der Vorschlag sowohl prinzipiell wie auch aus tatsächlichen Rücksichten unannehmbar sei.

Der Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis hielt am 24. September zwei Versammlungen ab. Die Versammlung im Osten (Siebig's Salon) war als öffentliche angekündigt und hatten demzufolge auch Frauen Zutritt. Genosse Singer sprach über die gegenwärtige politische Situation, hierbei besonders die Sozialisten-Hag und die sonstigen Ereignisse der letzten Tage in den Kreis seiner Betrachtungen ziehend. Dem Vortragenden wurde reichlich Beifall gezollt und von einer Diskussion Abstand genommen. Ein Reporter für bürgerliche Zeitungen (Hirschfeld) stellte an den Redner den naive Frage: ob er genau wisse (??), daß Vaurath Schwedten der Veranstalter der bekannten "Kameel-Zeitung" sei? Singer beantwortete die Frage unter stürmischer Heiterkeit der Versammlung dahin, daß er dies auch nur in Zeitungen gelesen habe; der neugierige Reporter war abgelehnt. — Ueber die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei zur "Impffrage" interpelliert, erklärte Genosse Singer, daß die Lösung dieser Frage nicht Sache der Partei sei, sondern der vernunftgemäßen Entscheidung der Eltern überlassen bleiben müsse, daher habe auch eine Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter im Reichstags einen Antrag auf Aufhebung des Impfzwanges gestellt. — Nach Aufforderung zur fleißigen Sammlung für die Opfer des Essener Prozesses erfolgte Schluß mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie.

Im Vereinshaus "Süd-Ost", wo die Frauen auf Verlangen des Polizeikommandanten den Saal verlassen mußten, behandelte Genosse Wagner das Thema: "Die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Volksschule". Der Redner legte seinem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage die Erläuterungen des Schulrats Schulz in Aachen zu dem zu diesem Zweck erlassenen "Rezept des Kultusministers vom 18. Oktober 1890" zu Grunde und suchte nachzuweisen, daß selbst mit Hilfe der einseitigen Belehrung der Schulkinder der Sozialdemokratie dennoch nicht der Nährboden abgetragen werden könne, da die wirtschaftlichen Verhältnisse, in die nach Verlassen der Schule das Kind tritt, diesem sehr bald den einschlagenden Weg weisen. — In der Diskussion wurde von mehreren Rednern getadelt, daß die Kinder notorischer Sozialdemokraten zur Teilnahme an den Sedanfeiern, wie Spalierbildern etc., von den Lehrern gezwungen worden sind. — Bei Vereinsangelegenheiten" wurde von Böker angefragt, welche Stellung der Verein gegenüber den Gastwirth und Saalbesitzern einnimmt, welche am Sedantage illuminiert haben? — Nach kurzer Debatte wurde die Angelegenheit zwecks gründlicher Untersuchung der gemeldeten Fälle dem Vorstand übertragen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis veranstaltete am 24. d. M. für Moabit und für die Schönhauser Vorstadt je eine Abtheilungs-Versammlung. In Moabit hielt Genosse Dr. Pinu einen beifällig aufgenommenen Vortrag über Ursachen und Folgen des Nationalitätenhasses. Im Laufe seiner Ausführungen bemerkte der Redner, daß Auer's Antwort auf das Geschrei der Gegner wegen des Nichtmitmachens der Sedanfeier ihn nicht befriedigt habe, da Auer nicht bestimmt erklärt habe, ob die Sozialdemokraten national oder nichtnational seien. Auer habe in seiner Rede durchblicken lassen, daß man beides sein könne. Auch hielt der Vortragende es nicht für richtig, zu sagen: "Wir hätten das Fest mitgefeiert, wenn es am Tage des Friedenschlusses begangen worden wäre" (Wer hat denn das gesagt? Red. des "Vorw."), denn auch dieser Satz sei nur eine Folge des von uns verabsäumten Krieges. In der folgenden Diskussion vertheidigte Herr Ermisch die diesbezüglichen Auer'schen Ausführungen und war der Meinung, daß der Referent dieselben in den besagten Punkten jedenfalls falsch verstanden habe. Er (Redner) habe die Auer'sche Rede gelesen, aber darin nichts von Nationalitätengefühl zu entdecken vermocht. Das Studium der betreffenden Broschüre wurde den Parteigenossen angelegentlich empfohlen, um selber prüfen zu können, wie Auer seine Darlegungen verstanden wissen wolle. Klage geführt wurde noch über zu schwache Theilnahme bei der letzten Flugblattvertheilung, und mit einem Appell an alle Parteigenossen, jederzeit ihre Schuldigkeit zu thun, die Versammlung sodann geschlossen.

In der Versammlung für die Schönhauser Vorstadt sprach Genosse Thierbach über unsere Gegner und unser Programm und nahm Gelegenheit, einige Punkte des zweiten Theiles desselben in kurzen Zügen zu erläutern. Dem Vortrage folgte eine animirte Diskussion, in welcher verschiedene Genossen, der gegebenen Anregung folgend, ihre Meinungen bekundeten und auch der Artikel des Pastor Nau in der "Sozialen Praxis" Berücksichtigung und Würdigung fand.

Dem Wunsche eines Genossen Rechnung tragend, brachte Kiesel auch zwei Artikel der "Staatsbürger-Zeitung", die sich mit dem Direktor Ahrend vom Münchener Brauhaus beschäftigen, zur Kenntniß der Versammlung. Diefelbe gelangte zu der Ueberzeugung, daß diese Angelegenheit den Wahlverein als solchen nicht berühre, daß dieselbe vielmehr vor das Forum einer öffentlichen Volksversammlung gehöre. Lebhafteste Auseinandersetzungen veranlaßte auch die Anfrage des Genossen Gutmann nach dem Stande der Angelegenheit betreffs seines vor einem halben Jahre dem Vorstände überreichten Memorandums, welches Reformvorschläge für den Wahlverein enthält. Kiesel versicherte, daß der Vorstand das Memorandum bereits in Berathung genommen habe, aber wegen Ueberbürdung mit Arbeit, namentlich aus der Schönhauser Vorstadt, noch nicht weit mit der Berathung gekommen sei. Es würde sich empfehlen, diese Sache einer besonderen Kommission zu überweisen. Gutmann erklärte sich hiermit einverstanden und wird diese Sache in der nächsten Generalversammlung geregelt werden. Auch hier wurde Klage geführt über zu schwache Theilnahme an der Flugblattvertheilung und die Versammlung mit einem entsprechenden Appell an die Parteigenossen geschlossen.

Bei den Gold- und Silberarbeitern referirte in der letzten Versammlung Genosse Faber über das Thema: Die augenblickliche Lage unseres Gewerks und ist dieselbe einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit und besseren Bezahlung der Uebersunden günstig? Der Redner bejahte diese Frage und zwar mit Rücksicht auf die Thatsache, daß infolge der nächstjährigen Gewerbe-Ausstellung jetzt schon vermehrte Arbeitslosigkeit vorhanden und Arbeitslosigkeit fast nicht zu verzeichnen ist. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 9 und 11 Stunden und darüber. Allgemeines Erckommen rief die Mittheilung hervor, daß von einem Kollegen bei der Firma Hülse in einem Monat 200 Ueberstunden (H) gemacht sind. — Die Diskussion dreht sich um die Frage, ob eine Verkürzung solcher Ueberstunden dringend nöthig sei. Bis auf einen Redner, der sich für eine Bewegung im nächsten Jahre aussprach, waren alle einig, daß noch in diesem Herbst etwas gethan werden müsse. Man wählte eine Kommission von neun Personen, in der alle Branchen vertreten sind, welche bestimmte Vorschläge einer demnächst einzuberufenden Versammlung zu machen hat. Die Anwesenden wurden in einer Resolution verpflichtet, diese Kommission nach jeder Richtung hin zu unterstützen.

**Hilfsberufsmittler.** Ordentliche Mitgliederversammlung der Freien Vereinigung der Hilfsberufsmittler Berlins und Umgebung am 16. September bei Genossen Neumann, Pasewalkstr. 8. Ausgenommen wurden die Kollegen Nachtigall, Lindemann, Panten und Grundmann. Der Geschäftsvorsteher erstattete seinen Bericht über das letzte Quartal und wurde, nachdem ihm Decharge erteilt war, wiedergewählt. Der Kollege Wollenberg wurde als zweiter und Maabe als dritter Schriftführer gewählt. — Der Kollege Franz Woller, welcher sich zu wiederholten Malen gegen die Tendenz unseres Vereins vergangen hat, wird, da er trotz Einladung zur heutigen Versammlung unentschuldig ausgeblieben, ohne weiteres ausgeschlossen. Zur Unterstützung des Streits der Vergolder werden 20 Mark aus der Vereinskasse bewilligt. Außerdem wurden 15 Mark Darlehn dem Kollegen Neubert gewährt. Kollege Blauschelsky fordert die Kollegen auf, sich an den Proben zu den Abonnement-Konzerten recht zahlreich zu betheiligen. Außerdem wurde noch eine Matinee in Aussicht genommen, deren Reinertrag den Opfern des Essener Prozesses überwiesen werden soll.

**Maurer.** Eine ordentliche Mitgliederversammlung der Lokalarbeiter-Maurer tagte am 18. September bei Wille, Andrastr. 26. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 527,10 M. und eine Ausgabe von 264,60 M. und einen Bestand von 59,70 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Im Gewerkschaftlichen wurden die von uns schon eingehend behandelten Verhältnisse beim Bau der Kaserne auf dem Tempelhofer Feld eingehend kritisiert, besonders schwer wurde getadelt, daß bei einem Staatsbau, der aus Steingeldern errichtet wird, derartige Zustände von maßgebender Seite nicht geändert werden. Der Anlaß wurde wahrgenommen, alle Maurer zum Beitritte zur Organisation aufzufordern.

**Maurer.** Eine Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zahlstelle II Berlin, tagte am Sonntag, den 22. September, bei Cohn, Weuthstr. 22. Kollege Dähne machte die Versammlung auf die letzte öffentliche Pöbelversammlung und die dort gefasste Resolution aufmerksam und forderte die Kollegen auf, sich mit den Pöbeln solidarisch zu erklären, dort nicht weiter zu arbeiten, wo die Pöbel aufhörten. Auch ermahnte er alle Kollegen, die auf Pöbeln arbeiten, wo Pöbel sind und die noch für die alten Bedingungen arbeiten, diesen erklärlich zu machen, daß ihre organisierten Kollegen andere Forderungen aufgestellt hätten. Der Bevollmächtigte versprach im Namen der Versammlung, alles daran zu setzen, was in ihren Kräfte steht, damit auch die Pöbel zu einem Siege gelangen. Ferner wurden eine Reihe Mißstände auf den Bauten erörtert; so gab ein Kollege bekannt, daß die Kollegen in Friedrichsberg auf einem Bau die Arbeit wegen allzu niedrigen Lohn niedergelegt hatten, aber ein Kollege, der der Lokalarbeiterorganisation angehört, habe sich nicht gefeiert, die Arbeit dort unter den alten Bedingungen aufzunehmen. Ein anderer Kollege erzählte, daß ein Kollege vor dem Stralauer Thor auf einem Bau Ohrfeigen von dem zweiten Polier erhalten habe, weil derselbe geglaubt habe, er schließt bei der Arbeit. Ferner theilt ein Kollege mit, daß er in Steglitz auf einem Bau gearbeitet habe, wo Material verarbeitet werden sollte, wie er es in seinem Leben noch gar nicht gesehen hätte; die Steine seien gar nicht mehr Steine zu nennen und der Kalk sei der reine Lehm. Auf alles dieses erwiderte der Bevollmächtigte, daß das alles Zustände seien, wie sie hier in Berlin nicht anders sein könnten; denn solange der große Indifferenzismus und die Herrschenheit und die Verküpfung unter den Berliner Maurern existire, sei an bessere Verhältnisse nicht zu denken; er richtete daher die Mahnung an alle Kollegen, erst einmal fleißig für den Zentralverband zu agitieren, damit sich alle Kollegen der Organisation anschließen; dann seien wir auch im Stande, den Unternehmern einen Damm entgegenzusetzen. Ferner theilt der Kollege Karl Panzer der Versammlung noch mit, daß die Delegirten der Gewerkschaftskommission, die Vertreter von zentralisierten Gewerkschaften sind, eine Subkommission gegründet hätten; er stellte daher den Antrag, dieselbe auch durch einen Delegirten und einen Stellvertreter zu beschicken. Die Versammlung stimmte dem zu und wählte als Delegirten den Kollegen Hempel, der zugleich auch Vertreter in der Gewerkschaftskommission ist, und als dessen Stellvertreter den Kollegen Karl Panzer. Zum Schluß machte der Bevollmächtigte die Versammlung darauf aufmerksam, sich fleißig an den öffentlichen Sammlungen zu betheiligen. Listen seien bei dem Kassierer W. Woganz, Holzstr. 14, und bei allen Hilfskassirern zu haben.

**Zimmerer.** In Cohn's Festsälen hielt am Sonntag, den 22. September der Verein der Zimmerer eine Mitgliederversammlung ab. Zunächst bewilligte die Versammlung einem schon längere Zeit erkrankten Kameraden 20 M. aus dem Uebereschuß vom Stiftungsfest; auch der Ertrag der Vellerversammlung, 13,25 M., wurde ihm überwiesen. Hieran erörterte Kamerad Obst den Streit der Vergolder und fordert für dieselben eine Unterstützung. Die Versammlung bewilligt denselben 100 M. Nunmehr referirte Genosse Heinrich Schulz über die häusliche Erziehung in heutigen Klassenstaat. Durch seine interessante Vortragweise wußte er das Interesse seiner Zuhörer rege zu erhalten und erteilte daher am Schluß reichlich Beifall. In der einen Fragen, die der Referent in seinem Schlußwort erließ, fand keine Diskussion statt. Im "Gewerkschaftlichen" fordert Kamerad Dummer die wohnungswechsellenden Mitglieder auf, ihre Adresse umgehend mitzuthemen, damit zur Generalversammlung jeder seine Abrechnung in Händen hat. Zum Schluß giebt Kamerad Hoff bekannt: Bei der Bilderverloosung auf dem Stiftungsfest hat das Loos 086 ein Bild gewonnen; dasselbe kann beim Vergütungskomitee gegen Vorzugung des Looses abgeholt werden.

**Die Kommission der Tabakarbeiter** erstattete in der am 22. d. M. stattgehabten öffentlichen Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen bei Grindel Bericht über ihre bisherige Thätigkeit. Die Kommission ist am 16. September v. J. gewählt worden zu dem Zwecke, die Agitation gegen die Steuerpläne der Regierung zu betreiben. Wie Butry berichtet, hat die aus 15 Mitgliedern zusammengesetzte Kommission 26 Plenar-sitzungen und eine Reihe von Abtheilungs-sitzungen abgehalten. Die Kommission habe mit großer Schwierigkeit zu kämpfen gehabt, insbesondere mit einem fühlbaren Referentenmangel, mit einem bedauerlichen Geldmangel und einer gewissen Unzufriedenheit der Kollegen. Wenn trotzdem ein zufriedenstellendes Resultat erzielt und die Steuerpläne der Regierung abgelehnt worden sei, so spreche das für die Thätigkeit der Kommission, welche weite Volkskreise gegen die Steuerpläne der Regierung zu interessieren gewußt habe. Die Versammlung erklärte sich mit der Thätigkeit der Kommission einverstanden.

Es erstatteten hierauf die Delegirten zu der am 8. Sept. d. J. in Erfurt stattgehabten Konferenz der Tabakarbeiter Deutschlands, Dechant und Börner, Bericht über diese. Nach den Darlegungen der beiden Delegirten habe sich ergeben, daß die Provinzial-Kommissionen theilweise ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren. Zur besseren Vorbereitung eines etwa wieder notwendig werdenden Kampfes gegen neue Steuerpläne der Regierung sollte die Erfurter Konferenz geeignete Beschlüsse fassen. So wurde beschlossen, Deutschland in 20 Bezirke einzutheilen. Auch wurden folgende Anträge angenommen:

1. Jede Provinzial-Kommission ist verpflichtet, den von ihr zu überwachenden Bezirken in Versammlungs-Bezirk einzutheilen und mit jedem dieser Versammlungsbezirke derart Verbindungen anzuknüpfen, daß jederzeit das Abhalten von öffentlichen Versammlungen ermöglicht wird;
2. die in Erfurt tagende Konferenz von Delegirten deutscher Tabakarbeiter erachtet es als eine unabweisbare Pflicht aller Kollegen, die auf dieser Konferenz geschaffene Organisation

zur Abwehr etwaiger neuer Steuerpläne der Regierung in ausgiebiger Weise mit Geldmitteln zu unterstützen. Insbesondere sind Wünsche und Anordnungen der betreffenden Provinzial-Kommissionen pflichtgemäß zu beachten, da dies zur korrekten Durchführung der gefassten Beschlüsse unbedingt erforderlich ist.

Die Nothwendigkeit des Abhaltens besagter Konferenz wurde mit dem Hinweis auf die schon wieder auftauchenden Steuerpläne der Regierung dargelegt. Die ersten beiden Steuerpläne der Regierung zu Folge zu bringen, sei nur dadurch möglich gewesen, daß man breite Massen des Volkes gegen dieselben mobil gemacht habe. Man müsse gewärtig sein, daß die Regierung dies in Zukunft nach Möglichkeit zu verhindern trachten werde. Mit dieser Möglichkeit müsse man rechnen und die zu wählende Berliner Kommission, welcher wiederum die Zentralleitung sowie die Provinzen Brandenburg, Preußen und Pommern übertragen seien, sei in jeder Beziehung thätigst zu unterstützen. Die Versammlung erklärte sich mit den gefassten Beschlüssen der Konferenz einverstanden und verpflichtete sich zur strengsten Durchführung derselben, sowie zur Organisation. Es wurden wiederum 15 Mitglieder in die Kommission mit dem Recht der Reopulation gewählt, und zwar: Dechant, Börner, Wutry, Sperber, Hinkel, Seibert, Rosenthal, Kiesel, Rehwisch, W. Schulz, Koske, Drescher, Schwarz und Kozel.

Die Sekreture (Zentrale III Berlin) hielten am 22. d. M. eine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende bedauerte sehr, daß die Versammlung nur mäßig besucht sei und machte jedes einzelne Mitglied ganz besonders darauf aufmerksam, darnach hinzustreben, daß das Interesse für den Verein mehr angepöbelt werde, denn wenn es so weiter gehe, könne es noch dazu kommen, daß das Erzeugene leicht wieder verloren gehen könnte. Der Bericht der Kommission über die beiden Vergütungen wurde, nachdem eine längere Diskussion darüber stattgefunden, auf Antrag des Kollegen Michaelis bis zum 26. d. Mts., wo dieselbe bei einer Vorstandssitzung bei Venz erledigt werden wird, vertagt. Ferner wurde beschlossen, daß am 28. November et. das diesjährige Stiftungsfest im Englischen Garten stattfinden soll; dazu wurde ein Vergütungskomitee von 8 Mitgliedern gewählt und wurde demselben das Arrangement anheimgegeben. Schließlich wurde auf Antrag des Kollegen Becker das frühere Mitglied Karl Stod wieder in den Verein aufgenommen.

Der Arbeiter-Maucherbund Berlins und der Umgebung hielt seine letzte Sitzung in Gorn's Restaurant, Kleine Markstr. 10, ab. Der Bund zählte bis zum 20. Klubs, aufgenommen wurden an diesem Abend noch zwei Klubs. Die Kasseneinnahme ergab mit Uebertragung der Ausgaben einen Bestand von 69,05 M. Zum Delegirtenlokal wurde das Lokal bei Wille, Andrastr. 26, bestimmt. Der Schriftführer wurde beauftragt, acht Tage vor der Sitzung eine Annonce im "Vorwärts" einrichten zu lassen. Ein Schreiben des Herrn Rosenhain war eingelaufen, worin er sich in bezug auf seine Maucherzeitung vertheidigte, auch daß derselbe um eine mündliche Rücksprache, dieselbe wurde jedoch abgelehnt. Betreffs der Essener Verurtheilung wurde eine Sammlung angeregt, doch wurde dieselbe noch für einige Wochen vertagt.

**Solzarbeiter.** Der deutsche Solzarbeiter-Verband, Zahlstelle Berlin, Bezirk Osten, hielt in Nies's kleinem Saale am 22. d. M. eine Versammlung ab. Nach einem interessanten Vortrage des Herrn Dr. Jöchl über: "Der Kampf um Döseln", wurde Kollege Schamberg als Kammmacher in die Kontroll-Kommission gewählt. Hieran referirte Kollege Loge über den Streit der Bürstenmacher. Er schloß mit der Aufforderung, für die Streikenden eifrig zu sammeln und sich von ihm hierzu Listen abzuholen. Auch Kollege Krüger trat warm für die Streikenden ein. Kollege Wörner wundert sich, daß die Listen schon heute zur Ausgabe gelangen, da doch erst am Montag der Streik begann. Die Ortsverwaltung habe kein Recht, ohne Befehl der Generalversammlung über die Höhe der Kollegen eigenmächtig zu handeln. Gegen die Ausgabe der Listen wandten sich die Kollegen Klinger, Stieris, Siebert und Landke. Des Weiteren wurde auf die am Mittwoch stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht, welche in der Hoffsource in der Kommandantenstraße stattfinden. Die Tagesordnung derselben gab Kollege Engmann bekannt. Kollege Siebert erklärte sich gegen das Weiterbestehen des Verbandes in seiner jetzigen Form. Des Weiteren vermach er die Ertragssteuer gänzlich. In demselben Sinne äußerten sich die Kollegen Klinger und Vogelgesang. Ueber diesen Punkt sprachen noch die Kollegen Reck, Rosenhain und Rebusch. Kollege Krüger hält das Weiterbestehen des Verbandes für notwendig, obgleich ihm vieles auch nicht gefalle. Nachdem die Kollegen Klinger und Siebert sich energisch gegen die Ansichten des Kollegen Krüger wandten, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Die Klempner hielten am 22. September eine öffentliche Versammlung ab. Nachdem der bisherige Vertrauensmann Köhler über seine Thätigkeit berichtet hatte, wurde Zlins zum Vertrauensmann gewählt. Darauf trat man in die Erörterung der Frage ein, ob es möglich sei, im Klempnergewerbe die neunstündige Arbeitszeit einzuführen. Litfin, welcher referirte, war der Meinung, daß die Frage momentan zu verneinen sei. Die Gleichgiltigkeit der Masse der Klempner, besonders der Organisation gegenüber wäre zur Zeit viel zu groß. Die nächste Aufgabe der Klassenbewußten und organisierten Berufsgegenossen müsse sein, die infolge der Ausstellungsarbeiten sich bereits bemerkbar machende Hebung der Geschäftslage zu gunsten der Organisation durch Agitation auszunutzen, damit im geeigneten Moment die gewünschte Verbesserung der Arbeitsbedingungen gefordert werden könne. Redner warnt davor, den Streit um die beste Organisationsform wieder aufzuwärmen; die Hauptsache wäre, daß sich die Kollegen überhaupt organisiren. Dem Referat, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, folgte eine animirte Debatte. Es wurde die Abhaltung von Werkstube-Versammlungen angeregt, die sich mit dem neunstündigen Arbeitstag befassen sollen. Ein Antrag, dem Vertrauensmann eine Agitationskommission beizugeben, wurde unter Hinweis auf die vorhandenen Werkstube-Vertrauensleute bekämpft; der Antragsteller zog ihn schließlich zurück. Im "Verständigen" wurden die Arbeitsverhältnisse bei der Postfirma Nitrich besprochen. Da ein Klempner derselben einige, über die traurigen Lohnverhältnisse gemachte Angaben befristet, beschloß die Versammlung, den Vertrauensmann zu beauftragen, die Kollegen der genannten Firma zu einer Werkstube-Versammlung zusammenzurufen.

Die Metallschleifer hielten am 23. d. M. eine öffentliche, von etwa 60 Personen besuchte Versammlung ab, um gegen diejenige Schleifermeister Stellung zu nehmen, welche für Firmen arbeiten, bei denen gestreift wird. Die Diskussion hierüber wurde verknüpft mit der über den Vortrag des Herrn Wiese: "Konsum- und Produktgenossenschaften." Von einigen Rednern wurde die gänzliche Beseitigung des Zwischenmeister-systems als das zunächst zu erstrebende Ziel hingestellt und zu diesem Zweck die Gründung einer "Genossenschaft-Schleiferi" befürwortet, auch zum Beitritt zur Konsum-Genossenschaft "Besteigung", welche Kottbusserstr. 11 ihre erste Verkaufshalle eröffnet habe, wurde aufgefordert. Näther und andere Redner bestritten, daß durch dergleichen Gründungen für die Arbeiter etwas Erpreisliches herauskomme. Beschlüsse wurden nicht gefaßt; die Diskussion dauerte bis nach Mitternacht. — Wieder ausgebrochene Differenzen bei der Firma Gehrs u. Komp. zu regeln, überließ die Versammlung den dort Beschäftigten.

Die Agitationskommission der Lakirer aller Branchen hatte am 23. d. M. eine öffentliche Versammlung veranstaltet, um sich über die Lohnforderungen für das nächste Frühjahr klar zu werden. An den mit Beifall und Interesse aufgenommenen Vortrag Paul Litfin's über die wirtschaftliche Umwälzung und die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung knüpfte

Autenhaus eine Schilderung der gegenwärtigen Situation im Bekleidungs- und Bekleidungsindustrie. Aus demselben ging hervor, daß die Lage der Bekleidungsindustrie seit dem letzten Streik sich bedeutend verschlechtert habe. Die Löhne seien bei beständiger Arbeitszeit bis auf 18 M. — wie von anderer Seite versichert wurde, sogar bis 15 M. — pro Woche heruntergegangen. Die Arbeitslosigkeit sei eine große. Schwindsucht und Bleichsucht raffen die Arbeiter dahin, die Krankenkasse wäre überlastet. Eine Verbesserung der Lage sei unbedingt erforderlich und die kommende Gewerbe-Ausstellung sei der geeignete Zeitpunkt hierzu. Die Versammelten waren durchaus derselben Meinung, nur gingen die Wünsche bezüglich der zu stellenden Forderungen auseinander. Schließlich einigte man sich auf folgende Hauptforderungen: 1. Neunständige Arbeitszeit. 2. Mindestlohn von 24 M. 3. Bezahlung der Ueberstunden mit 25 pCt. Lohnzuschlag. Die nächste öffentliche Versammlung wird sich noch eingehend mit dieser Frage beschäftigen.

**Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilbranche** waren vom Vertrauensmann für den 23. d. M. zusammenberufen, um den Beschluß der Konferenz, welche am 16. Juni in Berlin tagte, nämlich eine Agitationskommission für den Regierungsbezirk Potsdam zu wählen, zur Ausführung zu bringen. Es war dies um so dringender, als Guben, welches ebenfalls beauftragt worden ist, eine Agitationskommission zu wählen und zwar für den Bezirk Frankfurt a. O., wegen Mangel an Kräften diesem Beschlusse noch nicht nachkommen konnte und die Berliner Agitationskommission bis auf weiteres die ganze Agitation über übernehmen müssen. Nach Besichtigung mancher aufgelauchter Bedenken wurden Kocke, E. L. H. und Lehmann in die Agitationskommission gewählt. Darauf erstattete Vertrauensmann Lehmann Bericht über seine Tätigkeit, der besonders bemerkenswertes nicht bot. Die von ihm erzielten Einnahmen beliefen sich auf 52,10 M., denen 28 M. Ausgaben gegenüberstehen, so daß ein Bestand von 24,10 M. verblieb, zu welchem noch ein Anteilsschein der „Märkischen Volksstimme“ in Höhe von 10 M. hinzukommt. Gegen den Bericht wurden Einwendungen nicht erhoben. Die Neuwahl des Vertrauensmannes mußte vertagt werden, da sich niemand bereit finden ließ, dieses Amt zu übernehmen. Nachdem sodann Lehmann den Bericht der Gewerkschafts-Kommission gegeben, wurde Emil Müller in dieselbe delegiert. Zum Schluß wurden einige gewerkschaftliche Angelegenheiten unter Punkt „Verschiedenes“ erörtert.

**In der Versammlung der Lederarbeiter** (Parteiläufer), welche am 23. September im Rautenberg'schen Lokal stattfand, sprach Genosse Th. Meyer unter lebhaftem Beifall über die Notwendigkeit der Organisation. Die folgende Debatte erhielt durch das Eingreifen des Fabrikanten Heinemann ein heiteres Gepräge. Der Herr hielt sich nämlich für berufen, den Harmonieapostel zu spielen, was er mit großem Respekt vor sich selbst, aber sehr geringem Verständnis für das wirtschaftliche Leben unserer Zeit that. Unter anderem meinte er, kein „ordnungsmäßig und richtig denkender Arbeiter“ werde etwas gegen die Organisation der Arbeiter haben, wenn sie — die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu pflegen sich bemühen. Dann stellte Heinemann die Theorie auf, daß die Arbeiter durch die weniger leistungsfähigen Arbeitskräfte ausgenutzt würden. Ihm wurde von den übrigen Rednern und dem Referenten eine gründliche Abfertigung zu teil, die sich auch auf verschiedene Angelegenheiten erstreckte, welche sich das etwas exaltierte volkswirtschaftliche Genie zu schulden kommen ließ. Zum Beispiel hatte er es gelegentlich einer Belehrung durch den Genossen Meyer nicht unterlassen können, seinem bedrängten Herzen durch den Zwischenruf „Qualsch“ Luft zu machen. Die Verhandlung des dritten Punktes der Tagesordnung: „Die Zustände in der Heinemann'schen Fabrik“, erbrachte den Beweis, daß es mit der gerade von ihm selbst, auch schon in früheren Versammlungen, so sehr gerühmten Arbeiterfreundlichkeit des Harmoniemenschen Heinemann eigentlich Eßig ist. Konnte er doch nicht behaupten, ja mußte er zum Teil doch sogar zugeben, daß er einige seiner früheren Arbeiter mit groben Ausdrücken tituliert habe. Als wahr wurde von einem Ohrenzeugen verbürgt, daß er von den Arbeitern als „Deuten“ gesprochen, die werth seien, schlechter wie Zuchthäuser behandelt zu werden. In seiner Verteidigungsrede, einem Meisterstück der Demagogie, suchte Herr Heinemann aus seinen Anklagen, den Herren Dertel (ehemals Werkführer bei ihm), Knorr und Pietsch, Angeklagte zu machen. Nicht er hat sie drangsaliert, schlecht behandelt, ausgenutzt, sondern sie ihn. Das war der Sinn seiner Ausführungen. Die Antwort der betreffenden war eine bis ins kleinste detaillierte Darlegung der Sachlage, und wurde so überzeugend vorgetragen, daß sich der Versammlung eine namenlose Erregung gegen Heinemann bemächtigte, die den Vorstehenden zum Schließen der Versammlung zwang, als 9. nochmals reden wollte.

**Eine öffentliche Schneider- und Näherinnen-Versammlung** fand am 24. September in den Nixdorfer Viktoriasälen statt. Der Referent, Kollege J. A. D. er freiste kurz noch einmal die allen in dieser Branche genugsam bekannten Miß- und Uebelstände. Schlug als ersten Schritt zur Abhilfe solcher Zustände die Befreiung der Isoliertheit der Arbeiterinnen und Arbeiter vor, (durch Zusammenführen derselben in gemeinsame Arbeitsräume, in Betriebswerkstätten) und stellte im Anschluß hieran die am 6. Mai in allen Konfektionsorten Deutschlands angenommene Resolution zur Diskussion. In der recht regen Debatte, an der sich Stübbe, Pfeiffer, Frau Jeehel und noch einige Nixdorfer Genossen beteiligten, wurde die Annahme der Resolution befürwortet. Hierbei kamen recht bedeutliche Zwischenworte zur Sprache in bezug auf die Duplizierung der Innehaltung der gesetzlichen Feiertagezeit kontrollierenden Polizeibeamten; ferner wurde von Seiten der Frauen lebhaft Klage geführt über die Bevormundung durch ihre Männer, die, obgleich sie sich für aufgeklärt halten, ihnen hindernd in den Weg treten, sobald sie das Bedürfnis hegen, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen. Es wurden hiernach die Laufbahnen einiger Zwischenmeister auf der verhältnismäßig kurzen Strecke vom armenigen Wägler bis zum mehrere Wohnungen innehabenden Zwischenmeister nebst Umme für den Jungen, einer kräftigen Kritik unterzogen, wobei man nicht verabsäumte, der Lohnabstufung für die Arbeiter zu gedenken, die bei einem und demselben Meister von 2 M., 1,75 M. in kurzer Frist auf 90 Pf. pro Mantel angelangt ist. Hiernach stellte sich die Versammlung mit einer Ausnahme auf den Boden der Resolution vom 6. Mai. Der praktische Erfolg der Versammlung war der Beitritt einer Reihe von Kolleginnen zum deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verband.

**Die Schrauben- und Nagelhersteller** hielten im Henke'schen Saale in der Naunynstraße am 24. d. M. eine stark besuchte Versammlung ab, die sich mit der mißlichen Lage der Arbeiter im Beruf und einer Aenderung derselben durch eine Lohnbewegung beschäftigte. Der Referent Mäthel richtete die Aufmerksamkeit an die Anwesenden, die günstige Konjunktur auszunutzen und nach der Methode der Forme, die in dem jüngst beendeten Lohnkampf siegreich waren, die schlechtesten Verhältnisse zunächst vorzunehmen. Die Diskussion bewegte sich im ähnlichen Sinne; man beschloß die nachstehende Resolution: In allen Werkstätten sind Vertrauensmänner zu ernennen, welche sich mit dem Vertrauensmann der Schraubendreher in Verbindung zu setzen haben. Die Kollegen haben die Pflicht, mit aller Energie der Verschlechterung ihrer Lebenslage entgegen zu arbeiten. Der Vertrauensmann wird beauftragt, Fragebogen zur Erforschung der tatsächlichen Verhältnisse auszugeben; das Resultat ist einer demnächstigen Versammlung zur Verlesung und zur Unterbreitung. Es wurde weiter bekannt gegeben, daß die Morgenprache

regelmäßig im Restaurant W. Schmidt, Wrangeistraße, abgehalten wird.

**Eine vornehmlich von Frauen aufbesuchte Volksversammlung**, einberufen von der Genossin O. Gerndt, tagte am 25. September im Louisenstädtischen Konzerthaus. Zunächst erstattete die Genossin Lutz namens der feinerzeit gewählten Referentinnen Bericht über die Einnahmen und Ausgaben für die Errichtung des, der so tragisch aus dem Leben geschiedenen Genossin Wabnig gewidmeten Denkmals. Erstere betragen insgesamt 214,90 M., letztere würden bei Anrechnung des Arbeitslohnes 514,90 M. betragen haben. Da Genosse Meich auf denselben verzichtete, bleibt ein Defizit von 1,50 M., das die Versammlung aus der Telleransammlung zu decken beschloß. Nach einer kurzen, aber sehr lebhaften Auseinandersetzung über die Frage, ob nicht ein prunkloseres Denkmal wie das errichtete mehr im Sinne der Genossin Wabnig gewesen wäre, wurde in den 2. Punkt der Tagesordnung eingetreten: „Der Breslauer Parteitag und wie stellen sich die Frauen vor event. Wahl von Delegierten?“ Die Referentin, Genossin E. Jhrer, beklagt bitter, daß die Frauen diesmal gezwungen seien, sich in einer besonderen Versammlung mit dem Parteitag zu beschäftigen. Es scheine, meinte sie, als wolle man seitens der männlichen Parteigenossen die Frauen praktisch nicht mehr als gleichberechtigt anerkennen. In den Parteiversammlungen vor acht Tagen, zu denen auffälliger Weise nur die Parteigenossen öffentlich eingeladen seien, habe es der Stamm der männlichen Sozialdemokraten nicht über sich gewinnen können, auch nur eine Frau auf den Parteitag zu delegieren. In seiner Versammlung seien die Anträge der Redaktion der „Gleichheit“ und der Genossin Gerndt berührt worden. Ganz sonderbar wäre nun, daß im letzten Moment die Verhinderung einer Aussprache zwischen Genossen und Genossinnen hinsichtlich der Delegation von Frauen mit einem Mißverständnis entschuldigt werde, nachdem bereits sechs Wochen vorher seitens der Frauen die Anregung dazu gegeben worden. Es sei auch den Frauen der gute Rath gegeben worden, allein und unter sich zu arbeiten, es fehle nur noch der, eine eigene Partei zu gründen. Bei der praktischen Mitarbeit habe man die Gleichberechtigung der Frauen noch immer anerkannt, da aber, wo es sich um eine Vertretung handele, meine man, sie sei verstoßen. Rednerin verweist auf Urtheile im „Volksblatt“ und auf solche Bebel's über die Befähigung der Frauen an der proletarischen Bewegung und ihre Bedeutung für den dereinstigen Sieg derselben. Gerade die Vernichtung der Frauenorganisation und die Beeinträchtigung der Agitation durch die Auflösung der Agitationskommission hätte den Parteigenossen die Verpflichtung auferlegt, soviel wie möglich weibliche Delegierte auf den Parteitag zu senden. Sehr bedauerlich sei, daß dieselben dies nicht erkannt hätten. Unter Bezugnahme auf die Tagesordnung des Parteitages legte Rednerin dar, daß die Frauen ein ganz eminentes Interesse an den Verhandlungen desselben haben; sie beauftragte deshalb, von dem nun einmal durch das Statut gewährtesten Recht, in besonderen Frauen-Versammlungen Delegierten wählen zu dürfen, Gebrauch zu machen. Sie ging dann kurz auf die von Clara Zetkin und Ottilie Gerndt in der „Gleichheit“ veröffentlichten und von den Parteiblättern abgedruckten Anträge ein, deren spezielles Berücksichtigung sie den zu wählenden Delegierten empfahl. Ferner schlug sie vor, sich dem Antrage der Genossen des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises, betreffend die Vermehrung der Parteileitung durch zwei Beisitzer, anzuschließen und in Anbetracht daran den im 2. Kreis abgelehnten Antrag wieder anzunehmen, daß zwei Frauen in die Parteileitung hineingewählt werden. Auch für die Resolution der Breslauer Genossinnen und Genossen trat Rednerin ein, welche möglichst vielseitige Feststellungen über die unangesehene Zunahme der Frauenarbeit und über die für das kommende Geschlecht so verhängnisvolle Lage der Arbeiterinnen in den einzelnen Industriezweigen wünscht. Zwischen „vielseitige“ und „Feststellungen“ verlangt Rednerin jedoch das Wort „satirische“ eingefügt und außerdem den Zusatz: „Das gesammelte Material ist der Redaktion der „Gleichheit“ zu übermitteln.“ Genosse Kokošky giebt der Meinung Ausdruck, daß die Annahme eine irrtümliche sei, die Stellung der Parteigenossen habe bezüglich der Frauenfrage seit dem Zeitpunkt eine prinzipielle Aenderung erfahren, wo mehrere Frauen von ihnen zum Parteitag delegiert wurden. Die Frauen tragen selbst daran die Schuld, wenn die Berliner Genossen davon Abstand nahmen, ihnen Mandate anzuvertrauen. Niemand wisse, wen er als Vertreterin der Frauen zu betrachten habe: Soviel Parteienungen — soviel leidenschaftliche Wollämpfungen. Die Frauen müßten vorerst selbst dafür sorgen, daß sie unter sich ein geschlossenes, einiges Ganzes bilden. Ihre Gleichberechtigung mit den Männern wäre unbegreiflich. Genosse Hermann Greifenberg macht den Vorschlag, dadurch zu demonstrieren, daß man überhaupt von der Wahl von Delegierten Abstand nehme. Die Beschaffung des Parteitag durch Frauen erklärt er deshalb nicht für so dringend, weil Beschlüsse und Resolutionen, welche die Frauenagitation betreffen, meistens doch keine Beachtung fänden. Redner hält im Gegensatz zu der Referentin den Antrag der Genossin Löwenherz für sehr angebracht, auf dem Parteitag 1896 einen Vortrag über die Frauenbewegung halten zu lassen; das Thema ließe sich eventuell in Frauenagitation umwandeln. Genossin Lutz wendet sich gegen des Vordrängers Ausführungen, soweit sie die Wahl von Delegierten betreffen. Im übrigen ist sie der Meinung, daß die männlichen Parteigenossen durchaus nicht geringere Fehler haben wie die weiblichen. Wenn sie den Frauen in allgemeinen den Rath gäben, sich zu organisieren, dann dächten sie immer an alle anderen, nur nicht an die eigenen Frauen. Genosse Timm: Den Frauen sei der Vorwurf zu machen, daß sie selbst ihre Rechte nicht genügend gewahrt hätten. Er halte es für gar nicht im Interesse der Frauen-Emancipation liegend, wenn dieselben immer etwas von den Männern haben wollten. Anregungen von den Parteigenossinnen über man fast nur, wenn es sich um die Delegationen handele. Das sei eben ganz falsch. Bei jeder passenden Gelegenheit müßten solche kommen. Wäre das immer geschehen, dann hätten die Genossinnen in allen Wahlkreisen Vertretungen zum Parteitag durchzusetzen vermocht. So aber sei von ihnen sogar unterlassen worden, in den Parteiversammlungen zahlreich zu erscheinen und vor allem alle die Frauen angehenden Anträge der Redaktion der „Gleichheit“ u. s. w. in sachgemäßer Weise zur Sprache zu bringen. Das würde auf die Männer erzieherisch gewirkt haben. Dem Vorschlage, auf die Delegation von Frauen jetzt zu verzichten, trat Timm entgegen. Es wäre das ganz verkehrt. Genossin Fahrenwald tritt dagegen diesem Vorschlage bei. Sie macht der Genossin Gerndt zum Vorwurf, daß dieselbe auf ihr und einer anderen Genossin Ersuchen nicht vor den allgemeinen Parteiversammlungen, eine Sonderversammlung der Frauen zur Besprechung der Wahlen u. einberufen habe. Genossin Waader schließt sich dem an, indem sie betont, daß durch die Versammlung ein moralischer Druck auf die Öffentlichkeit ausgeübt worden wäre. Die Rednerin hielt es auch für richtig, von der Beschaffung des Parteitages in diesem Jahre abzusehen. An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Genossinnen Jhrer, Gerndt, Seemann und Kokošky, letztere wesentlich im Sinne des Jhrer'schen Referats. Allerdings wurde das statutarische Recht der Parteigenossinnen, in eigenen Versammlungen Delegierten wählen zu können, als kein Recht, sondern eher als eine Waffe gegen die Frauen betrachtet, diese zu isolieren, den männlichen Genossen die enig dringenden Mahnerinnen vom Halbe zu halten. Frau Jhrer beruft sich gegenüber den Darlegungen Kokošky's darauf, daß man die Zwischigkeit unter den thätigen Frauen doch nicht als Veranlassung nehmen dürfe, von der Entscheidung von Frauen an dem Parteitag abzusehen. Genossin Gerndt weist den ihr gemachten Vorwurf damit zurück, daß sie es für besser gehalten habe, abzuwarten, wie sich die Männer

verhalten würden. Die Versammlung beschloß schließlich, zwei Delegierten zu wählen. Die Frauen Lutz und Kokošky wurden mit der Vertretung der Berliner Genossinnen beauftragt.

**Die Töpfer und Berufsgenossen** nahmen in ihrer am 25. September stattgehabten öffentlichen Versammlung den Bericht des Vertrauensmannes Meijer für das vergangene Vierteljahr, sowie den Gesamtbericht über seine jetzt zweieinhalbjährige Tätigkeit als Vertrauensmann entgegen, da eine Neuwahl vorgenommen werden sollte. In der gedachten Zeit sind dem Berichte zufolge insgesamt 7963,36 M. vereinnahmt und 7734 M. — davon für Streiks 8820 M. — verausgabt worden. An den freiwilligen Sammlungen haben sich im Jahre 1893 921 Töpfer und 34 Berufsgenossen, 1894 895 Töpfer und 82 Berufsgenossen und im Jahre 1895, soweit bis jetzt ersichtlich ist, 472 Töpfer und 5 Berufsgenossen beteiligt. Der Bericht des Vertrauensmannes gab zu Einwendungen keine Veranlassung und wurde Meijer entlastet, welcher darauf sein Amt niederlegte. Einen Nachfolger zu finden bot große Schwierigkeiten. Schließlich wurde Barlowki gewählt.

Nachdem sprach Daudert über die Frage: „Wie gestalten wir unser ferneres Vorgehen?“ Derselbe erörterte zunächst die Ursachen, die seiner Meinung nach dazu beitragen, die Kollegen von der Organisation fern zu halten, und zog daraus die Schlussfolgerungen für die Gestaltung des ferneren Vorgehens. Er rief von jedweden Neugründungen ab, befürwortete vielmehr, das Alte, Bestehende auszubauen, sich Mann für Mann in der Organisation zusammenzufinden und mitzuwirken an der Befreiung herrschender Mißstände in derselben, um dieselbe kraftvoll zu gestalten und durch sie eine Verbesserung der Lage zu erzielen. Die gegebenen Anregungen fielen auf einen fruchtbaren Boden. Es fand eine gründliche und ungeschminte Aussprache über die oben angeführte Frage statt. Besonders wurde auch der Ausbau des Bau-Vertrauensmännersystems empfohlen. Die Versammlung gelangte zu dem Beschlusse, mit vereinten Kräften die bestehende Organisation auszubauen und sich zu diesem Zwecke des so wichtigen Vertrauensmännersystems zu bedienen. Eine in kürzester Zeit stattfindende Versammlung wird sich weiter mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Die Berichterstattung des Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl desselben mußte wegen Erkrankung des Delegierten Jagen vertagt werden.

**Chirurgische Branche.** Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der Arbeiter dieser Branche, welche am 25. September im Köllig's Lokal stattfand, nahm den Situationsbericht über den Streik bei Dewitt u. Herz entgegen. Wie Jochl ausführte, konnte in der letzten Versammlung (vor 14 Tagen) noch berichtet werden, daß die Aussichten auf einen Sieg der Streikenden die denkbar besten waren, weil sich keine Streikbrecher aus der eigenen Branche fanden. Dies sei indes in letzter Zeit geschehen. Heute aus den eigenen Reihen sind den Streikenden in den Rücken gefallen, daher sei eine weitere Aufrechterhaltung des Streiks zwecklos und derselbe als verloren anzusehen. Angesichts dieser Thatsache plädierte der Referent, wie auch eine Anzahl weiterer Redner, für Aufhebung des Streiks. Der Arbeiter hat dieser Streik in seiner achtwöchentlichen Dauer circa 5000 M. gekostet; der Fabrikant hat jedenfalls das dreifache dieser Summe Schaden gehabt und werde er sich aus diesem Grunde, nach Meinung der Redner, in Zukunft wohl sehr hüten, in solch trivoler Weise wiederum einen Streik vom Zaune zu brechen. Der Antrag: den Streik aufzuheben, fand Annahme; von einer Verhängung der Sperre über die Firma wurde Abstand genommen, weil die Versammelten der Meinung waren, daß es zweckmäßig sei, den organisierten Kollegen nicht die Gelegenheit zu nehmen, dort wieder Fuß zu fassen. Hierauf kam es noch zu ziemlich scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Streikbrechern einerseits, und der Kommission bzw. den Streikenden andererseits. Natürlich wurde die Handlungsweise der ersteren entschieden verurtheilt.

**Lederbranche.** In einer öffentlichen, stark besuchten Versammlung der Lohgerber, Lederzurichter, Weißgerber, Färber u. c., die am 25. September in Herrn Hensel's Lokal, Invalidenstraße 1, stattfand, erfolgte nach einem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage des Genossen Millarz der Situationsbericht über den Streik in der Steinlein'schen Lederfabrik. Die Situation ist noch vollständig unverändert; die 102 Streikenden beharren seit auf ihren Forderungen und Streikbrecher haben sich noch nicht gefunden. Jedenfalls veranlaßt durch die in den Versammlungen geschehenen Mittheilungen der Streikenden hat eine Befreiung der Fabrik durch den Fabrikinspektor stattgefunden und wurde eine Befreiung der geringen Uebelstände in Aussicht gestellt. Gleichzeitig ist einer der vor der Fabrik patrouillierenden Ausschändigen gefragt worden, ob sie sich eventuell einem Schiedsspruch des Gewerbegerichts als Einigungsamt fügen würden. Derselbe hat die Frage an die Kommission verwiesen. Da die Firma derartig von den Austraggebern bedrängt ist, daß sie gezwungen ist, sich entgegenkommend zu zeigen, machte Duffe den Vorschlag: die Kommission zu beauftragen, unter Hinzuziehung der Vertrauensleute zu verhandeln, ob und inwieweit eine Verständigung mit dem Fabrikanten vor dem Gewerbegericht möglich sein werde. Einige Redner erklärten sich für diesen Vorschlag, mit der Bedingung, daß die Forderungen voll aufrecht erhalten bleiben und wurde derselbe zum Beschluß erhoben. — Duffe lenkte hierauf die Aufmerksamkeit der Versammlung auf den Streik der Lederzurichter in Nordstadt. Derselbe dauert bereits 6 Wochen, was darauf zurückzuführen ist, daß es den Nordstädter Fabrikanten gelingt, ihre „Kipfe“ außerhalb fertig gestellt zu bekommen. Festgestellt ist, daß Schars, Mannstr. 62, „Kipfe“ für den Kommissionär Lippich (Klosterstraße) anfertigt, der mit Nordstädter Fabrikanten in Verbindung steht, weshalb auch dort zwei Lederzurichter die Arbeit bereits niedergelegt haben. Duffe ersuchte, streng darauf zu achten, daß nicht auch anderweitig „Streikfelle“ untergeschoben werden.

**Zugspapier-Branche.** In einer öffentlichen Versammlung der Lurus- und Spitzenpapier-Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 25. September bei Goh in der Reuthstraße tagte, übte Genosse Sailer wieder einmal gründliche Kritik an solchen Geschäftsinhabern, die sich einen juristisch ganz unzulässigen Eingriff in die Vermögensverhältnisse der Arbeiter durch Nichtbezahlung der den Arbeitern aufgedruckten Feiertage herausnehmen. Diese Kritik erstreckte sich nicht bloß auf die Sedanfeier, sondern auch auf Entziehung des Arbeitsverdienstes seitens einiger Geschäftsinhaber während der jüdischen Feiertage. Nach ihm gewordenen Mittheilungen, erklärte Sailer, seien die Lohnverhältnisse bei Pauly u. Pinner ganz erbärmliche, die Herren Fabrikanten legen sich seit einiger Zeit auf die Fabrikation von gepreßten Papiertellern, wofür sie einen Akkordatz zahlen, wobei ein verheirateter Arbeiter kaum im Stande war, auf 16 M. pro Woche zu kommen. Neuerdings fand trotzdem eine Lohnverabreichung statt, und zwar gab's nun für tausend Papierteller ganze 75 Pf. Bei angespanntester Anstrengung kann es ein thätiger Arbeiter auf 3/4 Tausend pro Tag bringen. Vom 1. Oktober ab lassen die Herren diesen Artikel in dem Korrekthaus in Landberg a. N. anfertigen. Entsprechend den angeführten Löhnen der Arbeiter verhält sich's mit den Löhnen der Arbeiterinnen; diese bekommen 6, 7, 8 und 9 M. wöchentlich. Kechnlich verhält sich mit den Lohnverhältnissen bei Brettschneider u. Gräber. Der Lohn der Arbeiterinnen beträgt 10, 9, 8 und 7 M. In einem Falle, wo 9 M. Wochenlohn gezahlt wurde, konnten auf Muster in Akkord nur 3,50 M. erzielt werden. Angesichts dieser erbärmlichen Löhne konnte der Redner sich nicht enthalten, sein Erkommen darüber auszudrücken, daß Arbeiterinnen dieser Firma in der Werkstube-Sitzung am vorigen Donnerstag für die Herren Chefs noch Partei nahmen. In der Diskussion

